

Soziale Nachhaltigkeit

Beate Littig, Erich Grießler

160



Autoren: Dr Beate Littig
Dr Erich Grießler

Redaktion: Mag Thomas Ritt
Layout: Friederike Bodinger

Zu beziehen bei: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1040 Wien
Tel.: ++43 (0) 1 -501 65/ 2424
Fax: ++43 (0) 1 -501 65/ 2105
e-mail: ingrid.lipsky@akwien
<http://www.akwien.at/UmweltVerkehr/>

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2004 by Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, 1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Medieninhaber, Herausgeber, Vervielfältiger: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1041 Wien. Die in den "Informationen zur Umweltpolitik" veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte wieder.

Vorwort

Auch wenn das Leitbild der Nachhaltigkeit besonders intensiv im Kontext mit Umweltpolitik diskutiert wird, geht es weit über diesen Politikbereich hinaus. Die am häufigsten zitierte Definition der nachhaltigen Entwicklung wurde von der Brundtland-Kommission aufgestellt. Das zentrale Element dieses Nachhaltigkeitsansatzes ist Verteilungsgerechtigkeit. Sie umschreibt Nachhaltigkeit als einen Entwicklungsprozess, der einen Ausgleich in folgenden drei Relationen anstrebt:

- zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur (Vernetzungsproblematik),
- zwischen den Bedürfnissen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen (intergenerationale Gerechtigkeitsproblematik) und
- zwischen den Bedürfnissen der Armen und der Reichen (intragenerationale Gerechtigkeitsproblematik).

Davon ausgehend leitet sich insbesondere aus der intragenerationalen Gerechtigkeitsforderung ein Gleichgewicht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ab, wobei beim Sozialen nicht (nur) die Einkommensverteilung im Mittelpunkt steht, sondern die Vision eines menschenwürdigen Lebens. Damit sind auch Fragen der Verteilung gesellschaftlicher Belastungen, Rollenverteilungen, Verteilung von Arbeit und Arbeitslosigkeit oder Fragen der Chancengleichheit angesprochen.

Diese Gleichrangigkeit der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie, Soziales – ist auch international Stand der Debatte, zumindest in den Vorworten vieler einschlägiger Arbeiten.

In der Praxis der Nachhaltigkeitsdiskussion wird jedoch Ökologie als zentrales Element verstanden, und es entsteht der Eindruck, als ob die Verfolgung ökologischer Rahmenbedingungen (z.B. Nachhaltigkeitsgrenzen bezüglich des Schadstoffausstoßes oder des Verbrauchs von Ressourcen) bereits die Grundlage einer sozial gerechten, lebenswerten und auch arbeitsmarktpolitisch heilen Welt verspräche.

Auf Grund der immensen Herausforderungen und Veränderungsnotwendigkeiten, die mit einer Umorientierung in Richtung einer „Nachhaltigen Entwicklung“ verbunden sind, muss jede Politik, die die soziale Dimension vernachlässigt, an den erzeugten Spannungen und Konflikten scheitern. Ohne integrierte soziale Dimension ist Nachhaltigkeit nicht machbar.

Thomas Ritt
Bundesarbeitskammer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Zum Begriff der Nachhaltigkeit.....	3
3. Zur Geschichte nachhaltiger Entwicklung und sozialer Nachhaltigkeit	5
3.1 Phase des traditionellen Naturschutzes (Wende 19./20. Jahrhundert).....	5
3.2 Phase der Ökologiebewegungen (1970er und 1980er Jahre)	5
3.3 Phase der globalisierten ökologischen Krise (Wende 1980er/90er Jahre)	10
3.4 Schlussfolgerungen	12
4. Ausgewählte Konzeptualisierungen sozialer Nachhaltigkeit.....	15
4.1 Der Brundtlandbericht (1987)	15
4.2 Die UNCED Konferenz (1992) und der Rio-Folgeprozess.....	16
4.3 Die Aarborg Charta (1994)	18
4.4 Grundlegende Kontroversen.....	19
4.4.1 In welchem Verhältnis stehen Mensch und Natur: Anthropozentrismus oder Eigenwert der Natur?	19
4.4.2 Was verstehen wir unter Natur: Statik oder Dynamik?.....	22
4.4.3 Wer sind die Akteure der Nachhaltigkeit: top-down oder bottom–up Strategien?.....	23
4.4.4 Schlussfolgerungen	24
4.5 Ein-, Drei- oder Mehrsäulenmodelle	25
4.5.1 Ausgewählte Einsäulenmodelle	25
4.5.2 Das „magische Dreieck“ von Ökonomie, Ökologie und Sozialem (1998).....	29
4.5.3 Ausgewählte Dreisäulen- und Mehrkomponentenmodelle.....	32
4.6 Diskussion	67
5. Zur Konzeption sozialer Nachhaltigkeit.....	71
5.1 Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Nachhaltige Entwicklung	71
5.2 Zur Konzeption nachhaltiger Arbeit.....	75
5.3 Schlussfolgerungen: Nachhaltige Arbeit als Ausgangspunkt sozialer Nachhaltigkeit	77
6. Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit.....	79
6.1 Vorbemerkung zur Indikatorenbildung	79
6.2 Vorschlag möglicher Indikatoren für die soziale Dimension Nachhaltiger Entwicklung	81

7. Resümee.....	87
8. Literatur	89
9. Tabellenverzeichnis.....	97
10. Abbildungsverzeichnis	99
11. Anhang	101
11.1 Ausgewählte Links	101
11.2 Global Reporting Initiative: Social Performance Indicators. Labour Practices and Decent Work.....	102
11.3 Übersicht über die Indikatoren ausgewählter Konzeptualisierungen sozialer Nachhaltigkeit	106

1. Einleitung

Hiermit legt das Institut für Höhere Studien den vorläufigen Endbericht zum Projekt „soziale Nachhaltigkeit“ vor. Das Projekt „soziale Nachhaltigkeit“ hatte folgende Ziele:

- Sichtung und Vergleich nationaler und internationaler Operationalisierungsansätze sozialer Nachhaltigkeit (u.a. durch eine kritische Analyse nationaler Nachhaltigkeitsprojekte im Hinblick auf die Berücksichtigung der sozialen Dimension).
- Bereitstellung einer Diskussionsgrundlage über soziale Nachhaltigkeit für relevante nationale Akteure.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden österreichische und internationale Literatur sowie Dokumente und internet pages analysiert. Damit sollten folgende Fragestellungen beantwortet werden:

- Wie wird soziale Nachhaltigkeit operationalisiert und begründet?
- Welche Strategien werden mit den Operationalisierungen verfolgt?
- Mit welchen Indikatoren lässt sich soziale Nachhaltigkeit empirisch messen?
- Welchen Stellenwert hat die soziale Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der ökologischen und ökonomischen Dimension? (Dies wurde am Beispiel österreichischer Projekte überprüft, die in der NachhaltigkeitsTATENbank als „nachhaltig“ ausgezeichnet sind).

Der folgende Bericht stellt im ersten Teil den Begriff Nachhaltigkeit vor und stellt im zweiten Teil „soziale Nachhaltigkeit“ in den Kontext der Geschichte des Nachhaltigkeitsdiskurses. Der dritte Abschnitt zeichnet wichtige Schritte der Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit und sozialer Nachhaltigkeit nach. Daran anschließend stellt dieser Abschnitt ausgewählte Konzepte und Indikatoren von sozialer Nachhaltigkeit vor. Im vierten Teil wird eine theoretische Bestimmung des Konzepts sozialer Nachhaltigkeit versucht und daran anschließend werden Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit vorgeschlagen. Im Anhang finden sich die Literaturliste, eine Sammlung ausgewählter Links, ein Überblick über ausgewählte Konzeptualisierungen von sozialer Nachhaltigkeit sowie die Richtlinien der Global Reporting Initiative zur Berichtslegung über die soziale Dimension von Unternehmen.

2. Zum Begriff der Nachhaltigkeit

Wenngleich der sogenannte Brundtlandbericht nicht der Beginn der Nachhaltigkeitsdebatte ist, so ist seine Nachhaltigkeitsdefinition von zentraler Bedeutung, weil er den Beginn einer immer breiteren Debatte um Nachhaltigkeit markiert. Der Brundtlandbericht definiert Nachhaltige Entwicklung als:

“development which meets the needs of the present generation without compromising the ability of future generations to meet their own needs” (World Commission 1987: 43-44).

Zur Erläuterung der Nachhaltigkeitsidee hat sich eine Metapher eingebürgert, die sich auf die Definition von Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft beruft. So schrieb der preußische Oberforstmeister Hartig 1795 über nachhaltige Forstwirtschaft:

„Es lässt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf Nachhaltigkeit berechnet ist. Jede weise Forstdirektion muss daher ihre Waldungen (...) so zu benutzen suchen, dass die Nachkommenschaft wenigstens ebenso viel Vorteil draus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation aneignet.“ (zitiert. nach U. Höpke 1996: Nachhaltigkeit: Tugend des Unterlassens? In: Kommune Jg.14, Nr. 7, S. 23).

In der Nachhaltigkeitsdebatte dominiert derzeit das sogenannte Drei-Säulen-Modell, nach dem nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung gleichberechtigt

- ökologische,
- wirtschaftliche und
- soziale Zielsetzungen

verwirklichen soll.

Die Gleichrangigkeit der Säulen wird zum einen damit begründet, dass die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nicht nur auf eine ökologisch stabile und gesundheitsverträgliche Umwelt reduziert werden darf, sondern dass es daneben berechnete soziale und kulturelle menschliche Bedürfnisse gibt, für deren Erfüllung in einer nachhaltigen Gesellschaft Sorge getragen werden muss. Es werden also auch ökonomische, soziale und kulturelle Bedingungen, Leistungen und Werte als Ressourcen angesehen, die gemäß dem Nachhaltigkeitspostulat zukünftigen Generationen erhalten werden müssen.

Eine zweite Argumentationslinie geht von einer systemischen Vorstellung aus, nach der Ökologie, Ökonomie und Soziales als drei eigenständige aber miteinander verbundene

Teilsysteme verstanden werden, die langfristig stabil gehalten werden müssen, damit nicht zivilisatorische Errungenschaften zunichte gemacht werden.

Trotz der postulierten Gleichrangigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension, lässt sich in der Nachhaltigkeitsdebatte eine starke Betonung des ökologischen Aspekts von Nachhaltigkeit feststellen. Dies steht im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte der Idee einer nachhaltigen Entwicklung. Mit anderen Worten, sie ist im Kontext der Geschichte der Umweltbewegungen und -politiken der Nachkriegszeit, kurz der Geschichte des „Environmentalismus“¹, zu sehen. Im Zuge der zunehmenden Globalisierung wurden dabei umweltpolitische Themen mit entwicklungspolitischen Problemen verknüpft. Diese Verbindung erklärt den Entstehungskontext nachhaltiger Entwicklung, nämlich die umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussionen der 1980er Jahre. Wir werden daher im folgenden Abschnitt die Geschichte des Environmentalismus skizzieren.

¹ Unter Environmentalismus versteht man in der angelsächsischen sozialwissenschaftlichen Tradition jede Theorie oder soziale Aktivität, die sich mit der Bedeutung ökologischer Faktoren für die gesellschaftliche Entwicklung befasst.

3. Zur Geschichte nachhaltiger Entwicklung und sozialer Nachhaltigkeit

Aus historischer Perspektive lässt sich die Geschichte des Environmentalismus in den westlichen Industrieländern in drei Phasen einteilen (Pepper 1996, Mol 1997, Kriese/Guigni 1996):

1. Phase des traditionellen Naturschutzes (Ende 19. /Anfang 20. Jhdt.)
2. Phase der Ökologiebewegungen (1970er und 80er Jahre)
3. Phase der globalisierten ökologischen Krise (Ende 1980er/ Anfang 90er Jahre)
- 4.

3.1 Phase des traditionellen Naturschutzes (Wende 19./20. Jahrhundert)

Die erste Phase des Naturschutzes lässt sich um die Wende zum 20. Jahrhundert ansetzen. Sowohl in den USA als auch in Europa verbreitete sich damals die Sorge um die Zerstörung von Naturräumen durch die zunehmende Industrialisierung und Urbanisierung (Mol 1997). Als Reaktion darauf werden erste Naturschutzverbände gegründet, die sich in erster Linie aus ästhetischen Gründen und dem Wunsch nach Naturerlebnis für den Schutz der Natur einsetzten. Naturzerstörung wurde jedoch in dieser Phase des Environmentalismus nicht als existentielles Problem der Menschheit gesehen, sondern eher als ein punktuelles Problem, dem mit selektivem Artenschutz, dem Erhalt und dem Schutz ausgewählter naturnaher Flächen (Naturreservate) begegnet werden sollte. Trotz gewisser länderspezifischer Unterschiede, wurde der Naturschutz bis in die 1960er Jahre politisch und in der öffentlichen Diskussion eher wenig beachtet (Rucht 1994: 235 ff).

3.2 Phase der Ökologiebewegungen (1970er und 1980er Jahre)

Von 1970 bis zum Ende der 1980er Jahre kann die zweite Phase des Environmentalismus angesetzt werden. In diesem Zeitraum formierten sich in allen industrialisierten westlichen Ländern mehr oder minder starke Ökologiebewegungen, die ein gewandeltes Umweltbewusstsein zum Ausdruck brachten. In den meisten westlichen Staaten wurde in dieser Periode Umweltpolitik als spezieller Politikbereich institutionalisiert.

Auch auf internationaler Ebene begann sich Umweltpolitik zu etablieren: 1972 wurde als Ergebnis der UN Conference on the Environment in Stockholm das United Nation Environmental Programme (UNEP) geschaffen, eine Reihe von großen UN-Konferenzen und umweltpolitischen Deklarationen folgten. Im Gegensatz zum traditionellen Umweltschutz wurde das Umweltverhalten in dieser Phase mit der Forderung nach einer umfassenden Gesellschaftsreform verbunden. „*The central notion of environmentalism in the 1970s was that a fundamental reorganization of the social order was a **conditio sine qua non** for an ecologically sound society*“ (Mol 1997: 138, Hervorhebung im Original). Diese Einsicht stützte sich neben den naturwissenschaftlichen Befunden auf die gesellschaftspolitische Analyse der zunehmend unübersehbaren Umweltprobleme der industrialisierten Gesellschaften.

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre häuften sich die umweltschädlichen Folgen des schnellen ökonomisch-technologischen Wachstumsschubs der Nachkriegsjahre. Die schnelle Ausweitung der industriellen Produktion, des Verkehrs, des städtischen Wachstums war begleitet von einem zunehmenden Energie- und Rohstoffverbrauch, der Zersiedelung der Landschaft, steigendem Massenkonsum und einem Trend zu Wegwerfprodukten, einem steigenden Müllaufkommen und Umweltverschmutzung. Die umweltschädlichen Folgen dieser Entwicklungen waren nicht immer unmittelbar spürbar, sondern bedurften in vielen Fällen der wissenschaftlichen Herstellung von Kausal- und Wirkungsbeziehungen, um die Zusammenhänge zwischen Naturzerstörung und industrieller Lebensweise erkennbar zu machen. In dieser Zeit entstanden eine Reihe von einschlägigen Publikationen, die durchaus aufrüttelnde Wirkung hatten, u.a. Rachel Carsons Buch „Silent Spring“ (1962) sowie „The Limits of Growth“ von Denis Meadows (1971) (vgl. Nellissen 1997). Um öffentlich wirksam zu werden, mußten diese Erkenntnisse über die Massenmedien verbreitet werden, was in vielen Fällen zu heftigen Kämpfen zwischen den Anhängern technologisch-ökonomischen Fortschritts und Wachstums und ihren Kritikern begleitet wurde (Jamison 1996).

Die Expansion und Diffusion ökologischen Wissens gilt aber nur als ein Faktor für die Entstehung der Ökologiebewegungen. Erst im Zusammenspiel mit drei weiteren öffentlichkeitswirksamen Faktoren, nämlich

1. einer Reihe von Umweltkatastrophen und –skandalen (Unfällen, Atomtests usw.),
2. den umweltpolitischen Initiativen von Regierungsseite (Aufwertung des Umweltschutzthemas und finanzielle Unterstützung von Umweltorganisationen) und
3. vieler lokaler und regionaler Umweltkonflikte (um die Errichtung von Naturparks, Straßen, Kanälen, Dämmen, Fabrikanlagen, Atomkraftwerke usw.)

lässt sich das Entstehen der Ökologiebewegungen in den 70er Jahren erklären (Rucht 1994: 239). Den organisatorischen Kern der Ökologiebewegungen bildeten zunächst eine Vielzahl von Bürgerinitiativen, die oftmals in Allianz mit anderen Initiativen und den traditionellen Naturschutzverbänden lokal oder regional als Streitparteien in Konfliktfällen antraten. Vielfach kam es bei den umweltpolitischen Auseinandersetzungen zu einer Ge

neralisierung der Kritik und zur Radikalisierung der Aktionsformen (Rucht 1994: 240; Mol 1997). Ausgehend von einem punktuellen Konfliktfeld und moderaten Forderungen weitete sich die Kritik oftmals auf einen größeren Ursachenkomplex bis hin zur Systemkritik aus, der teilweise auch durch militante Aktionen Ausdruck verliehen wurde. Beispielhaft für diesen Prozess ist die Anti-AKW-Bewegung.

Trotz großer Unterschiede eint die modernen Umweltbewegungen die Vorstellung, dass alle lebenden Organismen – auch Menschen - in den Wechselbeziehungen mit ihrer natürlichen Umwelt betrachtet werden müssen. Die lokalen und globalen Ökosysteme bestimmen die Lebensbedingungen der Organismen und setzen ihren Aktivitäten Grenzen. Die gegenwärtige globale ökologische Krise resultiert daraus, dass die Menschheit die ökologischen Grenzen nicht respektiert und durch ihre Aktivitäten das ökologische Gleichgewicht bedroht. Dies gefährdet nicht nur die Lebensbedingungen nicht-menschlicher Organismen, sondern auch die Überlebensfähigkeit zukünftiger menschlicher Generationen. Aus diesen Erkenntnissen ziehen verschiedene ökologische Strömungen unterschiedliche Konsequenzen, die grob zwischen den beiden Polen von ‚deep ecology‘ auf der einen Seite und ‚shallow ecology‘ auf der anderen Seite anzusiedeln sind.

1. „Deep ecologists“ or „dark green ecologists“ sind der Auffassung, dass die menschlichen Natur-Verhältnisse grundsätzlich überdacht und auf der Basis einer nicht anthropozentrischen Bioethik neu gestaltet werden müssen (vgl. ausführlich zu „deep ecology“, Pepper 1996: 17ff).
2. „Light green“ or „shallow ecologists“ gehen davon aus, dass die ökologische Krise in erster Linie mit Hilfe von technischen und eventuell zusätzlichen sozialen Innovationen überwunden werden kann. Das moderne Mensch-Natur-Verhältnis, das die Natur zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse funktionalisiert, wird in der „hellgrünen Ökologie“ nicht in Frage gestellt.

Rucht kennzeichnet die ökologischen Bewegungen als ein Netzwerk von nicht-staatlichen Organisationen und Gruppierungen, die einen umfassenden, wissenschaftlich fundierten Umweltschutz anstreben und explizit politisch intervenieren (Rucht 1994; vgl. auch Rootes 1997). Auch wenn diese Akteure Allianzen eingehen, so sind sie dennoch heterogen in ihren Organisationsformen, dem Grad der Institutionalisierung und in ihren Zielsetzungen:

„The number and kinds of environmental organizations vary considerably from one country to another, but in most countries long established conservation organizations exist alongside newer organizations such as Friends of the Earth and Greenpeace, which began as bearers of a more radical and wide ranging environmental and ecological critique” (Rucht 1989; Finger 1992)“(Rootes 1997: 326)²

² Bemerkenswert an der Situation der österreichischen Umweltbewegungen ist, dass eine ganze Reihe von Organisationen schon frühzeitig in das Geflecht sozialpartnerschaftlicher Institutionen integriert wurde und somit zumindest teilweise öffentlich alimentiert werden (Leuthold 1996). Dies ließ immer wieder Zweifel an ihrer Unabhängigkeit aufkommen.

Gegenwärtig lassen sich in westlichen Demokratien innerhalb der Ökologiebewegungen vier Strömungen unterscheiden (vgl. Kriese und Giugni 1996):

1. Der **traditionelle Naturschutz**, der auf Artenschutz oder die Einrichtung von Naturschutzgebieten abzielt und mit traditionellen Methoden des Lobbyings und mit Informationskampagnen arbeitet. Dazu gehören etwa Vogelschutzvereine und Kampagnen zur Rettung der Wale.
2. Die **politische Ökologie**, die einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel anstrebt und von der Vision einer dezentralen, egalitären, demokratischen Gesellschaft geleitet wird, die sich in Harmonie mit der Natur entwickelt. Ein typisches Beispiel für diese Strömung ist die Anti-AKW-Bewegung.
3. Der Umweltschutz, der sich mit mehr oder weniger konventionellen Aktionsformen **pragmatisch mit konkreten politischen Kampagnen** bestimmter Umweltprobleme wie Schutz der natürlichen Ressourcen, Boden-, Wasser-, Luftverschmutzung, Lärm, gesunde Ernährung usw. annimmt. Dieser Strömung sind nach Kriese und Giugni (1996) die meisten ökologischen Organisationen zuzurechnen.
4. Die **globale Ökologie**, die sich in den späten 80er Jahren infolge der Globalisierung von Umweltproblemen wie Ozonloch, Treibhauseffekt, Abholzung des Regenwalds etc. formierte und deren Vertreter (z. B. Greenpeace und WWF) in transnationalen Umweltorganisationen und in den internationalen politischen Arenen wie EU und UNO auftreten.

Europäische Umfrageergebnisse zeigen, dass das Mobilisierungspotential der ökologischen Bewegungen inzwischen erstaunlich groß ist, auch wenn es zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede gibt (Fuchs/Rucht 1992; Rootes 1997). Diesen Umfragen zufolge sympathisierte Ende der 80er Jahre die Mehrheit der britischen, deutschen, französischen, italienischen und niederländischen Bevölkerung (insbesondere Angehörige der neuen Mittelklasse) mit den Zielen der ökologischen Bewegungen (Kriese/Giugni 1996: 328, Preisendörfer 1999). Diese Ergebnisse korrespondieren mit der Feststellung eines hohen Umweltbewußtseins in vielen Ländern der Welt (Dunlap/Gallup/Gallup 1993).

Ökologische Modernisierung

Wie weiter oben erwähnt, war die zweite Phase des Environmentalismus nicht nur durch die Formierung der ökologischen Bewegungen gekennzeichnet. Wichtig für diese Phase war auch die Einrichtung von staatlichen umweltpolitischen Institutionen, die Schaffung diverser umweltpolitischer Instrumente, von Umweltberichterstattung und Umweltplanung, die insgesamt in erster Linie auf die Erfassung und Reduktion von Emissionen, Ressourcenverbrauch und eine Besserung oder Erhaltung der Umweltqualität zielen.

Die umweltpolitischen Bemühungen der Regierungen der westlichen Länder folgt einer Programmatik, die als ökologische Modernisierung bezeichnet wird (Hajer 1996; Mol 1997). Ökologische Modernisierung setzt auf einen ökologisch motivierten Wandel der Industriegesellschaft mit Hilfe von modernen Technologien und Wissenschaft, Marktwirtschaft und Interventionen des Staates (Hajer 1996; Mol 1997; Jänicke 1993; Spaargaren/Mol 1992; Huber 1991). Damit werden gerade die gesellschaftlichen Institutionen, die die ökologische Krise maßgeblich mitverursacht haben, für deren Lösung in die Verantwortung genommen. Die Wandlungs- und Lernfähigkeit dieser Institutionen sehen die Vertreter der ökologischen Modernisierung inzwischen aber mehrfach bestätigt, z. B. in der Ökologisierung der Chemieindustrie und der Ausrichtung der Umweltpolitik auf Prävention (Mol 1997; Jänicke 1993; Fallstudien in Jänicke/Weidner 1994).

Dem stehen aber durchaus skeptische Einschätzungen gegenüber. Denn obwohl durch staatliche umweltpolitische Maßnahmen und Instrumente (Ordnungsrecht, fiskalische Instrumente und freiwillige Vereinbarungen) und durch technische Innovationen eine Reihe von Verbesserungen erzielt werden konnten, haben sich - jedenfalls global betrachtet - die Umweltprobleme in den letzten 30 Jahren nicht verringert (z. B. OECD 1991 sowie die zweijährigen Berichte des World Resource Instituts ab 1986). Viele der Verbesserungen in einzelnen Bereichen, die durchaus von einer Wende vom nachsorgenden („end of the pipe“) zum vorsorgenden oder integrierten Umweltschutz zeugen, werden oftmals durch eine Zunahme der Nutzungen überkompensiert (sogenannter rebound Effekt). Ein Beispiel dafür ist das Auto, das durch technische Verbesserungen inzwischen weniger CO₂ emittiert. Die Einsparungen werden aber nach wie vor durch steigende Autozulassungen und mehr zurückgelegte Personenkilometer zunichte gemacht.

Aus der Perspektive ökologischer Modernisierungstheorien wird die ökologische Krise als Ergebnis von ökologischen Ineffizienzen der modernen Industriegesellschaften verstanden. Sie ist aber zugleich der Motor für einen neuen ökologischen Innovationsschub und eine neue Phase gesellschaftlicher Modernisierung:

„As before, society has to modernise itself out of the crisis. Remedying environmental damage is seen as a ‚positive sum game‘: environmental damage is not an impediment for growth; quite the contrary, it is the new impetus for growth. In eco-modernist discourse environmental pollution is framed as a matter of inefficiency, and producing ‚clean technologies‘ (clean cars, waste incinerators, new combustion processes) and ‚environmentally sound‘ technical systems (traffic management, road pricing, cyclical product management, etc.), it is argued, will stimulate innovation in the methods of industrial production and distribution“ (Hajer 1996: 249).

Den ökologischen Bewegungen wird in diesem Prozess eine Art korrigierender Funktion zugesprochen. Sie sollen die ökologische Modernisierung durch ihre Expertise und ihr Mobilisierungspotential unterstützen. Trotz der zunehmenden Institutionalisierung sollen sie zwar unabhängig sein, aber nicht mehr als kritische Beobachter außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung stehen, sondern als kritische Teilnehmer an der

ökologischen Gesellschaftstransformation mitwirken (Mol 1997: 142; Rootes 1999). Seitens der ökologischen Bewegungen ist diese Vereinnahmung (u.a. aus Angst vor Kooptation) nicht immer gewünscht, in vielen Fällen sogar höchst umstritten (Rootes 1997: 328). Für viele radikale grünen Positionen (radical greens, deep ecology, Ökofeminismus) ist ökologische Modernisierung aufgrund ihrer westlich geprägten technizistischen, szientistischen und objektivistischen Orientierung inakzeptabel (Hajer 1996: 256 ff; Pepper 1996; Shiva 1993). Aus der radikal ökologischen Sicht dieser Ansätze kann die ökologische Krise nur mit der Abkehr von der industriellen Lebensweise und wirtschaftlichem Wachstum gelöst werden.

3.3 Phase der globalisierten ökologischen Krise (Wende 1980er/90er Jahre)

Mit der Herausbildung der oben genannten globalen Ökologie beginnt die dritte Phase des Environmentalismus:

„The concern over global environmental issues can be seen as the most recent phase in the development of post-war environmentalism, a phase marked by the dominance of powerful and influential trans-national organisations such as Greenpeace International, the Worldwatch Institute and World Resources Institute and the Worldwide Fund for Nature. In recent years, these well financed and highly professionalised environmental NGOs (non-governmental organisations) have largely supplanted the more activist groups that dominated environmentalism in the 1970s as the main articulators of the environmentalist message.“
(Jamison 1996: 225).

Neu an dieser Phase ist zum einen die Definition und Vorrangstellung von globalen Umweltproblemen und zum anderen der Versuch, diese Probleme mit einer Vielzahl von Akteuren – die 192 Nationalstaaten, internationale Organisationen, Unternehmen, Verbände, NGOs – auf internationaler Ebene zu verhandeln. Politikwissenschaftler sehen darin Anfänge einer „Weltumweltpolitik“ (Simonis 1996).

Die großen transnationalen NGOs spielen inzwischen in den neuen weltpolitischen Arenen eine bedeutende Rolle.³ Sie zeichnen sich durch ein hohes Maß von Professionalität aus, die internationalen Konzernen durchaus vergleichbar sind. Dies zeigt sich sowohl in der effektiven Organisation des Fund-raising, der Forschung und der Administration als auch in den ausgefeilten Medien- und Informationsstrategien und Netzwerkaktivitäten. Doch der internationale Erfolg der großen NGOs wird nicht nur positiv beurteilt; u.a. deshalb, weil die Dominanz der großen NGOs dazu führen kann, dass kleineren lokalen Umweltgruppen die

³ Die Integration der NGOs in die globale Politik vollzog sich rapide im Rahmen der großen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen in den 90er Jahren (1992 Rio: Umwelt und Entwicklung; 1993 Wien: Menschenrechte; 1994 Kairo: Bevölkerung; 1995 Kopenhagen: Soziale Entwicklung; 1995 Beijing: Weltfrauenkonferenz). Wie immer man ihr Agieren beurteilen mag, zeigen z. B. der WTO Gipfel in Seattle und das G-7 Treffen im Jahr 2001 in Genua, dass NGOs ein nicht mehr zu ignorierender politischer Faktor geworden sind.

Aufmerksamkeit entzogen wird. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass insbesondere die Kritik von Gruppierungen und Intellektuellen aus der sogenannten Dritten Welt an der nördlichen Definition von globalen Umweltproblemen ignoriert wird (Jamison 1996; Hajer 1996). Diese Kritik gilt in erster Linie der Definitionsmacht der nördlichen Länder und der ‚Globalisierung lokaler Definitionen‘, die – so diese kritische Einschätzung - den Problemen der sogenannten Entwicklungsländer nicht angemessen sind (Shiva 1993).

Der Internationalisierung der Umweltprobleme gingen langjährige Diskussionen um die spätestens in den 80er Jahren unübersehbaren ökologischen und sozialen Nebenfolgen der sogenannten nachholenden Modernisierung voran. Kritik an der modernisierungsorientierten internationalen Entwicklungspolitik, speziell den sogenannten Strukturanpassungs-programmen, und ihren negativen Folgen, speziell für Frauen wurden bereits in den 70er Jahren laut. Eine Reihe von frauenpolitischen und umweltorientierten Aktivitäten der United Nations (u.a. die UN Konferenz on the Human Environment 1972 in Stockholm, das internationale Jahr der Frauen 1975) bildeten eine internationale Plattform für die öffentlichkeitswirksame Thematisierung der mangelnden Berücksichtigung von Frauen und Armen in den Entwicklungsprogrammen. Gegenkampagnen in den 70er Jahren liefen unter dem Titel “Women and Development” (WID) und zielten auf die Stärkung der ökonomischen Positionen von Frauen sowie ihrer Mitsprachemöglichkeiten im Entwicklungsprozess (Braidotti et al. 1994: 78 ff). Diese Kampagnen stellten das Entwicklungsparadigma nicht grundsätzlich in Frage, sie brachten aber einen neuen Diskurs in Gang, der die Rolle von Frauen im Entwicklungsprozess explizit thematisierte: Women, Environment and Sustainable Development (WED). Dieser Diskurs hat zahlreiche Facetten:

“The WED debate encompasses several main streams of thought. One stream stresses the managerial aspects of minimizing negative effects of the process of economic development by targeting women as recipients of development assistance and simultaneously considering the effects of development on environment. This approach is propagated by development agencies. Other approaches tend toward anti-development or transformational stances and assert that the models of Western development is fundamentally flawed, as its effect on women, the environment and the South’s people makes evident. This line of thought calls for transformations toward alternative development.” (Braidotti et al. 1994: 92)

Feministische Kritikerinnen des westlichen Entwicklungsmodells schlossen sich 1984 in dem Frauennetzwerk DAWN (Development with Women for a New Era) zusammen, an dem vornehmlich Forscherinnen aus dem Süden beteiligt sind (Braidotti et al. 1994: 116 ff).

“DAWN members question the present development model based on economic growth, and advocate a ‘people-centered’ approach, and equitable development based on the values of co-operation, resistance to hierarchies, sharing, accountability and commitment to peace, values also endorsed by the international women’s movement.” (Braidotti et al. 1994: 117)

Im Zuge der schrittweisen Formierung und Vernetzung von Protestbewegungen in vielen Entwicklungs- und Industrieländern erfolgte die zunehmende Integration der NGOs in die globale Umweltpolitik.

Spätestens seit Ende der 80er Jahre wird die **ökologische Krise als globale Krise betrachtet**, die **nicht losgelöst von ihren sozialen und ökonomischen Zusammenhängen** betrachtet werden kann. In der Folge wurde mit dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ zumindest der Diskurs über die ökologisch induzierte Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher und institutioneller Veränderungen vorangetrieben. Zugleich wurde die **globale Umweltproblematik mit den Konflikten zwischen den nördlichen Industrieländern und den südlichen sogenannten Entwicklungsländern** verknüpft. NGOs waren maßgeblich an der Formulierung dieses Leitbildes beteiligt, auch eine Reihe von feministisch orientierten transnationalen NGOs (Jamison 1996: 226; Braidotti et al. 1994; Moghadam 2000).⁴

Von offizieller Seite aus wurden die negativen Folgen des Entwicklungsprozesses und ihre möglichen Ursachen zuerst 1986 ausführlich im sogenannten Brundlandtreport thematisiert, der unter Leitung der Norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundlandt in Vorbereitung für die UN World Commission on Environment and Development erstellt wurde. Die Analysen des Berichts mündeten in der Empfehlung zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung, die, wie bereits erwähnt, Nachhaltigkeit definiert als *“development which meets the needs of the present generation without compromising the ability of future generations to meet their own needs”* (World Commission 1987: 43-44). **Nachhaltige Entwicklung als langfristige politische Strategie markiert eine Wende in der Betrachtung der Zusammenhänge zwischen modernisierender Entwicklungspolitik, Armut und globaler Umweltzerstörung auf internationaler Ebene.** Der sogenannte Brundlandt Report (WCED 1987) und the United Nation Conference on Environment and Development 1992 in Rio gelten als Meilensteine für die Phase der globalen Ökologie.

3.4 Schlussfolgerungen

Zusammenfassend hat sich der traditionelle Umweltschutz der Wende zum 20. Jahrhundert im Zuge der industriellen, demokratischen und ökologischen Entwicklungen von einem lokal orientierten, rein ökologischen Programm zu einem Ansatz entwickelt, der sich vornimmt ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in globaler Perspektive zu berücksichtigen.

Wie die nachfolgende Tabelle 1 zeigt, unterscheiden sich die drei Phasen des Environmentalismus entlang verschiedener Dimensionen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Trennung eine analytische ist. Real existieren heute sowohl Naturschutzverbände,

⁴ Letzteren ist es zu verdanken, dass in den offiziellen Dokumenten zur „nachhaltigen Entwicklung“ auch frauenpolitische Interessen berücksichtigt wurden (Agenda 21, Kap. 24).

wie ökologische Netzwerke und globale Umweltschutzorganisationen nebeneinander. Zum Teil sind sie miteinander verknüpft, zum Teil aber auch organisatorisch und inhaltlich deutlich voneinander getrennt. Liest man Tabelle 1 von links nach rechts, wird deutlich, welche Aktivitäten zu den bereits vorhandenen hinzu gekommen sind.

Doch trotz einer zunehmenden Analyse und Berücksichtigung der Wechselverhältnisse der Mensch/Gesellschaft- Natur/Umweltbeziehungen stehen auch bei den Ansätzen zu einer nachhaltigen Entwicklung ökologische Zielsetzungen im Vordergrund.

Tabelle 1: Die 3 Phasen des Environmentalismus entlang ausgewählter Dimensionen

	Traditioneller Naturschutz	Phase der Ökologiebewegungen	Phase der globalisierten ökologischen Krise
Akteure	Naturschutzverbände	a) Netzwerke von nicht-staatlichen Organisationen und Gruppierungen Beginn staatlicher Umweltpolitik Beginn globaler Umweltpolitik	United Nations Globale Umweltorganisationen Lokale Netzwerke von NGOs
Ziele	selektiver Artenschutz Erhalt und Schutz ausgewählter naturnaher Flächen	heterogene Ziele unterschiedliche Gruppen: a) von der Durchsetzung der Umweltschutzinteressen lokaler Betroffener bis zur grundlegenden Kritik des militärisch-industriellen Komplexes b) Ökologische Modernisierung c) Vernetzung von Entwicklungspolitik und Umweltpolitik	Globale nachhaltige Entwicklung
räumliche Orientierung der Aktivitäten	National	national und lokal	global („think globally act locally“)
Instrumente	Errichtung von Naturparks und Schutzflächen, Kampagnen	Ordnungspolitik, finanzielle Anreize, Aufklärung der Bevölkerung, Protestaktionen	„Runde Tische“, freiwillige Vereinbarungen, internationale Abkommen, strategische Protestaktionen
Verhältnis Ökologie/ Ökonomie/ Soziales	Ökologie im Vordergrund	Umweltschutz im Vordergrund, aber Anerkennung gesellschaftspolitischer Wirkungszusammenhänge	Ökologie dominant, aber z. T. Bewusstsein für ökonomische und soziale Zusammenhänge
öffentliche Wahrnehmung	marginal	wechselhaft („issue attention cycles“); bei einzelnen Protestaktionen hoch	weltweite Verbreitung von Umweltbewusstsein

4. Ausgewählte Konzeptualisierungen sozialer Nachhaltigkeit

Erst seit kurzem wird vermehrt auf wissenschaftlicher und politischer Ebene an der Formulierung und systematischen Begründung eines Leitbildes sozialer Nachhaltigkeit gearbeitet (vgl. HBS 2000; Littig 2001; Nachhaltigkeitsstrategie der EU). Operationalisierungen von Nachhaltigkeit im Unternehmen liegen auch infolge des verstärkten Interesses an ethischen Aktienfonds vor. Homogenität ist bei all diesen Ansätzen längst nicht in Sicht. Vielmehr wird soziale Nachhaltigkeit oftmals auf Partizipation reduziert, bisweilen auch mit einer kaum weiter spezifizierten Lebensqualität gleichgesetzt. Woran es allerdings grundsätzlich mangelt ist eine Integration der sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien. Darüber hinaus fehlen häufig Begründungen warum bestimmte Kriterien angeführt werden und andere nicht.

Im Folgenden werden wichtige Schritte der Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit und sozialer Nachhaltigkeit nachgezeichnet.

4.1 Der Brundtlandbericht (1987)

Als einschlägigen Begriff gibt es "sustainable development" seit dem sogenannten Brundtlandbericht "Our common future", der 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung veröffentlicht wurde. Der Bericht nahm eine globale und integrative Perspektive der bis dahin polarisierten und auf einzelne Aspekte beschränkte Entwicklungsdebatte ein. Er nennt vier zentrale globale Problembereiche:

- den Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen,
- die zunehmende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen,
- die Anzahl der in Armut lebenden Menschen und
- die Bedrohung von Frieden und Sicherheit.

Ausgehend von dieser Problemanalyse soll sich nach Ansicht der Kommission die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung an drei normativen Prinzipien orientieren:

- der Bewahrung der Umwelt,
- sozialer Gerechtigkeit und
- politischer Partizipation.

An diesen Prinzipien soll sich eine Nachhaltige Entwicklung orientieren, die „die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1997, S. 46).

Die sehr allgemeine Definition nachhaltiger Entwicklung machte das Konzept zwar politisch konsensfähig, ließ aber weite Interpretationsspielräume offen. Breite Anerkennung fand der Bericht wegen seiner Katalysatorfunktion für die Verbreitung der Idee nachhaltiger Entwicklung in den internationalen politischen Arenen. Kritisiert wurde er insbesondere wegen seiner optimistischen Einschätzung des technischen und ökonomischen Fortschritts zur Lösung der beschriebenen Probleme (Harborth 1991). Ging der Brundtlandbericht noch von der Notwendigkeit eines exponentiellen Wachstums sowohl in den Entwicklungsländern mit 5-6% als auch in den Industrieländern mit 3-4% aus, ist inzwischen klar, dass ein derartiges Wachstum von der Erde nicht verkraftbar sein dürfte (vgl. Meadows et al. 1992). Von den Kritikern dieser Wachstumsprognose wurde angeführt, dass die Studie den umweltschonenden Effekt von Umweltschutztechnologien überschätzt (Kopfmüller 1993, S. 6) und dass die sparsamen innovativen Technologien zur Ressourcenschonung und Umweltentlastung nicht ausreichend sind (Kreibich 1996, S. 27). Vielmehr verlangten sie eine Ergänzung technischer Spar- und Reduktionspotenziale durch die Substitution technischer Produkte sowie durch entsprechende ökonomische Rahmenbedingungen und durch soziale Innovationen.⁵

Die Kritik lenkte den Blick von der armutsbedingten Umweltzerstörung der Entwicklungsländer auf den "Überkonsum" in den Industrieländern. Die dort herrschenden Vorstellungen von Wohlstand, Lebensstilen und persönlicher Entwicklung und wirtschaftlicher Prosperität beruhen auf einem übermäßigen Verbrauch nicht erneuerbarer Energie und natürlicher Ressourcen und sind global nicht verallgemeinerbar.

4.2 Die UNCED Konferenz (1992) und der Rio-Folgeprozess

Der Brundtlandbericht und die nachfolgende Debatte der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsleitbilds sowie eine Reihe von Vorbereitungskonferenzen waren wichtige Bausteine für den „Weltgipfel“ (UNCED), der 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Dort wurden erstmals politisch verbindliche Vereinbarungen für eine globale Nachhaltige Entwicklung sowie deren weitere Konkretisierung und Umsetzung getroffen. Neben den zentralen Dokumenten, der **Rio-Deklaration** und der **Agenda 21** wurden zur Konkretisierung der Umweltschutzziele die Wald-, Klimarahmen- und Biodiversitätskonvention verabschiedet.

⁵ Grundlegende Kritik an den entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Brundtland-Berichts äußerten P. Tijmes und R. Luijf, die darauf hingewiesen haben, dass der Bericht die wirtschaftswissenschaftliche Annahme von Knappheit unreflektiert in eine ökologische Ökonomie übernehme und daraus einzig die Notwendigkeit eines besseren wirtschaftspolitischen Managements von Armut ableite. Traditionell bedingte sozio-kulturelle Unterschiede im Umgang mit Mangel würden völlig außer Acht gelassen und die Modernisierung traditioneller Gesellschaften nach westlichem Vorbild unhinterfragt empfohlen (vgl. Tijmes/Luijf 1995; auch Spehr 1996).

Die Rio-Deklaration enthält entwicklungs- und umweltpolitische Grundprinzipien, die zentral die Armutsbekämpfung, die Bevölkerungspolitik, das Recht auf Entwicklung für die sogenannten Entwicklungsländer und die Anerkennung der Industriestaaten als Hauptverursacher der Umweltprobleme anerkennen.

Die Agenda 21 ist ein umfangreiches Aktionsprogramm, das mit unterschiedlichen Schwerpunkten für die Industrie- und Entwicklungsländer die Ziele, Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung beschreibt. Diese sind in vier Themenschwerpunkte untergliedert:

1. sozio-ökonomische (internationale Zusammenarbeit, Armutsbekämpfung, Konsumgewohnheiten, Bevölkerung, Gesundheit, Siedlungsentwicklung, Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung);
2. ökologische (Klima, Boden, Wald, Wasser, Wüsten, Meere usw.);
3. Stärkung der Rolle wichtige Akteursgruppen wie Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Völker und Einheimische, NGOs, lokale Initiativen, Unternehmen, Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, Wissenschaft und Technik, Bauern;
4. Umsetzungsmöglichkeiten (finanzielle Ressourcen, internationale Kooperation, Wissens- und Technologie-Transfer, institutionelle Rahmenbedingungen, Recht, Information).
5. Darüber hinaus wurde die Einrichtung der Commission on Sustainable Development (CSD) auf UN-Ebene beschlossen, die die Realisierung nachhaltiger Entwicklung in den einzelnen Staaten fördern und evaluieren soll.

Auch wenn die beschlossenen Dokumente nicht den Status einklagbarer Rechtsverbindlichkeit besitzen, so haben zumindest die Rio-Deklaration und die Agenda 21 infolge der Ratifizierung durch mehr als 170 Staaten einen verpflichtenden Charakter.⁶ Im Rio-Folgeprozess ging es nun darum, die Nachhaltigkeitsziele zu konkretisieren, kompromiss- und umsetzungsfähig zu machen. Im Anschluss an die Rio-Dokumente sind hierzu unterschiedlich Akteure auf unterschiedlichen räumlichen und institutionellen Ebenen aufgerufen, ihr Handeln an dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung auszurichten.

In den letzten 10 Jahren entstand dazu weltweit eine unüberschaubare Vielzahl von Studien, Programmen, Plänen, Initiativen u.dgl.m. unterschiedlichster Provenienz.⁷ Alle diese sehr heterogenen Operationalisierungsversuche nachhaltiger Entwicklung berufen sich auf den Brundtlandbericht und die Rio-Dokumente. Konsens über deren Auslegung und Konkretisierung herrscht dabei längst nicht. Einigkeit herrscht bestenfalls darüber,

⁶ Dieser zeigte sich auch darin, dass sich mit dem Näherrücken der Rio-Plus -10 Konferenz in Johannesburg 2002 die Europäische Kommission und viele europäische Staaten zur Verabschiedung einer EU-Strategie bzw. nationaler Nachhaltigkeitsstrategien entschlossen haben.

⁷ Außerdem gab es zwischenzeitlich eine Reihe von UN-Welt-Konferenzen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (Menschenrechte, Bevölkerungsentwicklung, Siedlungsentwicklung, Sozialgipfel, Frauen), die z.T. explizit an das Nachhaltigkeitsleitbild anknüpften und konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet haben.

dass es zur Weiterentwicklung und Realisierung der Nachhaltigkeitsidee der Einbindung vielfältiger Akteursgruppen (Politik, NGOs, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verbände, Wissenschaft usw.) sowie einer umfassenden, integrierenden Reformstrategie bedarf.

4.3 Die Aalborg Charta (1994)

In Europa startete 1994 der ICLEI eine europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden. In diesem Jahr führte der ICLEI federführend die erste europäische Konferenz für nachhaltige Städte und Gemeinden im dänischen Aalborg durch, die zur Ausarbeitung und Unterzeichnung der sog. „Aalborg Charta“ (Charter of European Cities and Towns Towards Sustainability, 1995) führte. Durch die Unterzeichnung der Aalborg Charta verpflichten sich die teilnehmenden Kommunen lokale Agenda 21 Prozesse zu initiieren und durchzuführen. Zugleich verpflichten sie sich auf die darin verabschiedeten Grundsätze und auf ein gemeinsames Verständnis von Lokaler Agenda 21. Bis zum Jahr 2001 haben mehr als 400 europäische Kommunen die Aalborg Charta unterzeichnet.

Die Aalborg Charta besteht aus drei Teilen, in denen versucht wird die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen einer nachhaltigen Lebensweise in europäischen Städten zu spezifizieren (Dangschat 1997).

- Teil 1 enthält die konsensuelle Erklärung „European Cities and Towns Towards Sustainability“, die die Gleichzeitigkeit von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt.
- Teil 2 formuliert die Hauptaufgaben der Städte und Kommunen für die Anlaufphase.
- Teil 3 enthält eine Orientierungsskizze für das kommunale Handlungsprogramm.

Erste vergleichende Evaluierungen der Lokalen Agenda Prozesse in Polen, Großbritannien, Deutschland, Spanien, Schweden und den Niederlanden haben ergeben, dass die **Umsetzungsstrategien von ökologischen Themenstellungen dominiert** werden. Dies zeigt sich auch darin, dass die formale Durchführung der lokalen Agenda 21 Prozesse vielfach den Umweltschutzabteilungen der Gemeinden zugeordnet sind (BMU/UBA 1999). Demgegenüber wird das Thema soziale Gerechtigkeit – laut Aalborg Charta u.a. die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse (Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnungsversorgung) – eher vernachlässigt. Das zentrale Anliegen der Lokalen Agenda 21 Prozesse ist das Thema Partizipation:

„The essential feature of the Local Agenda 21 process in all six countries is participation”, however, ranges from negotiations between the local council and influential local decision-makers to the local residents in identifying the most important topics (particularly in Great Britain). In-between those extremes are more complex approaches, for example, a jointly implemented project (Sweden, Netherlands), the introduction of participatory urban planning

process (Spain), or the integration of ecological, economic, social and global considerations to municipal development planning by engaging actors from all of these areas (Germany)” (BMU/UBA 1999: 4).

4.4 Grundlegende Kontroversen

Die Operationalisierung der Nachhaltigkeitsidee wird von einer Reihe grundlegender Kontroversen begleitet, die sowohl die Konzeption als auch die praktische politische Umsetzung betreffen. Im Folgenden werden die wichtigsten Kontroversen skizziert.

4.4.1 In welchem Verhältnis stehen Mensch und Natur: Anthropozentrismus oder Eigenwert der Natur?

Als Umweltprobleme gelten seit den späten 70er Jahren in erster Linie umweltschädigende Folgewirkungen menschlichen Handelns auf die natürliche Umwelt. Was und aufgrund welcher Ursachen als “umweltschädigend” angesehen wird, basiert nach der Forschungsgruppe um Marina Fischer-Kowalski auf verschiedenen Denkmustern, die eine je spezifische Vorstellung von Risiko oder Schädigung, eine eigene Argumentationslogik, unterschiedliche wissenschaftliche und politische Traditionen und eine unterschiedliche Anhängerschaft haben (Fischer-Kowalski/Haberl 1993; Fischer-Kowalski 1997). Vor diesem Hintergrund lassen sich vier Paradigmen-Gruppen unterscheiden (Fischer-Kowalski/Haberl 1993; Fischer-Kowalski 1997):

1. Gift-/Schadstoffe-Paradigma
2. Natürliches Gleichgewicht-Paradigma
3. Entropie-Paradigma
4. Konvivialitäts-Paradigma

4.4.1.1 Gift-/Schadstoffe-Paradigma

Das Gift-/Schadstoffe Paradigma ist vermutlich das am weitesten verbreitete „common-sense“ Denkmuster. Es konzentriert sich in einer chemischen und medizinischen Wissenschaftstradition auf den gesellschaftlichen Schadstoffeintrag in die natürliche Umwelt. Es fragt nach den Ursachen der Schädigung und den Grenzwerten der gesundheitlichen und ökologischen Verträglichkeit. Diese Fragen sollen in erster Linie mit naturwissenschaftlichen Methoden geklärt werden.

Die Festlegung von rechtlich verbindlichen Grenzwerten ist dann allerdings ein politischer Aushandlungsprozess, in dem es um die Zumutbarkeit von Grenzwerten für verschiedene gesellschaftliche Gruppen geht. Auch die Umsetzung und Kontrolle der Einhaltung von Grenzwerten sind politische Fragen.

4.4.1.2 Natürliches Gleichgewicht-Paradigma

Das Natürliche Gleichgewicht-Paradigma hat biologische Wurzeln. Den natürlichen Ökosystemen steht die Gesellschaft als Akteur gegenüber, dessen Handeln - sei es als Stoffeintrag, als Gewässerregulierung oder als Bodenbearbeitung - die Selbsterhaltungsfähigkeit von Öko-Systemen beeinträchtigt oder gar bedroht. Dieses Paradigma fragt in einer umfassenden (und nicht auf einzelne Stoffe bezogenen) Sicht nach den Funktionszusammenhängen von natürlichen Systemen, deren Empfindlichkeiten und Verarbeitungsmöglichkeiten und leitet daraus die umweltpolitische Unterschützstellung von natürlichen Systemen oder Maßnahmen zur Erhaltung ihrer Regenerierbarkeit ab.

Auch bei diesem Ansatz werden mit Blick auf die politische Regulierung von Umweltschäden die Grenzen naturwissenschaftlichen Wissens überstiegen: Die Antwort auf die Frage, welche Systeme schützenswert sind oder nicht, kann nicht naturwissenschaftlich begründet werden. Welche naturwissenschaftlichen Argumente gibt es dafür, dass das bestehende ökologische Gleichgewicht per se erhaltenswert ist? Aus naturwissenschaftlicher Sicht stellt sich nach jeder Zerstörung von Gleichgewicht ein neuer Gleichgewichtszustand her; egal für welche Lebewesen dieser geeignet ist. Es lassen sich für die Erhaltung bestehender Ökosysteme allenfalls moralische Argumente anführen, etwa Verantwortung für zukünftige menschliche Generationen, die bestimmte ökologischen Bedingungen zum Leben brauchen.

4.4.1.3 Entropie-Paradigma

Das Entropie-Paradigma betrachtet stoffliche Austauschprozesse vor dem Hintergrund energetischer Flüsse:

“The entropy paradigm is founded in theoretical physics, the so-called laws of thermodynamics, and, at the same time, relates well to economics. All processes are processes in which energy is used; it is not ‘used up’ though, but only changed in quality: It becomes dispersed, less concentrated. In other words, its entropy increases. In an isolated system each process can only increase, but never decrease entropy - and finally all processes stop”
(Fischer-Kowalski/Haberl 1993: 434).

Gesellschaft ist in dieser Sichtweise ein System, das sowohl Energie verbraucht als auch Entropie produziert, indem es fossile Energieträger verbraucht, die in Millionen von Jahren entstanden sind. Gleiches gilt auch für hochkonzentrierte Materie (z. B. Metalle), die nicht verloren geht, aber nach der Verarbeitung in vermischter, unkonzentrierter Form an die Umwelt abgegeben wird. Umweltpolitisch geht es bei diesem Denkmuster darum, den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und Energie möglichst zu reduzieren und statt dessen mehr auf der Basis von “natürlichem Einkommen” (z. B. durch Sonneneinstrahlung) als der Vernutzung von “Naturkapital” zu wirtschaften.

4.4.1.4 Konvivialitäts-Paradigma

Das Konvivialitäts-Paradigma stellt vor dem Hintergrund ethischer und philosophischer Traditionen die Vormachtsstellung des Menschen gegenüber anderen Lebewesen in Frage. Die Natur wird nicht als Umwelt, sondern als zu respektierende (teilweise göttliche) Kreatur gesehen, die aus sich selbst heraus ein Existenzrecht hat. Gemäß diesem biozentrischen Weltbild geht es darum, menschliches Handeln danach auszurichten, dass anderen Lebewesen oder Gattungen möglichst wenig Leid, Beeinträchtigung oder Zerstörung zugefügt wird.

Dem Konvivialitäts-Paradigma folgt die insbesondere im angelsächsischen Sprachraum prominente deep ecology. Deep ecologists weisen die dualistische Trennung zwischen Mensch und Natur zurück. Sie gehen davon aus, dass die Menschen Teil der Natur sind und deshalb nicht grundsätzlich verschieden und von ihr losgelöst sind. Sie verwehren sich gegen eine anthropozentrische Sichtweise auf die Natur, die den Wert von Natur an ihrem Wert für die Menschen bemisst. Vielmehr hat die Natur aus der Sicht der deep ecology einen intrinsischen Wert, unabhängig von ihrem Nutzen oder Schaden für die Menschen. Aus dieser bio- oder ökozentrischen Sicht sind Ökosysteme und ökologische Vielfalt um ihrer Selbst Willen erhaltenswert. Aus diesen Prämissen folgt die Forderung nach einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung, die in letzter Konsequenz auf eine massive Beschränkung menschlichen Naturverbrauchs und menschlicher Eingriffe in die Natur hinausläuft. Eine ökologische Gesellschaft im Sinne von deep ecology basiert auf kleinen, dezentralisierten, autonomen and selbstversorgenden Regionen oder Gemeinschaften, die die ökologische Tragfähigkeit (carrying capacity) ihres Gebietes nicht überschreiten darf.

Die Begründung für die ökologische Selbstbeschränkung folgt nicht immer den Erkenntnissen ökologischer Wissenschaft und deren wissenschaftlichen Verfahren, sondern auch emotionalem und intuitivem, spirituellem Wissen, was deep ecology in die Nähe der holistischen New Age Ansätze und des spirituellen Ökofeminismus bringt. (Pepper 1996: 26 ff; Spretnak 1989). Motor der gesellschaftlichen Transformation ist für deep ecologists das individuelle Bewusstsein:

„The prime need is for each individual to change attitudes, values and lifestyles to emphasize respect and peaceful cooperation with nature“ (Pepper 1996, 21 ff).

Deep ecology ist von verschiedenen Seiten, auch von Ökofeministinnen, kritisiert worden (im Überblick s. Pepper 1996: 28 ff; Mellor 1997a: 130 ff). In seinen extremen Formen wurde diesem Ansatz vorgeworfen, im besten Fall politisch naiv und im schlimmsten Fall reaktionär zu sein. Naiv, weil er individuelle Einstellungs- und Verhaltensänderungen zum Motor sozialen Wandels erklärt und Herrschaftsstrukturen sowie wirtschaftliche und politische Interessen als mögliche Hemmnisse einer öko-sozialen Transformation völlig außer Acht lässt. Reaktionäre Tendenzen werden in der Beschwörung kleiner, traditioneller, naturnaher Gemeinschaften vermutet, deren Lebenszentrum die Suche nach einem Einssein mit der Natur ist, als Gegenmodell zur urbanisierten Welt moderner

Gesellschaften. Auch der Ökozentrismus von deep ecology gilt als nicht unproblematisch, da er dazu tendiert anti-human zu sein, in dem Sinn, dass Menschen gleichsam als Störfaktoren der Natur behandelt werden (Tokar 1990). Das Ideal von Natur ist „wilderness“, denn sie ist „unspoilt by man“. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen den existentiellen Bedürfnissen der Menschen und den intrinsischen Werten „unberührter Natur“.

Die dargelegten Paradigmen der Betrachtung von Umweltschädlichkeit spielen auch in der Nachhaltigkeitsdiskussion eine Rolle. Auch dort spielen etwa bei der Bestimmung ökologischer Nachhaltigkeit die naturwissenschaftlichen Paradigmen eine zentrale Rolle. Vorherrschend ist ein instrumentelles Grundverständnis der Mensch-Naturverhältnisse. Das ethisch begründete Konvivialitätsparadigma spielt dagegen eine vergleichsweise geringe Rolle.

4.4.2 Was verstehen wir unter Natur: Statik oder Dynamik?

Das bereits erwähnte forstwirtschaftliche Nachhaltigkeitsprinzip – die Regenerationsfähigkeit des Waldes nicht zu gefährden - zielt auf einen dauerhaften Bestandserhalt, der nicht nur ökologisch verträglich ist, sondern auch langfristig ökonomische Gewinne verspricht.⁸ Problematisch an der Idee des ökologischen Bestandserhalts ist, dass sie eine statische Auffassung von Nachhaltigkeit nahe legt, die für die Ökonomie und speziell für die soziale Dimension nicht anwendbar ist. Die sozialen Systeme moderner Gesellschaften zeichnen sich gerade durch ihren stetigen Wandel aus, der mit Blick auf die Ziele ökologischer Nachhaltigkeit unabdingbar ist. Eine Übertragung der zitierten ökologischen Nachhaltigkeitsidee auf die soziale Dimension würde bedeuten, dass die gegenwärtigen sozialen Systeme jedenfalls in ihren Grundlagen erhalten bleiben sollten.⁹

Einem dynamischen Verständnis von Nachhaltigkeit sind Hodge/Hardy verpflichtet. Sie definieren Nachhaltigkeit u.a.:

„Sustainable development is not a ‚fixed state of harmony‘. Rather, it is an ongoing process of evolution in which people take actions leading to development that meets their current needs without comprising the ability of future generations to meet their own needs“ (Hodge/Hardy 2001: 9).

Die Statik-Dynamik Frage wirft aber noch ein weiteres Problem auf, nämlich die Frage, ob heute lebende Generationen die Bedürfnisse der zukünftigen kennen können oder gar festlegen dürfen? Die Idee der Nachhaltigkeit beinhaltet die Vorstellung einer moralischen

⁸ Über eine soziale Perspektive wird in diesem Zitat – was ja auch für die heutige Nachhaltigkeitsdiskussion gilt - nichts ausgesagt (etwa über die Eigentumsverhältnisse des Waldes, die Arbeitsbedingungen und Löhne der Forstarbeiter, die Verteilung der Erträge usw.).

⁹ Einige AutorInnen sehen die Widersprüchlichkeit von Statik und Dynamik auch in der Begriffswahl von nachhaltiger Entwicklung (z. B. Jamison 1998)

Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen, die die kollektiven Hinterlassenschaften für diese betrifft. An diesem Punkt knüpft auch die von Herman Daly initiierte Diskussion um strong und weak sustainability an, die in erster Linie die Art dieser Hinterlassenschaften betrifft (Daly/Cobb 1989; Daly 1996). Dabei geht es um die Frage der Substituierbarkeit verschiedener Arten von Kapital (Naturkapital, Sozialkapital, Wissenskapital, „man-made“-Kapital). Während die VertreterInnen einer schwachen Nachhaltigkeit die prinzipielle Substituierbarkeit des natürlichen Kapitals, mit menschlich produziertem, künstlichen Kapital annehmen, gehen Vertreter einer starken Nachhaltigkeit von einer „constant natural capital rule“ aus, also einem bestimmten nicht substituierbaren Maß an Naturkapital. Entsprechend soll die kollektive Hinterlassenschaft eine bestimmte Menge an natürlichem Kapital enthalten; im Falle der schwachen Nachhaltigkeit geht es nur um das gleichbleibende Niveau der Nutzensumme aller Kapitalien. Die Naturzerstörung ist insofern hinnehmbar, als das natürliche Kapital ja von künstlichem Kapital ersetzt werden kann. Diese Diskussion wird in erster Linie innerhalb der ökologischen Ökonomie (Ecological Economics) geführt (vgl. Hinterberger 2002).

Grundlegend diskutiert wird auch die Frage, ob eine ökologisch Nachhaltige Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbar ist. Während auf der einen Seite argumentiert wird, dass wirtschaftliches Wachstum überhaupt erst die finanziellen und technischen Mittel zur Verfügung stellt, um ökologische Sparpotentiale zu realisieren, wird von anderer Seite argumentiert, dass wirtschaftliches Wachstum bislang immer mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch verbunden war. Eine moderatere Position in dieser Debatte sucht nach Möglichkeiten, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln (Weizsäcker et al. 1995).

4.4.3 Wer sind die Akteure der Nachhaltigkeit: top-down oder bottom-up Strategien?

Auf der praktisch politischen Ebene ist die Auseinandersetzung, ob eher top-down oder bottom-up Strategien für die praktische Initiierung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu favorisieren sind, angesiedelt. Umweltpolitische Aktivitäten, insbesondere solche, die auf eine Nachhaltige Entwicklung abzielen, lassen sich in top-down und bottom-up approaches unterscheiden. Dieser Unterscheidung liegt die Frage zugrunde, von wem die Initiative für die Aktivität ausgegangen ist.

Als top-down approach werden in der Regel Initiativen seitens offizieller Personen oder Institutionen, die auf einer hohen Hierarchieebene angesiedelt sind bezeichnet. Das sind z. B. das Management einer Firma, das Umweltministerium eines Staates, eine Kommunalbehörde, internationale Organisationen usw., denen zumeist auch entsprechende rechtliche oder finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um ihren Willen durchzusetzen (Fördermittel, steuerliche Maßnahmen, Gesetze, Verordnungen, Anweisungen usw.).

Dagegen bezeichnet der bottom-up approach Aktivitäten, die von „der Basis“ ausgehen, von Privatpersonen, umweltschutzorientierten Gruppen, Bürgerinitiativen oder Vereinen

oder Vertretern kommunaler Verwaltungen, oftmals auf einer niedrigen Hierarchieebene. Meistens handelt es sich dabei um freiwillige Aktivitäten. Jens Dangschat hat kritisch darauf hingewiesen, dass Bürgerbeteiligungsverfahren nichts Neues sind und dass sie in lokalen Agenda 21 (LA21) Prozessen vielfach das einzige sind, was von der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung realisiert wird (Dangschat 1997). Dennoch sind sie sinnvoll, um die lokale Demokratie zu stärken und den Verdruss über die üblichen top-down-Entscheidungen zu mildern. Eine starke Bürgerbeteiligung wird gerne als Zeichen der lokalen Verankerung des Lokale Agenda 21-Prozesses genommen. Vielfach werden in der LA21 bottom-up-approaches favorisiert.¹⁰

Im Kontext der Strategien für eine Nachhaltige Entwicklung spielt die Übersetzung von globalen Anliegen in lokale Handlungsformen eine wichtige Rolle (z. B. Wallner et al. 1996). Gemäß dem Slogan „Think globally act locally“ enthält die Agenda 21 explizit die Aufforderung zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. Das Kapitel 28 der Agenda 21 ruft die Kommunen der Welt dazu auf, eine sogenannte lokale Agenda 21 (LA21) zu entwickeln und entsprechende Umsetzungsstrategien nachhaltiger Entwicklung zu finden. Diese Strategie geht auf die Initiative des "International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) zurück, dessen Entwurf das Kapitel 28 der Agenda 21 geprägt hat. Gemäß dieses Vorschlags bekam lokale Politik erstmalig ein internationales Leitbild. Seither beschäftigt sich weltweit eine wachsende Zahl von Kommunen mit der Erarbeitung von lokalen Umsetzungsstrategien, die den lokalen Gegebenheiten, Problemen, Potentialen und Erfordernissen angemessen sind. Auch in Österreich sind zunehmend mehr sogenannte LA21 Gemeinden zu verzeichnen (vgl. Newsletter „Nachhaltiges Österreich“ 2/2002 hg. v. oin@boku.ac.at (Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung).

4.4.4 Schlussfolgerungen

Die Diskussion um Nachhaltigkeit ist keineswegs eindimensional, sondern ist durch zahlreiche prinzipielle und zum Teil heftig ausgetragene Kontroversen geprägt. Es bestehen gravierende Auffassungsunterschiede zwischen den verschiedenen Diskutanten hinsichtlich folgender Punkte:

- Die Frage nach dem moralischen/ontologischen Verhältnis von Mensch und Natur wird unterschiedlich beantwortet, entsprechend auch die daraus abzuleitende Frage, welche Qualität von Eingriffen in die Umwelt gerechtfertigt ist.
- Auf der Basis der Frage nach dynamischem versus statischem Naturverständnis bzw. nach der ökologischen Verträglichkeit von Wirtschaftswachstum stellt sich die Frage nach der Quantität der Eingriffe in die Umwelt.

¹⁰ Relativ jung sind Diskussionen um die Verbindung von Nachhaltigkeit und (good) Governance. In Diskussion sind dabei (neue) demokratische Politikformen, die eine breite Beteiligung unterschiedlicher Akteure, Stakeholder und Bevölkerungsgruppen an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Darüber hinaus geht es um die Schaffung bzw. Reform (neuer) globaler Gremien etwa zur nachhaltigen Steuerung des Ressourcenabbaus und zur Sicherung der Rechte lokaler Gemeinschaften oder zur Etablierung fairer Handelsstrukturen; um Umweltbürgerrechte und einen verbesserten VerbraucherInnenschutz etc.

- Grundsätzlich thematisiert wird auch die Frage nach den Akteuren nachhaltiger Entwicklung.

In allen diesen Debatten wird natürlich auch um den Stellenwert und den Primat einer der Säulen – Ökonomie, Ökologie, Soziales - der Nachhaltigkeit gerungen.

4.5 Ein-, Drei- oder Mehrsäulenmodelle

Das Nachhaltigkeitskonzept des Brundtlandberichts und der Rio-Dokumente verlangt die Verbindung zwischen ökologischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Aspekten gesellschaftlicher Entwicklung. Für diese einzelnen Teilbereiche hat sich im politiknahen Nachhaltigkeitsdiskurs die Bezeichnung Dimension oder Säule eingebürgert. Demgemäss geht es bei der Operationalisierung nachhaltiger Entwicklung darum, die einzelnen Säulen/Dimensionen zueinander in Beziehung zu setzen und zu konkretisieren. Bei den Operationalisierungsansätzen lassen sich grob Einsäulenmodelle und Mehrsäulenmodelle unterscheiden (vgl. Kopfmüller et al. 2001). Diese sollen im Folgenden in ihren Grundzügen dargestellt und mit Beispielen illustriert werden.

4.5.1 Ausgewählte Einsäulenmodelle

Die Einsäulenmodelle nachhaltiger Entwicklung gehen vom Primat der ökologischen Dimension aus. Demnach soll Nachhaltige Entwicklung in erster Linie darauf abzielen, die ökologischen Systeme und Ressourcen als Existenz- und Wirtschaftsgrundlagen – als notwendige Voraussetzung für die zukünftige Befriedigung menschlicher Bedürfnisse – zu erhalten. Ökonomie und ein diffus „Soziales“ (z. B. Lebensstile) werden zumeist als Verursacher von Umweltproblemen und somit als notwendigerweise zu verändernd im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit angesehen.

Ökonomische und soziale Aspekte sind bei diesem Ansatz nur insofern relevant als die Ökologisierung gesellschaftlicher Entwicklung wirtschafts- und sozialverträglich sein soll. Institutionelle Aspekte spielen im Zusammenhang mit Umsetzungsstrategien eine Rolle, indem bestehende oder auch neu zu schaffende institutionelle Einheiten mit entsprechenden Aufgaben betraut werden.

Nachhaltige Entwicklung, im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit, zielt also auf die größtmögliche Reduktion der umweltzerstörenden Stoffströme, um so Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch, den sogenannten Umweltverbrauch, zu minimieren. Für die Operationalisierung dieser Ziele wurden inzwischen verschiedene Konzepte entwickelt, die den Umweltverbrauch von bestimmten sozial-räumlichen Einheiten (Ländern, Regionen etc.) zu erfassen suchen und zugleich Anhaltspunkte für eine gerechtere Verteilung des Umweltverbrauchs geben wollen. Eine gewisse Berühmtheit haben inzwischen die Konzepte des 'ökologischen Fußabdrucks' von Mathias Wackernagel und William E. Rees (1995) und des sogenannten 'Umweltraums' des deutschen Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie (Friends of the Earth 1995) erlangt. Auch der Nationale Umweltplan

Österreichs (NUP) der österreichischen Bundesregierung von 1994 ist ein Beispiel für ein ökologisch dominiertes Nachhaltigkeitskonzept. Zur Zielerreichung setzt der NUP in erster Linie auf umweltschonende sowie energie- und ressourcensparende Technologien (Effizienzsteigerung) und eine generelle Ökologisierung der österreichischen Wirtschaft (Angebot und Verbrauch).

4.5.1.1 Ökologischer Fußabdruck (1995)

Das Werkzeug des „ökologischen Fußabdrucks“ versucht, den Naturverbrauch einer wirtschaftlichen Einheit zu messen. Dazu werden die Energie- und Materialflüsse dieser Wirtschaftseinheit geschätzt und in die Menge an Wasser- und Landflächen umgerechnet, die notwendig sind, um die gesamte konsumierte Energie und die materiellen Ressourcen bereitzustellen und den Abfall zu absorbieren (Wackernagel/Rees 1995).

Entsprechende Studien liegen auch für Österreich vor. Anfang 2002 hat das IFF, Abteilung Soziale Ökologie den ökologischen Fußabdruck des österreichischen Außenhandels berechnet (Erb/Krausmann/Schulz 2002). In dem Bericht wird aufgezeigt, dass der Fußabdruck Österreichs in den letzten 12 Jahren um rund 10% zugenommen hat und dass Österreich für seinen Metabolismus weitaus mehr Fläche beansprucht als im Inland zur Verfügung steht.¹¹ Ein expliziter Hinweis auf die Nachhaltigkeitsdiskussion findet sich am Schluss der Studie mit einer Aufforderung zur nachhaltigen Landnutzung Österreichs:

„Will Österreich damit seiner Verantwortung als Verursacher gerecht werden, muss es nicht nur für die nachhaltige Nutzung seines eigenen Landes, sondern auch für faire Landnutzung in den südlichen Ländern, und nicht zuletzt für eine nachhaltige Verringerung seines CO₂ Ausstoßes sorgen.“ (Erb/Krausmann/Schulz 2002, S. 43).

An dieser Stelle ist auch auf einige lokale österreichische Initiativen hinzuweisen, die das Instrument des ökologischen Fußabdrucks zum Ausgangspunkt einer sozial-ökologischen Regionalentwicklungsstrategie genommen haben. Als eine der ersten ist hier die Region Feldbach in der Steiermark zu nennen, die zu einer „Insel der Nachhaltigkeit“ entwickelt werden soll (Narodoslawski/Waller 1998). Als Schwerpunkte der Entwicklung wurden in diesem Gebiet die folgenden gesetzt (ebenda S. 216):

- das Führen einer regionalen Stoff- und Energiebuchhaltung
- die verstärkte Nutzung der vorhandenen ökologischen und humanen Potentiale
- der Aufbau kleinregionaler Strukturen mit höheren Organisationsgraden

¹¹ „2,8 mal die Fläche Österreichs – so groß ist der Ökologische Fußabdruck, der den Ressourcenverbrauch Österreichs im Jahr 2000 auf der Erde hinterlässt. Die im In- und Ausland tatsächlich benützte Landfläche – durch Nutzung von Grünland, Ackerland und Wald – übersteigt die in Österreich vorhandene Fläche um 22%. Darüber hinaus würde Österreich eine Fläche benötigen, welche ca. 1 1/2 mal so groß ist wie die eigene bioproduktive Fläche, um die Emissionen von CO₂ – generiert durch den Verbrauch fossiler Energieträger – nachhaltig, d.h. ohne Auswirkung auf das Weltklima, zu absorbieren.“ (Erb/Krausmann/Schulz 2002, S.41)

- die Abrundung der Struktur der Gewerbe- und Industriebetriebe und ihre stärkere Eingliederung in regionale Gegebenheiten
- das Füllen von Lücken in der Wertschöpfung der Region.

Soziale Nachhaltigkeit wird in dem Modell nicht explizit konzeptualisiert. Soziale Momente werden aber berücksichtigt, indem insbesondere arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen (Arbeitslose, wiedereinsteigende Frauen etc.) in dem sozial-ökologische Reformprogramm Berücksichtigung finden.

4.5.1.2 Umweltraum (1995)

Das Konzept des „Umweltraums“ wurde beispielhaft in einer auflagenstarken deutschsprachigen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ausbuchstabiert, die vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag des größten deutschen Umweltverbandes (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/BUND) und des bischöflichen Hilfswerks für Entwicklungszusammenarbeit Misereor erstellt worden ist (BUND/Misereor 1996). Ziel der Studie war es, für das Industrieland Deutschland Leitbilder, Rahmenbedingungen und Wege für eine Nachhaltige Entwicklung von Arbeit, Wirtschaft und Leben zu erstellen bzw. aufzuzeigen. Dabei konnte das Wuppertal-Institut auf eine Reihe von Studien über verschiedene europäische Länder (als erste Sustainable Netherlands) zurückgreifen, die im Rahmen ihrer europäischen Nachhaltigkeitskampagne von Friends of the Earth in Auftrag gegeben wurden (vgl. FOE 1995). Auch für Österreich liegen seit 1994 Berechnungen des Umweltraums und Vorschläge für Reduktionsziele und -potentiale vor (Kosz 1994). Letztere sind jedoch weniger detailliert als die der zitierten vergleichbaren deutschen Studie, weshalb diese hier ausführlicher dargestellt wird.

Der Umweltraum stellt eine Maßzahl für die Menge von natürlichen Ressourcen und den Umweltverbrauch dar, die pro Kopf nicht überschritten werden darf, damit eine Nachhaltige Entwicklung nicht gefährdet wird. Wie alle westlichen Industrieländer überschreitet Deutschland diese Maßzahl um ein Vielfaches. Dagegen werden Maßnahmen empfohlen, die den Umweltverbrauch reduzieren sollen. Im Hinblick auf die Produktions- und Lebensverhältnisse in den Industrieländern gelten als zentrale Ansatzpunkte für die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung insbesondere technische und organisatorische Optimierungen sowie die Veränderung von Wertorientierungen, Konsum- und Lebensgewohnheiten. Ersteres wird unter dem Stichwort der Effizienzrevolution zusammengefasst, letzteres unter dem der Suffizienzrevolution. Beide zielen auf eine Steigerung der Ressourcen- und Energieproduktivität (vgl. Schmidt-Bleek 1995; Schmidt-Bleek/Tischner 1995; Weizsäcker et al. 1995).¹²

Die **Effizienzrevolution** strebt technische und organisatorische Effizienz in erster Linie auf betriebswirtschaftlicher Ebene an. Organisatorisch geht es um den Verkauf von

¹² Andere Wissenschaftler verlangen für eine Nachhaltige Entwicklung noch zusätzlich eine dritte sogenannte Konsistenzrevolution. Gemeint ist damit die störungsfreie Einpassung anthropogener Stoffströme in die natürlichen Stoffwechselkreisläufe (vgl. Huber 1995).

Dienstleistungen anstelle von Produkten und darüber hinaus um die umweltverträgliche Optimierung von Logistik, Vertrieb und Nutzeffekten. Technisch geht es um die Optimierung von Produkten, Prozessen und Infrastrukturen, also um Produktinnovationen unter den Gesichtspunkten eines geringeren Rohstoffverbrauchs, der Rezyklierbarkeit, Langlebigkeit und Reparierbarkeit, des sparsamen Energieverbrauchs, der Vermeidung gefährlicher Rohstoffe und giftiger Emissionen bei der Herstellung und beim Ge-/Verbrauch, ökologisches Design usw. Prozessinnovationen sind im Sinne vorsorgenden oder integrativen Umweltschutzes an einem möglichst geringen Energie- und Wasserverbrauch und minimalem Schadstoffausstoß zu orientieren.

Im Hinblick auf die **Suffizienz** geht es nicht nur darum, neue, "dematerialisierte" Qualitäten des Gebrauchs, die etwa unter dem Motto "Nutzen haben statt besitzen" zusammengefasst werden können, in Anspruch zu nehmen (vgl. Schmidt-Bleek 1995, S. 44 ff). Es geht darüber hinaus auch darum, die Inanspruchnahme quantitativ möglichst gering zu halten. Gemeint sind damit Formen des Konsums, die auf der gemeinsamen Nutzung von Gütern beruhen, sei es als nachbarschaftliches Teilen von Waschmaschinen, als genossenschaftliches carsharing, oder als kommerzielles Mieten oder Leasen von Heimwerker- oder Nähmaschinen. Neue Wohlstandsmodelle richten sich auf die Veränderung unserer Lebens- und Konsumstile und unsere Freizeitgewohnheiten, z. B. Urlaubsreisen im eigenen Land anstelle von Fernreisen, die Reduktion des Fleischkonsums, die Präferenz für Lebensmittel aus ökologischem Anbau, der Verzicht auf die Nutzung des Autos zugunsten des Umweltverbundes von Zufußgehen, Fahrrad-, Bus- und Bahnbenutzung, generell ein neuer Umgang mit Zeit, Raum und Geschwindigkeit. In diesem Kontext wird auch über einen neuen "Zeitwohlstand" nachgedacht, der durch die Reduktion von Erwerbs-Arbeitszeit, die Etablierung einer sowohl die reproduktive Eigenarbeit als auch Erwerbsarbeit umfassenden Lebensarbeitszeit, durch das Teilen von Arbeitsplätzen und dergleichen mehr entstehen könnte (vgl. BUND/Misereor 1996, S. 221 f; Rinderspacher 1996).

Als dringlichste politische Maßnahme erscheint den AutorInnen der erwähnten Studie die Durchführung einer sozial-ökologischen Steuerreform, die den Energieverbrauch verteuern und den Faktor Arbeit verbilligen soll. Dadurch soll die Technisierung verlangsamt werden. Weitere Steuern sollen den Rohstoffverbrauch senken und den Weg in eine arbeitsintensivere Reparaturgesellschaft ebnen (vgl. auch Weiß/Blau/Wehnisch 1997).

Auch wenn die Wuppertaler Studie von vielen als richtungsweisend anerkannt wurde, so attestieren ihr insbesondere feministische Kritikerinnen eine Reihe von Defiziten. Sie richten ihre Kritik in erster Linie auf die unsystematische Berücksichtigung geschlechterpolitischer Fragestellungen, speziell mit Blick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung (im Überblick Littig 1998; Schultz 1999; Bernhard 1999). Darüber hinaus wird vor allem von Irmgard Schultz auf die unkritische Haltung der AutorInnen gegenüber der Rolle von Wissenschaft in Nachhaltigkeitsprozessen und der mangelnden Partizipation von Laien und Betroffenen an der Ausarbeitung und Umsetzung nachhaltiger Ziele und Strategien hingewiesen (Schultz 1999). Denn insbesondere Frauen werden in der

offiziellen Agenda 21 als wichtige Akteursgruppe der Nachhaltigkeitsprozesse angesehen, ihre Partizipation an deren Gestaltung wird als besonders notwendig erachtet (Littig 1998)¹³.

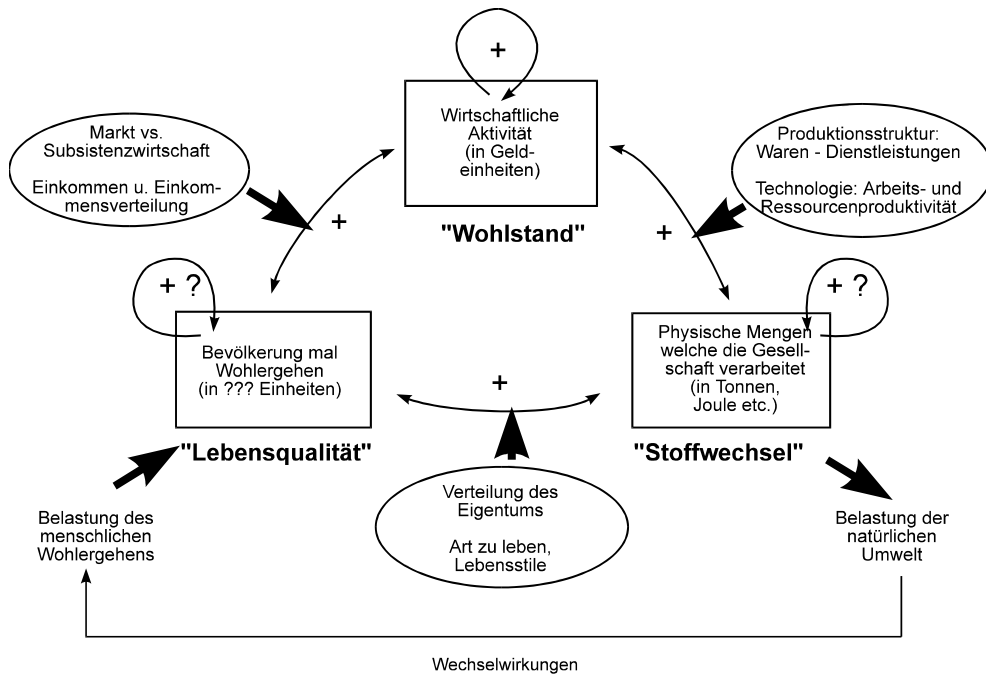
Die Wuppertaler Studie ist typisch für eine Nachhaltigkeitskonzeption, die von einem ökologischen Imperativ ausgeht. Es ist in erster Linie die Notwendigkeit ökologischer Einsparungen, Verbesserungen und Schutzziele, die eine Korrektur der herrschenden Lebens- und Wirtschaftsweisen verlangt. Die nachhaltige Umgestaltung der Arbeitsgesellschaft ist somit eine Konsequenz ökologisch begründeter Erfordernisse und nicht etwa an einem normativen Leitbild sozialer Nachhaltigkeit orientiert. Soziale (i.e. gesellschaftspolitische) Überlegungen werden aber durchaus berücksichtigt. Vorherrschend erscheint uns allerdings ein sozialtechnisches Gesellschaftsverständnis, das die Dynamiken und Widersprüche moderner komplexer Gesellschaften nicht angemessen berücksichtigt.

4.5.2 Das „magische Dreieck“ von Ökonomie, Ökologie und Sozialem (1998)

Eine Zwischenstellung zwischen den ökologisch dominierten Einsäulenmodellen und den Mehssäulenmodellen nimmt das Modell eines „magischen Dreiecks“ von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ein (vgl. Fischer-Kowalski 1998). Denn auch wenn in dem analytischen Dreiecksmodell die wechselseitigen Einflüsse von Lebensqualität (Soziales), Wohlstand (Ökonomie) und gesellschaftlichem Stoffwechsel (Ökologie) betrachtet werden, so stehen die Konsequenzen eines bestimmten Niveaus an Lebensqualität und an ökonomischem Wohlstand für den gesellschaftlichen Naturverbrauch im Vordergrund der Betrachtung. Die folgende Abbildung stellt die Dreiecksbeziehungen systematisch dar.

¹³ Claudia Bernhard formuliert eine erheblich schärfere Kritik an der Studie, indem sie den AutorInnen der Studie die Instrumentalisierung von Frauen für kapitalistisch-patriarchale Machtinteressen unter dem „Deckmantel“ eines sozial-ökologischen Umbaus vorwirft (dies. 1999).

Abbildung 1: Systemisches Modell für die Wechselbeziehungen von Lebensqualität, Wohlstand und Stoffumsatz



© IFF-Soziale Ökologie, 1996, Fischer-Kowalski 1998, S.20

Zur Erklärung dieses Modells führt Fischer-Kowalski aus:

„Die Darstellung beschreibt keine System-Umwelt-Dynamik, sondern eine innersystemische, gesellschaftliche. Diese besteht darin, dass drei qualitativ verschiedene Größen, nämlich die Menge an Lebensqualität (gemessen als Größe der menschlichen Population mal deren Wohlergehen) mit der Menge an wirtschaftlicher Aktivität (gemessen in Geldeinheiten, zum Beispiel als Bruttosozialprodukt) und der Menge der gesellschaftlich prozessierten physischen Ressourcen (Stoffwechsel, gemessen in Joule und Tonnen) positiv verknüpft sind.

Diese gesellschaftliche Dynamik ist an zwei Enden an die natürliche Umwelt rückgekoppelt. Das eine Ende ist der Stoffwechsel. Er hängt davon ab, dass bestimmte natürliche Ressourcen in bestimmten Mengen verfügbar sind, und dass bestimmte gesellschaftliche Ausscheidungsprodukte absorbiert werden können. Der Stoffwechsel ist es auch, mit dem das gesellschaftliche System „aktiv“ in die natürliche Umwelt eingreift und dort bestimmte Wirkungen hervorruft. Das andere Ende ist das Wohlbefinden der Menschen. Menschliches Leben, Fortpflanzungsvermögen und Wohlbefinden setzen bestimmte Bedingungen voraus, die nur zu einem (kleinen) Teil gesellschaftlich produziert oder im Fall des Ausbleibens „natürlicher Leistungen“ kompensiert werden können. (...) Die wirtschaftlichen Größen sind allerdings nur mittelbar mit der natürlichen Umwelt verknüpft. Weder hat wirtschaftliche Aktivität als solche irgendwelche Umweltwirkungen: Güter können gekauft, Einkommen und Gewinne erzielt, Zinsen bezahlt oder einbehalten werden, ohne dass dies Auswirkungen auf die Natur hat. Geld ist für die Natur völlig belanglos – nur mittelbar, nämlich wenn es

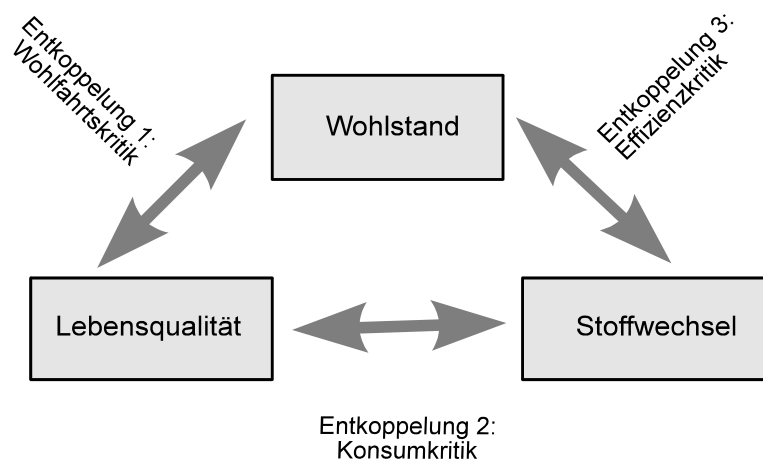
physische Stoffwechselprozesse in Gang setzt, wird es wirksam. Auch haben natürliche Veränderungen nicht unmittelbar wirtschaftliche Folgen. Erst dann, wenn sie sich als Kostensteigerung bemerkbar machen, werden sie ökonomisch relevant.“ (Fischer-Kowalski 1998, S. 18-21)

Die Doppelpfeile zwischen den einzelnen Komponenten des „magischen Dreiecks“ verweisen auf positive Rückkoppelungen zwischen den einzelnen Komponenten, jedenfalls unter industriegesellschaftlichen Bedingungen: z. B. eine erhöhte wirtschaftliche Aktivität bewirkt ein erhöhtes Wohlergehen der Bevölkerung und einen erhöhten materiellen Stoffdurchsatz und dieser wiederum bewirkt mehr Wohlergehen (Lebensqualität). Zugleich haben die einzelnen Komponenten des Dreiecks positive Rückkoppelungen mit sich selbst; etwa im Falle der ökonomischen Dimension als die Selbstverwertung des Kapitals.

Vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung geht es nun um die Frage wie diese Zusammenhänge, die gegenwärtig auf einen erhöhten Ressourcenverbrauch hinauslaufen, nachhaltig entkoppelt werden können. Vorgeschlagen werden dazu drei verschiedene kritische Ansätze (vgl. Abbildung 1) basierend auf (1) Wohlfahrtskritik, (2) Konsumkritik und (3) Effizienzkritik.

Alle drei Ansätze verlangen nach einem gesellschaftlichen Wandel hin zu umweltverträglicheren Lebensweisen, die zugleich sozialpolitisch wünschenswerte Wirkungen haben sollen. Als mögliche Instrumente zur Erreichung dieser Ziele nennt Fischer-Kowalski eine sozial-ökologische Steuerreform, die Verkürzung der Normalarbeitszeit und die Förderung der Diversität subkultureller Lebensformen (zur Vermeidung einseitiger ökologischer Belastungen) (ebenda S. 37 ff). Auch wenn von diesen Steuerungseingriffen durchaus positive sozialpolitische Folgen zu erwarten sind, so liegt das Hauptaugenmerk des skizzierten Ansatzes auf den möglichen positiven ökologischen Wirkungen (ebenda S. 37 ff), weshalb es uns berechtigt erscheint, den Ansatz zwischen ökologisch dominierten und stärker integrativen Mehrsäulenmodellen einzuordnen.

Abbildung 2: Zur Entkoppelung von Wohlstand, Lebensqualität und Stoffwechsel



© IFF-Soziale Ökologie (1996)

4.5.3 Ausgewählte Dreisäulen- und Mehrkomponentenmodelle

Obleich das Bild eines Drei-Säulenmodells - und also solches ist es zu verstehen - eine begrüßenswerte Anreicherung des Begriffs der Nachhaltigkeit von seiner rein ökologischen Bestimmung darstellt, sind doch eine Reihe von Kritikpunkten angebracht.

Der erste Teil der Kritik bezieht sich auf die Konzeption des Bildes. Zunächst ist die Beschränkung auf drei Pfeiler theoretisch nicht einsichtig. So könnte es durchaus auch sinnvoll sein, eine kulturell-ästhetische und eine politisch-institutionelle Säule in den Nachhaltigkeitsbegriff zu integrieren. Sofern eine institutionelle/politische Dimension in den Modellen berücksichtigt wird, hat sie eine andere Qualität als die anderen drei Säulen. Sie beinhaltet zumeist Fragen nach den politischen Entscheidungsprozessen und Institutionen, die notwendig sind, um eine Nachhaltige Entwicklung zu realisieren. So haben z. B. Deller/Spangenberg (1999) zur Abbildung nachhaltiger Entwicklung einen Tetraeder entworfen, in dem dem institutionellen Eckpunkt die Stärkung partizipativer Entscheidungsverfahren zukommt. Das Thema Partizipation wird oftmals auch in Drei-Säulen-Ansätzen berücksichtigt, aber zumeist lediglich als eines der Ziele innerhalb der sozialen Säule.

Ein weiterer Kritikpunkt, der sich jedoch weniger an das Bild, sondern vielmehr an dessen Umsetzung richtet, ist die real ungleichrangige Behandlung der drei Nachhaltigkeitsaspekte trotz postulierter Gleichrangigkeit. Denn die vielfach beschworenen win-win Konstellationen nachhaltiger Entwicklung beinhalten bestenfalls ökologische und ökonomische Gewinne. Wenn ökologische Forderungen jedoch die ökonomische Profitmaximierung behindern oder gar zu Verlusten führen, sind diese nur in Ausnahmefällen politisch durchsetzbar. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte ist letztlich unter den Bedingungen der Globalisierung nur schwer durchzusetzen. Dies wirft grundlegende Fragen nach dem Verhältnis der verschiedenen Säulen zueinander auf. Wie werden etwa trade-offs zwischen den einzelnen Komponenten behandelt?

Versucht man in die Details des Bildes vorzudringen, so werden weitere Defizite des Konzepts offenbar. Während das Bild der drei Säulen derzeit unstrittig ist, lässt sich dies – in unterschiedlichem Ausmaß - für Leitziele, Operationalisierung und Indikatorenbildung innerhalb der drei Pfeiler mit weitaus geringerer Sicherheit feststellen. Am meisten Konsens herrscht noch bei ökologischen Zielsetzungen,¹⁴ die in den meisten Fällen die Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs, den Erhalt der Biodiversität sowie eine generelle Verbesserung der Umweltqualität umfassen. Gemessen und überprüft wird der Fortgang nachhaltiger Entwicklung im Fall der ökologischen Dimension in den meisten Fällen in Kilogramm, Tonnen, Joule o.ä. quantitativ messbare Größen.

14 ... sieht man einmal von dem grundsätzlichen Streit zwischen einer tiefgrünen Auffassung (deep ecology), dass ökologische Systeme einen Eigenwert und damit eine menschenunabhängige Existenzberechtigung haben und einer leichtgrünen (shallow ecology), die ein instrumentelles Verhältnis von Natur als Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung annimmt ab (Pepper 1996; Littig 2001).

Im Gegensatz dazu herrscht wenig Klarheit und Konsens bei der Bestimmung sozialer Leitziele der nachhaltigen Entwicklung. Leitziele und Indikatoren unterscheiden sich je nach Urheberschaft. Häufig handelt es sich dabei um eine theoretisch nicht begründete Auswahl von Annahmen, Zielsetzungen und Indikatoren. Insbesondere mit Blick auf die soziale Dimension scheint in vielen Fällen ungeklärt, was das „Soziale“ kennzeichnet und welchen Dynamiken und Brüchen es unterliegt (vgl. Becker/Empacher 1999).

4.5.3.1 UN-Sustainable Development Indicators

Die Commission for Sustainable Development der Vereinten Nationen (UNCSD) hat in einem von 1995 bis 2000 dauernden Prozess, in den etwa 100 internationale ExpertInnen aus dem Bereich der Indikatorenbildung beteiligt waren, ein Set von Kennziffern zur Messung Nachhaltiger Entwicklung ausgearbeitet (United Nations 1996, UNCSD 2001). Die Indikatoren wurden von 22 Ländern aus allen Regionen der Welt getestet (unter ihnen auch Österreich) und aufgrund der gewonnenen Erfahrungen verändert und weiterentwickelt. Im Laufe der Indikatorenerstellung ist die UNCSD von ihrem ursprünglichen, theoretisch sehr interessanten Ansatz abgegangen, die einzelnen Faktoren und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit danach einzuteilen, ob sie

- Nachhaltigkeit beeinflussen (driving force indicators),
- den Zustand von Nachhaltigkeit auf ökologischer, ökonomischer, sozialer und institutioneller Ebene abbilden (state indicators) oder
- Handlungen beschreiben, die in Richtung Nachhaltigkeit führen (response indicators).

In der derzeit vorliegenden Fassung des UN-Indikatorensets (UNCSD 2001) ist die Zahl der Indikatoren im Vergleich mit der ursprünglichen Fassung drastisch reduziert worden. Statt ursprünglich 134 gibt es nunmehr 58 zentrale Indikatoren. Diese sind in vier thematische Bereiche „sozial“, „Umwelt“, „Wirtschaft“ und „institutionell“ geteilt, wovon 19 Kennziffern das Thema „sozial“ betreffen. Das UNCSD-Modell stellt kein Dreisäulenmodell im engeren Sinn dar, da aber die Abgrenzung zwischen „institutionell“ und „sozial fließend“ und schwer begründbar sind, beschreiben wir es in diesem Abschnitt. Das Thema „sozial“ wird im UNCSD-Indikatorenset in die Unterthemen Gleichheit, Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Bevölkerung gegliedert, dem jeweils weitere Subthemen und entsprechende Indikatoren zugeordnet sind. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Themen, Subthemen und Indikatoren des Bereichs „sozial“ der UNCSD-Nachhaltigkeitsindikatoren.

Wenngleich die UNCSD ihren ursprünglichen Ansatz aufgegeben hat, die Kennziffern in „driving force“, „state-“ und „response“ Indikatoren zu unterteilen und damit einen Zusammenhang zwischen sozialen Faktoren und Nachhaltiger Entwicklung zu modellieren, macht sie im Unterschied zu vielen anderen Indikatorenbildern bei der überwiegenden Anzahl der verwendeten Indikatoren den Versuch, inhaltliche Verknüpfungen zwischen Themen, Subthemen und Indikatoren auf der einen Seite und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite herzustellen. Im folgenden Abschnitt werden daher diese inhaltlichen

Verknüpfungen zwischen Nachhaltigkeit und sozialen Themen, Subthemen und Indikatoren beschrieben.

Tabelle 2: Themen, Subthemen und Indikatoren des Bereichs „sozial“ der UN-Nachhaltigkeitsindikatoren

THEMA	SUBTHEMA	IINDIKATOR
GLEICHHEIT	Armut	Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze
		Gini Index der Einkommensungleichheit
		Arbeitslosenrate
	Geschlechtergleichheit	Verhältnis der durchschnittlichen Einkommen von Frauen zu Einkommen von Männern
GESUNDHEIT	Ernährungsstatus	Ernährungsstatus von Kindern
	Mortalität	Mortalitätsrate von Unter-5-Jährigen
		Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt
	Kanalisation	Anteil der Bevölkerung mit adäquaten Abwasserentsorgungseinrichtungen
	Trinkwasser	Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser
	Gesundheitsversorgung	Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Einrichtungen der primären Gesundheitsversorgung
		Impfraten gegen Infektionskrankheiten im Kindesalter
Verbreitungsraten von Verhütungsmethoden		
BILDUNG	Ausbildungsstand	Kinder, mit abgeschlossener 5. Klasse der Grundschule
		Abgeschlossene Ausbildung der Sekundärstufe von Erwachsenen
	Lese- und Schreibfähigkeit	Rate der Lese- und Schreibfähigkeit von Erwachsenen
WOHNUNG	Lebensbedingungen	Quadratmeter pro Person
SICHERHEIT	Kriminalität	Anzahl gemeldeter Verbrechen pro 100.000 Einwohner
BEVÖLKERUNG	Bevölkerungsveränderungen	Wachstumsrate der Bevölkerung
		Bevölkerung in urbanen formalen und informalen Siedlungen

(Quelle: UNCSO 2001: 24)

Gleichheit

Die Wahl des Themas Gleichheit begründet die UNCSO damit, dass sie normativ feststellt, dass Gleichheit ein grundlegender Wert von nachhaltiger Entwicklung: *„Social equity is one of the principal values underlying sustainable development, with people and their quality of life being recognized as a central issue.“* (UNCSO 2001: 20). Die UNCSO unterteilt das Thema Gleichheit in die Subthemen Armut und Gleichheit der Geschlechter.

Die Wahl des Subthemas Armut argumentiert die UNCSO damit, dass Nachhaltige Entwicklung einen integrativen Ansatz erfordert, der Entwicklungsfragen, Rohstoffverbrauch und Umweltqualität sowie *„human welfare“* berücksichtigt (UNCSO 2001: 57). Zur Messung von Armut zieht die UNCSO zum einen den Anteil der Bevölkerung heran, der unter der Armutsgrenze liegt, zum anderen den GINI Index der Einkommensverteilung. Ein dritter Indikator für Armut ist die Arbeitslosenrate. Im Unterschied zu vielen anderen Autoren begründet die UNCSO jedoch, warum sie diese Kennzahl wählt wenn sie feststellt: *„(Unemployment) is one of the main reasons for poverty in rich and medium income countries and among persons with high education in low income*

countries.“ Einschränkend hält die UNCSO jedoch fest, dass Arbeitslosigkeit kein eindeutiger Indikator für Armut ist „*it is common to find people working full-time but remaining poor due to the particular social conditions and type of industrial relations prevalent in their country, industry, or occupation.*“ (UNCSO 2001: 66).

Im Gegensatz zum Bereich Armut, dessen Berücksichtigung sie normativ begründet, stellt die UNCSO einen Bezug zwischen der Gleichheit der Geschlechter und Nachhaltigkeit her. Sie argumentiert dabei mit dem Beitrag der Frauen zur Wirtschaft. „*The lower the ratio of wages offered to women, the less the attraction for women to join the labor force, which in turn deprives the economy of a vital component of development. This disadvantage could also be attributed to inequalities in educational opportunities for women and the need for policy makers to correct this inequity. It is generally acknowledged that if women are more educated, they are more likely to contribute to the broader productivity of society while enhancing child and maternal health care.*“ (UNCSO 2001: 71, Hervorhebung BL und EG).

Gesundheit

Die UN postuliert eine direkte Verbindung zwischen Gesundheit der Bevölkerung und Nachhaltiger Entwicklung und begründet dies folgendermaßen: „*Development cannot be achieved or sustained when a high proportion of the population is affected by poor health and inadequate access to health care facilities. (...) A clean environment is important to citizens' health and well-being. Unsustainable economic growth can also cause environmental degradation which, together with inappropriate consumption, can adversely influence human health.*“ (UNCSO 2001: 31, Hervorhebung BL und EG).

Die UNCSO unterteilt das Thema Gesundheit in die Unterthemen Ernährung, Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie Gesundheitseinrichtungen. Daneben ist die Sterblichkeit der Bevölkerung ein weiterer Indikator, der für die Messung der Gesundheit der Bevölkerung vorgeschlagen wird.

Ein zentraler Faktor, der Nachhaltige Entwicklung beeinflusst, sind Sterblichkeitsraten. Diese beeinflussen Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung und stellen damit wichtige Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit dar: „*Mortality, with fertility and migration, determines the size of human populations, their composition by age, sex, ethnicity, and their potential future growth. Life expectancy, a basic indicator is closely connected with health conditions, which are in turn an integral part of development.*“ (UNCSO 2001: 82).

Ein zentrales Anliegen in diesem Bereich ist die Reduzierung der Sterblichkeit bei unter 5-Jährigen. Sie stellen eine besonders verletzte Bevölkerungsgruppe dar. Die Konzentration auf diese Altersgruppe begründet die UNCSO sowohl normativ („*The reduction of childhood mortality is one of the most strongly and universally supported development goals.*“ UNCSO 2001: 74) als auch funktional, da bei dieser besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppe soziale Faktoren besonders stark auf die Sterblichkeitsraten durchschlagen: „*Under-5-mortality levels are influenced by poverty, education, particularly of mothers; the availability, accessibility and quality of health services; health risks in the*

environment, such as access to safe water and sanitation; and nutrition, among other factors.” (UNCSD 2001: 77).

Als einen wichtigen die Gesundheit der Bevölkerung beeinflussenden Indikator, wählte die UNCSO den Zugang zu sanitären Anlagen. Sie begründet dies mit der Verbindung sanitärer Einrichtungen und Gesundheit: *„Accessibility to adequate excreta disposal facilities is fundamental to decrease the faecal risk and the frequency of associated diseases. Its association with other socioeconomic characteristics (education, income) and its contribution to general hygiene and quality of life also make it a good universal indicator of human development“ (UNCSD 2001: 86).* Auch den Zugang zu sauberem Trinkwasser stellt die UN in diesen Kontext. *„Accessibility to improved water sources is of fundamental significance to lowering the faecal risk and frequency of associated diseases“ (UNCSD 2001: 89).*

Ein weiterer Indikator für Gesundheit ist der Zugang zum Gesundheitssystem, der Aussagen über den Fortschritt des Gesundheitssystems, die Gleichheit und Nachhaltige Entwicklung zulässt. Dieser Indikator sollte nach Ansicht der UNCSO jedoch mit Indikatoren verbunden werden, die Aussagen über die Nutzung, die tatsächliche Dichte und die Qualität der Versorgung zulassen (UNCSD 2001: 92). Daneben schlägt die UN Immunisierungsraten gegen Kinderkrankheiten als Gesundheitsindikator vor. *„Good management of immunization programs, essential to the reduction of morbidity and mortality from major childhood infectious diseases, is a basic measurement of government commitment to preventative health services.“ (UNCSD 2001: 95).*

Zuletzt wählt die UN die Prävalenz von Geburtenkontrollprogrammen als Indikator für Gesundheit, da solche Programme zu Änderungen demographischer Trends führen und damit Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung aber auch auf die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere von Frauen, haben können. *„Agenda 21 discusses reproductive health programs, which include family planning, as among the programs that promote changes in demographic trends and factors towards sustainability. Health benefits include the ability to prevent pregnancies that are too early, too closely spaced, too late or too many“ (UNCSD 2001: 98).*

Bildung

Die UNCSO betrachtet Bildung als einen zentralen Bestandteil von Nachhaltigkeit, da sie dazu beiträgt, grundlegende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen sowie Gleichheit, den Aufbau von Fähigkeiten, den Zugang zu Informationen und die Stärkung von Wissenschaft fördert. Daneben wird Bildung auch als zentrales Mittel dazu angesehen, Produktionsweisen und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern. Darüber hinaus gibt es eine enge Verbindung zwischen dem allgemeinen Grad der Bildung und der Dauerhaftigkeit von Armut. *„(Education) is vital to changing people’s attitude to achieve ethical awareness, values, attitudes, skills, and behavior consistent with the goal of building a more sustainable society“ (UNCSD 2001: 34).*

Wohnung

Auch das Vorhandensein adäquater Wohnungen sieht die UNCSO nicht nur als normativen Anspruch, sondern als unmittelbaren Beitrag zu Nachhaltigkeit: *„Adequate shelter is one of the essential components of sustainable development. The availability of adequate shelter substantially contributes to safer, more equitable, productive, and healthier settlements. Living conditions, especially in urban areas, are influenced by excessive population concentration, inadequate planning and financial resources, and unemployment. Rural-urban migration exacerbates this situation contributing to the development of slums and informal settlements. Poor living conditions are associated with poverty, homelessness, poor health, social exclusion, family instability and insecurity, violence, environmental degradation, and increased vulnerability to disasters.“* (UNCSO 2001: 35, Hervorhebung BL und EG).

Sicherheit

Ein weiteres Thema im Bereich „Soziales“ des UNCSO-Indikatorenansatzes ist der Bereich Sicherheit, der in diesem Zusammenhang als Abwesenheit von Verbrechen definiert wird. Zunächst definiert die UNCSO Verbrechen als soziales Phänomen, das mit Ungleichheit und unausgewogener Entwicklung in Zusammenhang gesehen wird: *„... Crime is not merely a problem of illegal behavior and law enforcement but also a phenomenon closely associated with economic and social development. (...) Imbalanced or inadequately planned development can worsen social conditions that contribute to a rise in criminality especially where the fruits of development are not equitably distributed among the people“* (UNCSO 2001 115). Sicherheit vor Verbrechen sowie Rechtssicherheit sind laut UNCSO Vorbedingung von nachhaltiger Entwicklung: *„Crime prevention and criminal justice are an integral part of the development process. Civil society, good governance, and democracy rest on the promotion of justice as an essential condition for social stability, security, peace, human rights, and long-term sustainable development. Such a stable and secure climate is necessary to support the goals of poverty eradication, economic investment, environmental stewardship, gender equality, participation, and sustainable livelihood“* (UNCSO 2001: 36).

Bevölkerung

Ein weiterer Abschnitt der UNCSO-Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit sind dem Subthema Bevölkerung gewidmet. Diese werden als wichtiger Faktor im Verhältnis Bevölkerung, Ressourcennutzung, Umwelt und Entwicklung in dem Sinne gesehen, dass unausgewogene Bevölkerungsentwicklung Nachhaltigkeit negativ beeinflussen kann: *„More stable levels of fertility can have a considerable positive impact on quality of life. In many countries, slower population growth has brought more time to adjust to future population increases. (...) Rapid population growth and migration can lead to unsustainable living conditions and increased pressure on the environment, especially in ecologically sensitive areas“* (UNCSO 2001: 37). Ein wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang, der nach Ansicht der UNCSO in seinen Auswirkungen auf Nachhaltigkeit allerdings nicht linear und monokausal interpretiert werden darf, ist Bevölkerungswachstum. Die UNCSO argumentiert: *„rapid population growth*

can place strain on a country’s capacity for handling a wide range of issues of economic, social and environmental significance, particularly when rapid population growth occurs in conjunction with poverty and lack of access to resources, or unsustainable patterns of production and consumption, or in ecological vulnerable zones“ (UNCSD 2001: 118). Die Verteilung der Wohnbevölkerung auf formale und informelle Siedlungen ist ein weiterer Bevölkerungsindikator der UNCSD. Diese Unterscheidung ist wichtig, da informelle Siedlungen in vielerlei Hinsicht Nachhaltiger Entwicklung zuwider laufen: „Settlements characterized by illegality of tenure and unauthorized shelter are generally marginal and precarious, and do not cater to basic human needs such as affordable housing. The affect sustainable human settlements development, human health, and socio-economic development.“ (UNCSD 2001: 121).

Institutionen

Institutionelle Aspekte spielen für Nachhaltige Entwicklung eine bedeutende Rolle, da diese nur durch entsprechende Möglichkeiten von Personen und institutionelle Voraussetzungen umgesetzt werden kann. „The ability of a country to progress towards sustainable development is largely determined by the capacity of its people and institutions. Capacity can be measured by a country’s human, scientific, technological, organizational, institutional, and resource capabilities. Institutional capacity enhances participatory planning, implementation, and monitoring related to sustainable development. An increase in capacity improves community skills and abilities to address crucial questions, evaluate policy options and implementation approaches, and appreciate constraints and limitations“ (UNCSD 2001: 54).

Die ursprüngliche Liste für institutionelle Indikatoren umfasste Indikatoren wie das Bestehen von verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen, nationalen Räten für Nachhaltige Entwicklung, Ratifizierung von globalen Abkommen, Implementation von ratifizierten globalen Abkommen, Programmen für nationale Umweltstatistiken, Repräsentation der wichtigsten Gruppen, Repräsentation von ethnischen Minderheiten in nationalen Räten für Nachhaltige Entwicklung, Beitrag von NGOs zur nachhaltigen Entwicklung. Von dieser großen Zahl von sicherlich schwierig zu messenden Indikatoren sind in der letzten Fassung nur wenige übrig geblieben (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Themen, Subthemen und Indikatoren des Bereichs „institutional“ der UN-Nachhaltigkeitsindikatoren

THEMA	UNTERTHEMA	INDIKATOR
INSTITUTIONELLER RAHMEN	Strategische Implementierung von Nachhaltiger Entwicklung	Nationale Strategien zu Nachhaltiger Entwicklung
	Internationale Zusammenarbeit	Umsetzung von ratifizierten, globalen Abkommen
INSTITUTIONELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT	Zugang zu Information	Zahl der Internetkunden auf 1.000 EinwohnerInnen
	Kommunikationsinfrastruktur	Haupt-Telephonanschlüsse auf 1.000 EinwohnerInnen
	Wissenschaft und Technologie	Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP
	Vorbereitet sein auf und Antwort auf Katastrophen	Wirtschaftlicher Verlust und Verlust und Menschenleben aufgrund von Naturkatastrophen

(Quelle: UNCSD 2001: 24)

Die UNCSO wendet sich zunächst dem institutionellen Rahmen zu, der das Bestehen von Nationalen Strategien zur Nachhaltigen Entwicklung sowie die internationale Kooperation, gemessen an der Ratifizierung von globalen Abkommen, umfasst (UNCSO 2001: 275).

Im Bereich der institutionellen Kapazitäten schlägt die UNCSO vor, sich bei den Indikatoren an der Möglichkeit des Informationszugangs, gemessen am Zugang zu Internet und Telefon, sowie an der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, gemessen am Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP, zu orientieren. Ein weiterer Indikator ist die Vorbereitung und Reaktion auf Katastrophen, gemessen an ökonomischen Verlusten und Verlusten an Menschenleben aufgrund von Naturkatastrophen.

Die UNCSO begründet die Wahl des Internetzugangs als einen Indikator für institutionelle Kapazitäten mit seiner Möglichkeit Bildung und Informationen für „Alle“ zu bringen. Sie setzt dieses Potenzial des Internets in Zusammenhang mit sozialer Nachhaltigkeit: *„As information distribution system, the internet and its usage provide opportunities for bringing education and information within the reach of all“* (UNCSO 2001: 278). In ähnlicher Weise argumentiert die UNCSO für die Nutzung des Zugangs zu Telefon als Kennzahl für institutionelle Nachhaltigkeit. Eine gut entwickelte Kommunikationsstruktur sei für die Unterstützung von nachhaltiger Entwicklung zentral: *„Telecommunication and social, economic, and institutional development are closely linked. Modern communication is considered to be relatively benign to the environment. There is unlikely to be sustainable development without a well-developed communications infrastructure. Communications is critical to support sustainable development“* (UNCSO 2001: 281).

Forschung und Wissenschaft werden in den UNCSO Indikatoren als Nachhaltige Entwicklung unterstützend angesprochen. *„Adequate R&D funding that is commensurate with economic growth and national income is necessary for ensuring sustainable development. Scientists are improving their understanding on policy-relevant issues such as climate change, growth in resource consumption rates, demographic trends, and environmental degradation. Changes in R&D investments in these and other areas need to be taken into account in devising long-term strategies for development. Scientific knowledge should be applied to assess current conditions and future prospects in relation to sustainable development“* (UNCSO 2001: 284).

Zusammenfassend bieten die UNCSO-Indikatoren ein unvollständiges, theoretisch sicherlich simplifizierendes und nur implizit bleibendes Erklärungsmodell für die Wechselwirkung zwischen sozialen Strukturen und Prozessen und Nachhaltigkeit. Obwohl die UNCSO von ihrem ursprünglichen, theoretisch interessantem Konzept abgegangen ist, soziale Indikatoren nach ihrer Beziehung zu Nachhaltigkeit in *„pressure indicators“*, *„state indicators“* und *„response indicators“* zu unterteilen und auf die theoretisch weniger anspruchsvolle Variante von thematischen Feldern übergegangen ist, liegt der Wert dieses Ansatzes sicherlich darin, dass der Versuch gemacht wurde, zu begründen wo die mittelbaren und unmittelbaren Zusammenhänge zwischen sozialen Faktoren und Nachhaltigkeit liegen. Diese Analyse ist in vielen Punkten unvollständig, cursorisch und implizit, sie ist aber trotz dieser Einschränkungen tiefergehend als alle untersuchten Modelle und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit.

Diskussionswürdig sind sicherlich die institutionellen Indikatoren, die gegenüber der ursprünglichen Variante jegliche Kennziffer für demokratische Partizipation vermissen lassen und lediglich den Zugang zu Internet und Telefon als rein technologisch orientierte Partizipationsmaßzahlen verwenden. Ebenso fragwürdig ist der Indikator des Anteils von Forschung und Entwicklung am BIP als Maßzahl für institutionelle Nachhaltigkeit. Nach dieser Maßzahl wären Staaten mit hohem Forschungsanteil die Nachhaltigsten. Dazu ist zu bemerken, dass das Wieviel an Forschung noch nichts über das Wofür aussagt. Auch die Kennziffer des Verlustes an Menschenleben und wirtschaftlichen Verlusten für die Bereitschaft und Antwort auf Naturkatastrophen erscheint misslungen. Als Begründung dieses Indikators führt die UNCSO an: *„Natural disasters can have devastating short and long-term impacts on the society and the economy of any country, adversely affecting progress towards sustainable development. They cause loss of life, social disruption and affect economic activities. This is particularly true for highly vulnerable, low-income groups. They also cause environmental damages, such as loss of fertile agricultural land, and water contamination. They affect urban settlements and may result in major population displacements“* (UNCSO 2001: 287). Diese Begründung legt eher nahe den Indikator als „state indicator“ und nicht als „response indicator“ zu verwenden und er sagt auch mehr über die Häufigkeit von Naturkatastrophen bzw. den Wohlstand einer Region aus als über die institutionelle Antwort einer Gesellschaft auf Naturkatastrophen.

4.5.3.2 Europäische Union

Die Europäische Union hat im Juni 1997 im Amsterdamer Vertrag festgelegt, dass Umweltschutz eines der Ziele der Gemeinschaft ist. Der diesbezügliche Passus im Gründungsvertrag der EU lautet:

*„Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Durchführung der in den Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und Nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, **ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität**, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern“* (Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Erster Teil, Grundsätze, Artikel 2, Hervorhebungen BL und EG)

Darüber hinaus definiert der Amsterdamer Vertrag Umweltschutz als Querschnittmaterie.

„Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in Artikel 3 genannten Gemeinschaftspolitiken und –maßnahmen insbesondere zur Förderung

einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden“ (Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Erster Teil, Grundsätze, Artikel 6)

Im Folgenden werden wir der Frage, wie soziale Nachhaltigkeit im EU Kontext definiert wird auf zwei Wegen nachgehen. Zum einen werden wir analysieren, wie soziale Nachhaltigkeit in der „Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie“ berücksichtigt wird, daran anschließend werden wir untersuchen, wie der soziale Aspekt in der Nachhaltigkeits-Indikatorenbildung der EU berücksichtigt wird.

Europäische Nachhaltigkeitsstrategie

Im Dezember 1999 beauftragte der Europäische Rat von Helsinki die Kommission eine Nachhaltigkeitsstrategie vorzubereiten (European Commission 2001: 4). Zu diesem Zweck wurde eine sich aus Kommissaren zusammensetzende „Gruppe für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Nachhaltige Entwicklung“ eingesetzt, die unter Vorsitz des Kommissionspräsidenten eine EU Strategie für Nachhaltige Entwicklung erarbeiten sollte. Die Arbeit dieser Gruppe führte zunächst zu einem Diskussionspapier (European Commission 2001), zu dessen Diskussion die Kommission alle „stakeholder“ einlud. Am 15. Mai 2001 nahm die Kommission den überarbeitenden Vorschlag für eine Europäische Nachhaltigkeitsstrategie an, die wiederum im Juni 2001 beim Europäischen Rat von Göteborg angenommen wurde.

Das Diskussionspapier bezieht sich in seiner Nachhaltigkeitsdefinition auf den Brundtlandt Report und hält fest, dass eine Minimaldefinition von Nachhaltigkeit zwei Ideen umfasst, das sind zum einen **die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit**, zum anderen, **intergenerative Gerechtigkeit**. *„(1) Development has an economic, a social and an environmental dimension. Development will only be sustainable if a balance is struck between the different factors that contribute to the overall quality of life. (2) That the current generation has an obligation to future generations to leave sufficient stocks of social, environmental and economic resources for them to enjoy levels of well being at list as high as our own“ (European Commission 2001: 10ff.).*

Kritisch anzumerken ist, dass das Papier das Verhältnis zwischen den drei Dimensionen von Nachhaltigkeit nicht näher definiert. Aufforderungen der Verfasser im Text des Diskussionspapiers an nicht näher definierte „policy makers“ können aber dahingehend interpretiert werden, dass das Verhältnis zwischen diesen drei Dimensionen als eher problematisch gesehen wird. Dies kann daraus geschlossen werden, dass vor allem Konfliktlinien zwischen den Dimensionen angesprochen und abgesteckt werden, das heißt ökonomisches Wachstum wird an soziale und ökologische, Sozialpolitik und Umweltpolitik an ihre ökonomische Grenzen verwiesen: *„... a comprehensive perspective is needed that ensures that policies – both sectoral and horizontal – are mutually supportive rather than working against one another. Achieving that in practice will oblige policy makers to ensure that **economic growth is not bought at the expense of a social divide and environmental deterioration, that social***

policy underpins rather than undermines economic performance, and that environmental policy is based on sound science and is cost-effective“ (European Commission 2001: 11).

Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie ist kein analytisches Papier und orientiert sich auch in seiner Anlage nicht explizit an dem Drei-Säulen-Konzept. Stattdessen wählte die Kommission Schwerpunktthemen, die für die Kommission die „größten Gefahren für Nachhaltige Entwicklung darstellen“ (European Commission 2001: 14). Auswahlkriterien für diese Felder waren „Schwere“, „Zeitdimension und Irreversibilität“ sowie die „europäische Dimension“ des jeweiligen Problems (European Commission 2001: 14). Auf dieser Basis wählte die Kommission sechs Themen, von denen drei dem Bereich der sozialen Nachhaltigkeit zugerechnet werden können, nämlich **öffentliche Gesundheit, Armut und soziale Ausgrenzung, sowie Alterung und Demographie.**

Die Form, in der die Kommission die Verbindung zwischen diesen Themen und Nachhaltigkeit herstellt, ist zum Teil ethisch- normativ und nur zu geringem Teil analytisch. So wird die Bedeutung von Gesundheit zum Teil analytisch begründet: *„A healthy population is crucial for the well-being of our societies, and is therefore a prerequisite for sustainable development. A safe environment and decent health care are basic elements of social and economic progress. (...) Good health is important for our economic and material prosperity: sick or unhealthy people can't work and are dependent on those who do“ (European Commission 2001: 22).* Die Kommission argumentiert aber auch ethisch und appellativ indem sie ohne Begründung feststellt: *“how a society cares for its most fragile members is also a measure of its own health and sustainability” (European Commission 2001: 22).* Auch die Art und Weise, wie Armut Nachhaltige Entwicklung beeinflusst, wird nicht detailliert begründet: *„Reducing poverty is central to sustainable development. Although it is not a new phenomenon, it has enormous direct effect on individuals in terms of ill health, suicide rates, persistent unemployment, and potential exclusion from the mainstream of society“ (European Commission 2001: 31).* Das gleiche gilt für den Bereich der Alterung der Gesellschaft, in dem zwar die Gefahr von sozialer Spaltung der Gesellschaft und Armut unter Alten angeführt werden, ein Zusammenhang mit Nachhaltigkeit jedoch nicht direkt hergestellt wird. *„The population of the European Union and of the accession countries is ageing. (...) These demographic changes will have profound economic, budgetary and social implications. An ageing population puts into question the financial sustainability of pension schemes and public health care (...) A long-term approach is essential to prevent the occurrence of a social divide between generations and widespread poverty among the elderly“ (European Commission 2001: 34).* Zusammenfassend hat das in der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie implizit enthaltene Bild von Nachhaltigkeit wenig analytische Schärfe und oszilliert zwischen der Begründung in normativen Werten und mittel- und unmittelbaren strukturellen Zusammenhängen zwischen sozialen Faktoren und ökologischen und ökonomischer Nachhaltigkeit.

Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit

Basierend auf den UNCSO Indikatoren, an deren Entwicklung es selbst aktiv teilgenommen hat, hat Eurostat 63 Nachhaltigkeitsindikatoren entwickelt, die sie ebenso wie die UNCSO

in die Dimensionen „Sozial“, „Umwelt“, „Wirtschaft“ und „Institutionen“ unterteilt. Von den 59 UNCSO Indikatoren hat Eurostat im Bereich Sozial 8 unverändert übernommen, 6 modifiziert, 4 verändert, 4 hinzugefügt und 2 gestrichen (European Commission 2001: 3).

Eurostat definiert soziale Nachhaltigkeit nicht über seine mittelbare und unmittelbare Bedeutung für ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, sondern zum einen wertorientiert, zum anderen gleichsam defensiv gegenüber den beiden anderen Nachhaltigkeitsdimensionen: Soziale Nachhaltigkeit ist der Imperativ, bei der Umsetzung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz die Wohlfahrt der Bürger zu berücksichtigen.

“The social dimension of sustainable development reflects the need to address the welfare of citizens while allowing sustainable economic growth and protection of the environment.” (European Commission 2001: 17).

In diesem Sinne wird soziale Nachhaltigkeit auf spezifische Werte wie Gleichheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung, Sicherheit herunter gebrochen, die mit Ausnahme des Bevölkerungsaspekts losgelöst sind von ihrer Bedeutung für Nachhaltigkeit. *“Social welfare, in terms of sustainable development, relates to both the economic and physical well being of the population by improving access to education, health, housing, etc. Social exclusion should be reduced to a minimum with all groups of people participating in the society in which we live” (European Commission 2001: 17).*

In der Indikatorenbildung lehnt sich Eurostat an die UNCSO Indikatoren an, die sie entsprechend der ihr notwendig erscheinenden Anpassungen an europäische Verhältnisse adaptiert.

Tabelle 4: EU-Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung: Soziale Nachhaltigkeit

UN THEMA	UNTERTHEMA	EUROSTAT INDIKATOR	
GLEICHHEIT	Armut	SOC 1	Bevölkerung unter der Armutsgrenze
		SOC 2	Maßzahl für Einkommensungleichheit
		SOC 3	Arbeitslosenrate
		SOC 4	Jugendarbeitslosenrate
		SOC 5	Sozialleistungen pro Kopf
	Geschlechtergleichheit	SOC 6	Verhältnis von Einkommen von Frauen am Einkommen von Männern
	Wohlfahrt für Kinder	SOC 7	Wohlfahrt für Kinder
GESUNDHEIT	Ernährungsstatus	SOC 8	Ernährungsstatus der Bevölkerung
	Krankheit	SOC 9	Mortalität aufgrund ausgewählter Schlüsselkrankheiten
		SOC 10	Säuglingssterblichkeit
	Mortalität	SOC 11	Lebenserwartung bei der Geburt
	Kanalisation	SOC 12	Bevölkerung mit Anschluss an Kanalisation
	Gesundheitsversorgung	SOC 13	Nationale Gesundheitsausgaben
SOC 14		Impfung gegen Kinderkrankheiten	
BILDUNG	Ausbildungsgrad	SOC 15	Grad der erreichten Ausbildung
	Lese- und Schreibfähigkeit	SOC 16	Niedriger Ausbildungsstand
WOHNUNG	Lebensverhältnisse	SOC 17	Anzahl der Räume pro Kopf
		SOC 18	Haushaltszusammensetzung
SICHERHEIT	Kriminalität	SOC 19	Gemeldete Verbrechen
BEVÖLKERUNG	Demographischer Wandel	SOC 20	Rate des Bevölkerungswachstums
		SOC 21	Bevölkerungsdichte
		SOC 22	Nettomigrationsrate

(Quelle: European Commission 2001: 5)

Im Unterthema Armut hat Eurostat von der UNCSO den Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (SOC 1), die Maßzahl für Einkommensungleichheit (SOC 2) und die Arbeitslosenrate (SOC 3) übernommen. Zusätzliche Indikatoren sind die Jugendarbeitslosenrate (SOC 4) und Sozialleistungen pro Kopf (SOC 5). Begründet werden die Indikatoren zumeist mit Hinweis auf EU-Politiken bzw. Agenda 21 Forderungen, aber nur in wenigen Fällen mit kursorischen Hinweisen auf mittelbare oder unmittelbare Zusammenhänge auf Nachhaltigkeit. So verweist Eurostat etwa darauf, dass *“Armut sowohl ein Grund als auch eine Folge von nicht nachhaltigen Gesellschaften ist”* (European Commission 2001: 18), dass Arbeitslosigkeit eine der Hauptgründe für Armut in der EU ist (European Commission: 22) oder dass das Ausmaß von Sozialleistungen an Personen oder Haushalte Hinweise über das Ausmaß an sozialem Schutz in einem Land zulässt (European Commission: 26). Der sicherlich gegebene Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Nachhaltigkeit wird von Eurostat leider nur halbherzig und wenig überzeugend argumentiert: *“Youth employment is a crucial indicator for a sustainable European society given the difficulties encountered by young people when entering the labor market after completing their education.”* (European Commission 2001: 24).

Im Unterthema Geschlechtergleichheit übernimmt Eurostat die UNCSO Kennziffer des Einkommensverhältnisses von Frauen und Männern (SOC 6) und begründet die Wahl zum einen mit der Verbindung zwischen Geschlechterungleichheit, eigenem Einkommen für Frauen und der Verhinderung von Armut, zum anderen mit dem Wert von Geschlechtergleichheit, der auch in der Agenda 21, im Amsterdamer Vertrag und den 2000 Beschäftigungsrichtlinien der EU festgelegt sind (European Commission 2001: 28).

Im Unterthema Kinderwohlfahrt verwendet Eurostat den Anteil der Unter-16-Jährigen, die in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen wohnen, als einen Indikator (SOC 7). Eurostat begründet das zum Teil normativ, zum anderen Teil mit dem Einfluss des Haushaltseinkommens auf Bildung Gesundheitsversorgung und Wohnung. *“A sustainable society is deemed to offer equal education opportunities, basic health care, and decent housing for all children – which is clearly dependent on each family income (despite the social benefits received, public education and health)”* (European Commission 2001: 30).

Das Thema Gesundheit der Eurostat Indikatoren gliedert sich die Bereiche Ernährungsstand, Krankheit, Mortalität, Sanitäre Anlagen und Gesundheitsversorgung. Die Indikatoren zum Ernährungsstand wurden von Eurostat geändert. Eurostat wählte die tägliche Kalorienaufnahme sowie den Fettanteil an der Energiezufuhr von Erwachsenen in % der Energiezufuhr (SOC 8) als Kennziffern. Die inhaltliche Verknüpfung dieser Indikatoren zu Nachhaltigkeit wird damit geschaffen, dass Ernährung eine Schlüsseldeterminante von Gesundheit ist. Dass die Ernährungsgewohnheiten der EuropäerInnen ein Gesundheitsproblem darstellen und damit individuelle und soziale (inklusive ökonomische) Folgeprobleme verbunden sind, ist sicherlich unbestritten, die Argumentation eines inhaltlichen Zusammenhangs zwischen problematischen Ernährungsgewohnheiten und Nachhaltigkeit bleibt Eurostat allerdings schuldig.

Bei der Argumentation der Relevanz des Indikators "Mortalität aufgrund ausgewählter Schlüsselkrankheiten" (SOC 9) für das Thema Nachhaltigkeit verweist Eurostat auf Agenda 21, die darauf besteht, die grundlegende menschliche Gesundheit zu berücksichtigen (European Commission 2001: 34). Eurostat hat die Mortalitätsraten bei Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen und Infektionskrankheiten als Indikatoren ausgewählt.

Die Mortalität der Bevölkerung wird in den Eurostat-Indikatoren durch die Säuglingssterblichkeit (SOC 10) und die Lebenserwartung bei Geburt (SOC 11) ausgedrückt. Die Säuglingssterblichkeit misst die Verfügbarkeit und Qualität der perinatalen Versorgung. Die Wahl dieses Indikators begründet Eurostat mit Bezug auf Agenda 21 (European Commission 2001: 36). Die Lebenserwartung bei Geburt gibt laut Eurostat einen guten Hinweis auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung in jedem Land. Als Begründung dieses Indikators verweist Eurostat auf Agenda 21 und den Amsterdamer Vertrag, die die Bedeutung von Gesundheit hervorheben (European Commission 2001: 38).

Der Indikator SOC 12 ist dem Anteil der Bevölkerung, der an Abwassersysteme angeschlossen ist, gewidmet. Eurostat begründet die Wahl dieser Kennziffer zum einen mit dem Verweis auf Agenda 21 und entsprechende EU Politiken, zum anderen mit dem Hinweis auf die Bedeutung von Abwassersystemen und Kläranlagen für die Verbreitung von Infektionskrankheiten (European Commission 2001: 40).

Eurostat wählt die Nationalen Gesundheitsausgaben als Kennziffer für den Zustand der Gesundheitsversorgung (SOC 13) und begründet das zum einen mit Hinweis auf Agenda 21, zum anderen mit der Feststellung, dass der Schutz der Gesundheit Priorität hat, um nachhaltige Muster für Gesellschaften zu erreichen (European Commission 2001: 13). Eine weitere Kennziffer zur Einschätzung der Gesundheitsversorgung sind Impfraten gegen Kinderkrankheiten (SOC 14). Diese Wahl begründet Eurostat mit einem Hinweis auf Agenda 21, die feststellt, dass die grundlegenden menschlichen Gesundheitsbedürfnisse befriedigt werden müssen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen (European Commission 2001: 44).

Das Unterthema Bildung setzt sich aus den Indikatoren Ausbildungsgrad (SOC 15) und dem Anteil der Bevölkerung pro Jahresgruppe, die einen niedrigen Ausbildungsstand aufweisen (SOC 16), zusammen. Eurostat begründet Bildung als Element von Nachhaltigkeit mit einem Verweis auf Agenda 21, in dem die Förderung von Bildung, öffentlichem Bewusstsein und Ausbildung als notwendig bezeichnet werden, um die Bevölkerung zu befähigen in Richtung nachhaltiger Gesellschaften zu handeln. Eurostat verweist in diesem Zusammenhang auch auf EU Politiken, die Ausbildung und Beschäftigung verknüpfen (European Commission 2001: 46 ff.).

Die Kennziffern, die die Lebensbedingungen im Unterthema "Wohnung" beschreiben, sind nach Zahl der Räume pro Kopf (SOC 17) sowie die Haushaltszusammensetzung (SOC 18) unterteilt. Als inhaltliche Verbindung zwischen den Faktoren Raumgröße und Nachhaltigkeit bemerkt Eurostat, dass eine klare Verbindung besteht zwischen der Qualität

der Wohnung, die einer Person zur Verfügung steht und Armut und soziale Ausgrenzung. Diese beiden Bereiche sind Prioritäten in der Europäischen Agenda zur Sozialpolitik (COM(2000) 379 Final). Die Familienzusammensetzung beeinflusst das Haushaltseinkommen, die Qualität der Wohnung und daher das Wohlergehen von Kindern und Erwachsenen, Bildung und Gesundheit. Weiters stellt Eurostat fest: *“Changes in household composition have a direct impact on several aspects of the social, economic and environmental patterns and are linked to models of household consumptions and expenditures attitudes, both private and public” (European Commission 2001: 52).*

Zur Relevanz von Verbrechen für Nachhaltigkeit stellt Eurostat zum einen fest, dass Verbrechen als Sicherheitsproblem in Kontext von Lebensqualität wahrgenommen werden. Subjektive Angst, ein Opfer von Verbrechen zu werden, mindert die Lebensqualität der Betroffenen. Zum anderen wird die Höhe von Verbrechensraten mit sozialen Themen wie Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Zusammenhalt und sozialem Ausschluss in Zusammenhang gebracht. Aus diesen beiden Gründen sieht Eurostat die Anzahl der gemeldeten Verbrechen als Indikator sozialer Nachhaltigkeit an (SOC 19).

Die Kennzahlen, die Eurostat im Bereich Bevölkerung verwendet, sind Bevölkerungswachstum (SOC 20), Bevölkerungsdichte (SOC 21) und Nettomigrationsrate (SOC 22). Eurostat verweist auf die Agenda 21, die eine Verbindung zwischen Bevölkerungswachstum und Nachhaltigkeit herstellt: *“Agenda 21 acknowledges the crucial importance of population growth as one of the main driving force affecting long-term sustainability, especially in conjunction with poverty, lack of resources, unsustainable patterns of consumption and production, or in ecological vulnerable zones” (European Commission 2001: 56).* Dieser Indikator ist Teil des Eurostat Indikatoren-Sets, da Wanderungsbewegungen zentrale Faktoren der demographischen Entwicklung Europas sind, die wiederum das Bevölkerungswachstum beeinflussen. *“Migration is included in Agenda 21 (...) it is considered as a driving force for demographic” (European Commission 2001: 60).*

Ebenso wie die UNCSO, beinhaltet auch der Eurostat-Indikatorenset einen Abschnitt für institutionelle Indikatoren (vgl. Tabelle 5). Dabei hat Eurostat zwei Indikatoren unverändert übernommen (INST 2 und INST 3), einen modifiziert (INST 1) und einen verändert (INST 4). Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Indikatoren zur institutionellen Nachhaltigkeit.

Tabelle 5: EU-Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung: Institutionelle Nachhaltigkeit

UN THEMA	UNTERTHEMA	EUROSTAT INDIKATOR	
INSTITUTIONELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT	Zugang zu Informationen	INST 1	Internetzugänge
	Kommunikations-Infrastruktur	INST 2	Kommunikationsinfrastruktur
	Wissenschaft und Forschung	INST 3	Ausgaben für Forschung und Entwicklung
	Vorbereitet sein auf und Antwort auf Katastrophen	INST 4	Risiko für humanes und natürliches Kapital

(European Commission 2001: 8)

Die Wahl der Anzahl der Internetzugänge (INST 1) begründet Eurostat damit, dass das Internet Partizipation ermöglicht. Partizipation wird als zentraler Wert von Nachhaltigkeit bezeichnet: *“Sustainable development involves the participation of all groups within the society and access to the Internet can help connect every part of the world to available information channels. Benefits in terms of education, distant-learning, teleworking and flexibility measures for the disabled are potentially high.”* (European Commission 2001: 148). Kritisch anzumerken ist, dass diese Betrachtung lediglich die positiven Potenziale des Internet herausstreicht und sich die Frage stellt, ob das Internet alle Aspekte von Partizipation abdeckt. Weiters ist unklar, inwieweit nicht internet-Nutzung zur Vereinsamung beitragen kann. Die Wahl der Telefonanschlüsse und Mobiltelefone als Indikator für institutionelle Nachhaltigkeit (INST 2) wird ähnlich argumentiert wie die Wahl der Internetzugänge. *“Telecommunication development is critical to support sustainable development, as the network enables environment-friendly exchanges of information that can help save lives, educate, or secure a job. A comprehensive telecommunications infrastructure ensures broad participation in society, even for inhabitants of remote areas”* (European Commission 2001: 150). Auch hier ist dieselbe Kritik angebracht wie bei den Internetzugängen.

Als weiteren Indikator für institutionelle Nachhaltigkeit verwendet Eurostat verschiedene Kennziffern zur Messung der Ausgaben von Forschung und Entwicklung (INST 3; Anteil der Unternehmensausgaben, Anteil der Regierungsausgaben, Ausgaben für Hochschulen). Eurostat argumentiert die Wahl dieser Kennziffer, ebenso wie UNCSD, mit dem Hinweis, dass Forschung und Entwicklung in Bereichen von Nachhaltigkeit letztere fördern können: *“Science can help support sustainable management of the environment and human development. For example, research and development in the fields of climate change, resource consumption, population trends and environmental degradation produce valuable information to devise long-term strategies for sustainable development”* (European Commission 152).

Als letzten Indikator zur Messung institutioneller Nachhaltigkeit verwendet Eurostat die Anzahl und Fläche von Waldbränden und zum anderen die Anzahl großer industrieller Unfälle mit Todesopfern (INST 4).

Positiv zu bewerten und sicherlich von zentraler Bedeutung ist, dass die EU auf politischer Ebene Nachhaltigkeit in ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension anerkennt und ihre Behandlung als Querschnittmaterie in den Gründungsverträgen der EU festgeschrieben sowie eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt hat.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass sowohl in dieser Strategie als auch in den Indikatoren zur Messung von Nachhaltigkeit der Begriff der sozialen Nachhaltigkeit kaum definiert ist. Soziale Nachhaltigkeit wird nicht als analytisches Konstrukt gesehen, das darstellt, welche soziale Faktoren, in welcher Weise ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit mittelbar und unmittelbar beeinflussen.

Tabelle 6 ist ein weiterer Hinweis darauf, dass es sich beim Konzept sozialer Nachhaltigkeit nicht um eine ausgearbeitete Theorie darüber handelt, welche sozialen Faktoren Nachhaltigkeit beeinflussen. Das zeigt sich zum einen darin, dass die

Verbindungen zwischen den Indikatoren, die Eurostat angibt, sich nur in zwei Fällen auf die Umwelt beziehen (Wachstum des verbauten Gebietes, Qualität des Badewassers). Nur in drei Fällen wird eine Verbindung zwischen sozialen und ökonomischen Indikatoren hergestellt (BIP pro Kopf und öffentliche Verschuldung). Zielindikatoren werden also aufgrund von angenommener Plausibilität gewählt, deren Gültigkeit nicht bewertet werden kann, da die Beziehung zwischen sozialer Dimension und ökologischer Nachhaltigkeit nicht explizit gemacht wird.

Tabelle 6: Verbindungen der Eurostat Indikatoren zu soziale Nachhaltigkeit untereinander und den Indikatoren anderer Dimensionen von Nachhaltigkeit

	Gleichheit							Gesundheit							Bildung		Wohnung		Sicherheit	Bevölkerung		Andere Bereiche	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		22
Gleichheit	1		X	X	X			X	X	X	X	X		X		X	X		X				
	2	X				X	X	X															GDP pro Kopf
	3	X			X	X		X								X	X						
	4			X												X	X						
	5	X	X	X				X											X				
	6			X				X								X	X		X				
	7	X														X	X	X	X				
Gesundheit	8								X														
	9									X		X	X										
	10	X	X											X								GDP pro Kopf	
	11													X						X			
	12									X	X	X											Badewasserqualität
	13	X	X			X																	GDP pro Kopf , öffentl. Verschuldung
	14									X	X	X		X									
Bildung	15	X		X	X			X								X							
	16				X										X								
Wohnung	17	X	X															X			X	Wachstum des Verbauten Gebietes	
	18					X		X										X		X			
Sicherheit	19	X	X	X	X																		
Bevölkerung	20						X					X										x	
	21										X									X		x	
	22	X	X	X											X	X				X	X		

(Quelle: European Commission 2001: 17 ff., eigene Zusammenstellung)

Soziale Nachhaltigkeit wird normativ als Sozialverträglichkeit im potenziellen Konflikt zu ökologischer (Umweltschutz) und ökonomischer Nachhaltigkeit (Wirtschaftswachstum) beschrieben. Dabei wird Rückgriff genommen auf Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit,

Gesundheit für alle, Recht auf ein menschenwürdiges Leben und Sicherheit, die Werte in sich selbst darstellen. Die gewählten Indikatoren beziehen sich zumeist auf die Messung, inwieweit diese Werte verwirklicht sind. Darin liegt allerdings auch eine Schwäche der Indikatoren, denn solange nicht dargestellt wird, wie die Verwirklichung dieser Werte mit der Verwirklichung von ökologischer Nachhaltigkeit verbunden ist, hat soziale Nachhaltigkeit gegenüber ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit Legitimationsprobleme. Die Wahl einiger Indikatoren erweckt den Eindruck, dass gezählt wird, was leicht zu zählen ist. Dies gilt insbesondere für Indikatoren institutioneller Nachhaltigkeit, die zum einen ein sehr eingeschränktes Verständnis von Partizipation, zum anderen eine starke Technologieorientierung vertreten, ohne die Verbindung zu Nachhaltigkeit überzeugend klar zu machen.

4.5.3.3 Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung der Finnischen Regierung

Der von der Finnischen Umweltverwaltung verwendete Indikatorensatz für Nachhaltige Entwicklung, der im Zusammenhang mit der Entwicklung der UNCSD Indikatoren erarbeitet wurde, definiert soziale Nachhaltigkeit nicht näher. Er thematisiert soziale Nachhaltigkeit unter folgenden Aspekten: demographische Entwicklung, Lebensstile und Krankheit, ArbeitnehmerInnen, soziale Probleme und Gleichheitsthemen, Bildung, Forschung und Partizipation, Zugang zu Informationen, kulturelles Erbe, ethnische Minoritäten und Entwicklungszusammenarbeit (www.vyh.fi/eng/environ/sustdev/indicat/inditaul.htm#sosiaalis-kulttuurinen).

Die Umweltverwaltung verbindet die **demographische Entwicklung** der Gesellschaft mit der Ressourcennutzung: *„The growth in population has indirect environmental effects, as do consumption of natural resources and use of technology“*. Die Umweltverwaltung stellt allerdings auch fest, dass die finnische Bevölkerungsentwicklung in Hinblick auf die niedrige Geburtenrate und nicht hinsichtlich Bevölkerungswachstum zu Sorge Anlass gibt (ebenda).

Als Begründung für die Aufnahme von **physischer und emotionaler Gesundheit** in den Indikatorensatz führt die Umweltverwaltung an, dass diese die Basis für ein gutes Leben und damit zentral für Nachhaltige Entwicklung seien. Die Umweltverwaltung begründet dies funktional und mit Hinblick auf das Individuum: *„Individual health and well-being are the foundation for self improvement and learning, participation in society, and the ability to take personal responsibility for community problems“* (ebenda).

Tabelle 7 gibt einen Überblick der Indikatoren, die die finnische Umweltverwaltung für soziale Nachhaltigkeit verwendet. Hervorzuheben am Indikatorenset der finnischen Umweltverwaltung ist, dass es Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit beinhaltet, die über die von UNCSD und Eurostat verwendeten Indikatoren hinaus gehen. Diese Indikatoren betreffen das Kulturelle Erbe, die ethnischen Minderheiten und die Entwicklungszusammenarbeit. Ebenso wie UNCSD und Eurostat wird nur bei einer Minderheit der Indikatoren geklärt, wie sie sich zur ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit verhalten, die Wahl der Mehrzahl der Indikatoren wird normativ begründet. Insbesondere interessant ist, dass die Kennziffern für Partizipation von der

technologischen Lösung von UNCSO und Eurostat abweicht und die Wahlbeteiligung als ein, wenngleich grobes, Maß für Partizipation heranzieht.

Tabelle 7: Finnlands Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung – Soziale und kulturelle Themen

UNTERTHEMA	INDIKATOR
Demographische Entwicklung	Jährliche Veränderung der Bevölkerung Rate der Abhängigen Lebenserwartung Interne Migration
Lebensstile und Krankheit	Tägliche Raucher Übergewicht Krankheiten, die mit Alkohol und Drogenmissbrauch verbunden sind HIV Infektionen Selbstmorde
ArbeitnehmerInnen	Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote Langzeitarbeitslose Arbeitsunfälle Pensionseintrittsalter und Pensionen aufgrund Arbeitsunfähigkeit
Soziale Probleme und Gleichheitsthemen	Häufigkeit von Armut Einkommensunterschiede Obdachlose Einkommen von Frauen im Verhältnis zum Einkommen von Männern Kinder in Heimen Gewaltverbrechen
Bildung, Forschung und Partizipation	Ausbildungsgrad Ausgaben für Forschung und Entwicklung Junge Menschen, die weder studieren, noch arbeiten Wahlbeteiligung
Zugang zu Information	Auflagenstärken von Zeitungen Entlehnungen aus Bibliotheken Internet Nutzer
Kulturelles Erbe	Anzahl der Wiesen und Weiden Museumsbesuche Altersstruktur von Gebäuden
Ethnische Minderheiten	Schulklassen, die in Saame (=eine Sprache der Saame-Minderheit) unterrichtet werden Arbeitslosenquote unter MigrantInnen
Entwicklungszusammenarbeit	Offizielle Entwicklungshilfe Entwicklungshilfe an Regionen, die nahe an Finnland liegen

(Quelle: www.vyh.fi/eng/environ/sustdev/indicat/inditaul.htm#sosiaalis-kulttuurinen)

4.5.3.4 World Economic Forum: Environmental Sustainability Index 2002

Mit dem Environmental Sustainability Index (ESI), hat sich das World Economic Forum (Global Leaders of Tomorrow Environment Task Force) in Zusammenarbeit mit der Yale University und der Columbia University zum Ziel gesetzt, die Nachhaltigkeit von Nationen mit einem einzigen Indikator abzubilden. Diese Messzahl schließt ökonomische, ökologische, soziale und institutionelle Faktoren mit ein. Die Bedeutung dieses Indikators liegt vor allem darin, dass er aufgrund der Prominenz der Indikatorenbildner und aufgrund

der scheinbaren Einfachheit und Eindeutigkeit einer einzigen Zahl auch in der politischen Arena Verwendung findet.

Nach Ansicht der Autoren des ESI ist ökologische Nachhaltigkeit grundlegend eine Funktion von fünf Phänomenen. *(1) the state of the environmental systems, such as air, soil, ecosystems, and water; (2) the stresses on those systems, in the form of pollution and exploitation levels; (3) the human vulnerability to environmental change in the form of loss of food resources or exposure to environmental diseases; (4) the social and institutional capacity to cope with environmental challenges; finally (5) the ability to respond to the demands of global stewardship by cooperating in collective efforts to conserve international environmental resources such as atmosphere. We define environmental sustainability as the ability to produce high levels of performance on each of these dimensions in a lasting manner. We refer to these as the five ,components' of environmental sustainability“ (World Economic Forum 2002: 5). Tabelle 8 gibt einen Überblick über diese Komponenten von ökologischer Nachhaltigkeit:*

Tabelle 8: Die fünf Komponenten ökologischer Nachhaltigkeit laut World Economic Forum

Component	Logic
Environmental Systems	A country is environmentally sustainable to the extent that its vital environmental systems are maintained at healthy levels, and to the extent to which levels are improving rather than deteriorating.
Reducing Environmental Stresses	A country is environmentally sustainable if the levels of anthropogenic stress are low enough to engender no demonstrable harm to its environmental systems.
Reducing Human Vulnerability	A country is environmentally sustainable to the extent that people and social systems are not vulnerable (in the way of basic needs such as health and nutrition) to environmental disturbances; becoming less vulnerable is a sign that a society is on a track to greater sustainability.
Social and Institutional Capacity	A country is environmentally sustainable to the extent that it has in place institutions and underlying social patterns of skills, attitudes, and networks that foster effective responses to environmental challenges.
Global Stewardship	A country is environmentally sustainable if it cooperates with other countries to manage common environmental problems, and if it reduces negative transboundary environmental impacts on other countries to levels that cause no serious harm.

(Quelle: World Economic Forum 2002: 5)

Obwohl die Komponenten von Nachhaltigkeit auf den ersten Blick plausibel erscheinen, ist ihr Zusammenhang ungeklärt. Auch Wackernagel kritisiert die Theorielosigkeit des Ansatzes. *„The index is an arbitrary collection of components. It is not based on any theory or plausible explanation, in spite of the report's claim of being built on an ,analytically rigorous foundation'“ (Wackernagel 2001: 1).*

Von den fünf Komponenten können die Bereiche „Soziale und Institutionelle Kapazitäten“ der Sozialen Nachhaltigkeit zugeordnet werden. Einige der Indikatoren erscheinen plausibel, ihre Auswahl wird aber nicht näher begründet (vgl. Tabelle 9). Faktoren, die von anderen Indikatorensätzen in den Bereich soziale Nachhaltigkeit subsummiert werden, sind in den Komponenten „Reducing Stress“, „Reducing Human Vulnerability“ und „Social and Institutional Capacity“ enthalten. Den Aspekt Wissenschaft und Forschung berücksichtigt der ESI in ähnlicher Weise wie UNCSO und Eurostat. Auch hier ist aber der tatsächliche

Zusammenhang von Forschung und Nachhaltigkeit nicht überzeugend argumentiert und bleibt auf Plausibilität beschränkt. Der Indikatorensatz verengt den Gesundheitsaspekt auf „Environmental Health“ und misst diese mit der Todesraten bei Unter-5-Jährigen, bei Atemwegserkrankungen unter Kindern sowie bei Magen- und Darminfektionen. Ein begrüßenswerter Aspekt dieser Indikatoren ist die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Debatte. Die qualitativen Indikatoren dafür gehen weit über die technologisch orientierten Kennziffern von UNCSD und Eurostat hinaus, weil sie zivile und politische Freiheiten und das Bestehen demokratischer Institutionen bewerten. Ein weiterer interessanter Indikator für das Maß an Partizipation ist der Anteil an ESI Indikatoren, die öffentlich zugänglich sind. Maßzahlen für die institutionelle Antwort auf Umweltprobleme liefern die Unterkapitel „Umwelt-Governance“, „Aufgeschlossenheit des Privaten Sektors“ sowie „Ökoeffizienz“.

Positiv am ESI ist zu bewerten, dass er einen interessanten Versuch darstellt, Partizipation jenseits von technologischen Indikatoren zu messen. Kritisch anzumerken ist, dass er wie die meisten Indikatorensätze Kennziffern verwendet, deren Auswahl weniger auf eine ausgearbeitete Theorie als auf ungeprüften Plausibilitäten des Alltagsverständnisses beruht.

Tabelle 9: Indikatoren ökologischer Nachhaltigkeit laut World Economic Forum (Auswahl)

Component	Indicator	Variable	
Reducing Stress	Reducing Population Growth	Total fertility rate	
		Percentage change in projected pop. Between 2001 & 2050	
Reducing Human Vulnerability	Basic Human Sustenance	Proportion of undernourished in total population	
		Percent of population with access to improved drinking-water supply	
	Environmental Health	Child death rate from respiratory disease	
		Death rate from intestinal infectious diseases	
		Under-5 mortality rate	
Social and institutional Capacity	Science and Technology	Technology achievement index	
		Technology innovation index	
		Mean years of education	
	Capacity of Debate	ICUN member organizations per million population	
		Civil and & political liberties	
		Democratic institutions	
		Percentage of ESI variables in publicly available datasets	
	Environmental Governance	WEF survey questions on environmental governance	
		Percentage of land area under protected status	
		Number of sectoral EIA guidelines	
		FSC accredited forest area as a percentage of total forest area	
		Control of corruption	
		Price distortion (ratio of gasoline price to international average)	
		Subsidies to the commercial fishing sector	
	Private Sector Responsiveness	Number of ISO 14001 certified companies per million \$ GDP	
		Dow Jones sustainability Group Index	
		Average Innovest EcoValue rating of firms	
		World Business Council for Sustainable Development members	
		Private sector environmental innovation	
	Eco-efficiency		Energy efficiency (total energy consumption per unit GDP)
			Renewable energy production as a percent of total energy consumption

(Quelle: World Economic Form 2002: 7ff.)

4.5.3.5 Humanes und Soziales Kapital

Goodmann (2002) bezieht sich bei seiner Darstellung von Nachhaltigkeit nicht auf die drei Säulen, sondern teilt Nachhaltigkeit in die Nachhaltigkeit von ökonomischen, ökologischem, humanen und sozialem Kapital. Er beschreibt *“human sustainability”* als Aufrechterhaltung von Humankapital. Humankapital ist in seiner Definition ein privates Gut von Individuen und besteht aus Gesundheit, Bildung, Fähigkeiten, Wissen, Führerschaft und Zugang zu Dienstleistungen. Investitionen in Bildung, Gesundheit und Ernährung von Individuen sind akzeptierte Teile von ökonomischer Entwicklung. Humankapital benötigt laut Goodman ständige Pflege durch Investitionen.

Soziale Nachhaltigkeit bedeutet die Pflege von Sozialkapital. Sozialkapital sind laut Goodmann Investitionen und Leistungen, die den grundlegenden Rahmen für die Gesellschaft erzeugen. Es vermindert die Kosten für Kooperation, indem es die Bildung von Vertrauen erleichtert. Dies sei nur durch systematische Partizipation in der Gemeinschaft und durch eine starke zivile Gesellschaft einschließlich der Regierung möglich. Die folgenden Werte fördern laut Goodmann die Bildung Sozialkapital: *“Cohesion of community for mutual benefit, connectedness between groups and people, reciprocity, tolerance, compassion, patience, forbearance, fellowship, love, commonly accepted standards of honesty, discipline and ethics. Commonly shared rules, laws, and information (libraries, film, and diskettes) promote social sustainability”* (Goodmann 2002 1 ff.).

Eine wichtige Erkenntnis des Ansatzes des ESI ist sicherlich, dass Nachhaltigkeit entsprechende Werte, Normen und Institutionen benötigt. Dieser Umstand wird von den bisher beschriebenen Indikatoren nur ungenügend berücksichtigt. Dennoch erscheint der Zugang Goodmann's über verschiedene Formen von Kapitalien, die es zu erhalten gilt, aus folgenden Gründen unzureichend. Zum einen sind bei den sozialen Kapitalien Ursache und Wirkung unklar, denn die Werte, die soziale Nachhaltigkeit befördern, werden eben durch sich selbst befördert. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Human-, Sozial-, ökonomisches und ökologisches Kapital relativ unverbunden nebeneinander stehen und ihre Beziehung zueinander ungeklärt ist. Weiters erscheinen die einzelnen Werte eher zufällig gewählt, werden nicht definiert und sind zum Teil identisch. Ein Hauptkritikpunkt an diesem Konzept ist aber, dass die einzelnen Werte ihren ihnen innewohnenden Eigenwert dadurch verlieren, dass sie nur dadurch legitimiert werden, als sie die Kosten für Kooperation verringern helfen.

4.5.3.6 Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung

Die Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung beruft sich nicht explizit auf die drei Säulen von Nachhaltigkeit, sondern verwendet sie ebenso wie die EU Nachhaltigkeitsstrategie implizit durch die Wahl ihrer thematischen Felder. Der Begriff *„soziale Nachhaltigkeit“* wird im Text nur einmal verwendet und dabei nicht definiert (Österreichische Bundesregierung 2002: 19).

Die Nachhaltigkeitsstrategie gliedert sich in 20 Leitziele, die „einen klaren Bezug zu Trends und Tendenzen, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegen stehen“ haben. Diese Leitziele sind auf die vier Handlungsfelder „Lebensqualität in Österreich“, „Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort“, „Österreich als Lebensraum“ und „Österreichs Verantwortung“ verteilt (Österreichische Bundesregierung 2002: 10). Das Handlungsfeld „Lebensqualität in Österreich“ umfasst eine Reihe von Leitziele, die der sozialen Nachhaltigkeit zugerechnet werden können. Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Leitziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie, die der Sozialen Nachhaltigkeit zugerechnet werden können.

Tabelle 10: Leitziele der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Zusammenhang mit sozialer Nachhaltigkeit stehen

Nr.	Leitziel	Indikatoren
1	Ein menschenwürdiges Leben.	Einkommensverteilung Armutsgefährdung Persistenz der Armutsgefährdung Langzeitarbeitslosenquote Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten Eigene Gesundheitswahrnehmung nach Einkommensniveau Beschäftigungswachstum
2	Entfaltungsmöglichkeiten für alle Generationen.	
5	Gleichberechtigung für Frauen und Männer.	Anteil der weiblichen und männlichen Arbeitnehmer im (bezahlten und unbezahlten) Elternurlaub an der Gesamtzahl der betroffenen Eltern Einkommensnachteile der vollzeitbeschäftigten Frauen Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Geschlecht
5	Bildung und Forschung schafft Lösungen	lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung) frühzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- und Weiterbildung teilnehmen berufliche Weiterbildung
5	Ein zukunftsfähiger Lebensstil	
16	Sicherheit, Frieden und Menschenrechte stärken	Human Development Index (HDI) Human Poverty Index (HPI) Gender Development Index (GDI) Corruption Index
17	eine globale nachhaltige Wirtschaft	Höhe der Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) in % des BIP
18	Natürliche und soziale Lebensräume für alle langfristig sichern	Höhe der Ausgaben für die jeweiligen Focusthemen der ÖEZA laut EZA-Statistik Umweltprojekte im Rahmen der öffentlichen Exportfinanzierungen Anteil der Umwelttechnologieexporte am Gesamtaußenhandel.

(Quelle: Österreichische Bundesregierung 2002)

Die Autoren der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie begründen die einzelnen Leitziele sehr häufig normativ. Leitziel 1 stellt fest: *„Ein menschenwürdiges Leben für die heutigen und künftigen Generationen sichern, steht im Mittelpunkt einer verantwortungsvollen Politik. Materielle Existenzsicherung und soziale Sicherheit sind die Basis für nachhaltige soziale Gerechtigkeit. Dazu sind gesellschaftliche Einbindung, eine soziale Absicherung und die gesellschaftliche Akzeptanz verschiedener Modelle des Zusammenlebens, individuelles Einkommen und das Abfedern von spezifischen Gefährdungen erforderlich“* (Österreichische Bundesregierung 2002: 13)“. Auch beim Leitziel **„Gleichberechtigung für Frauen und Männer“** bleibt der Zusammenhang mit sozialer Nachhaltigkeit implizit: *„Eine qualitative Neuorientierung im Rollen- und Selbstverständnis der Geschlechter und die gleichmäßige Verteilung von Betreuungspflichten oder Doppelbelastungen sind daher erforderlich, damit Frauen die gleichen Chancen der Teilhabe, Gestaltung und Entscheidung in gesellschaftlichen Prozessen haben wie Männer“* (ÖSNE 2002: 18).

Im Bereich Ausbildung stellt die Nachhaltigkeitsstrategie eine inhaltliche Verknüpfung zwischen Ausbildung, Armut und sozialem Zusammenhalt her. *„Ausbildung und kontinuierliche Weiterbildung entscheiden über die Lebenswege und über die individuellen Chancen und Risiken der Menschen. Unzureichende Ausbildung und ein fehlender Abschluss sind Hauptgründe für Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung. Bildung ist ein zentraler Einflussfaktor des Einkommens und die Voraussetzung für eine volle gesellschaftliche Teilhabe. Die breite Umsetzung des Prinzips „Lebenslanges Lernen“ ist eine zentrale Voraussetzung, um (...) sozialen Zusammenhalt zu erhalten“* (ÖSNE 2002: 20). Auch das Leitziel Lebensstil wird inhaltlich erklärt: *„Aus der vorherrschenden Orientierung an materiellem Wohlstand resultieren derzeit Konsumgewohnheiten, die einen stetigen Anstieg des Ressourcen-, Energie-, und Flächenverbrauchs zur Folge haben. Eine Strategie für ein Nachhaltiges Österreich muss daher auch an den Lebensstilen und Konsumgewohnheiten der Menschen sowie an deren Leitbildern und Infrastrukturen ansetzen“* (ÖSNE 2002: 22).

Im Handlungsfeld „Österreichs Verantwortung“ kann das Leitziel 16: „Sicherheit, Frieden und Menschenrechte stärken“ sozialer Nachhaltigkeit zugerechnet werden. Allerdings ist daran problematisch, dass mit dem Verweis auf das Friedenskonzept ein mindestens ebenso umfassendes, vages und heterogenes Konzept eröffnet wird, wie dies die Nachhaltigkeit darstellt: *„Ohne Friede und menschliche Sicherheit ist jede soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung bedroht. Friede ist nicht nur das Freisein von gewaltsamen Konflikten, sondern schließt die permanente Bedrohung durch Armut aus“* (ÖSNE 2002: 67). Ein weiterer sozialer Aspekt von Nachhaltigkeit ist im Leitziel 17 „eine globale nachhaltige Wirtschaft“ gegeben, der unter dem Motto steht *„Eine Weltwirtschaft fördern, die eine intakte Umwelt und soziale Gerechtigkeit garantiert“*. Auch Leitziel 18 „Unsere Welt als Lebensraum (Natürliche und soziale Lebensräume für alle langfristig sichern)“ (ÖSNE 2002: 70) umfasst soziale Themen.

Auch wenn sich in der Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung durchaus soziale Zielsetzungen finden lassen, so sind diese vielfach wenig konkret und mit überprüfbaren Zielerreichungsvorgaben belegt.

So z.B. im Leitziel 3 (ÖSNE 2002: 22): *„Leitziel der Strategie für ein Nachhaltiges Österreich bis 2010 ist die Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu Erwerbsmöglichkeiten von Frauen und Männern ...“* Eine konkretere Formulierung würde etwa vom Angleichen der Erwerbsquoten beider Geschlechter sowie familienbedingter Erwerbsunterbrechungen reden und konkrete Zahlen für die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen nennen. Ebenso vage ist die Formulierung: *„Ziel ist es auch, die nicht bzw. geringfügig bezahlte Arbeit (etwa im Bereich der sozialen Berufe und Betreuungspflichten) gegenüber der Erwerbsarbeit im engeren Sinn gesellschaftspolitisch und finanziell aufzuwerten.“* (Ebenda)¹⁵

Oder im Leitziel 5: *„Um der Entstehung von Armut entgegenzuwirken, sind sowohl eine leistungsgerechte Verteilung von Einkommen und Arbeit als auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik erforderlich.“* (ÖSNE 2002: 26) An dieser Stelle erhebt sich die Frage, was leistungsgerecht in diesem Zusammenhang genau heißen soll. Erwerbsbeteiligung wird als vorrangiges Mittel zur Beseitigung der sogenannten Armutsspirale gesehen. Dabei wird aber nicht erwähnt, dass es zur Verhinderung des Anwachsens der sogenannten *„working poor“* auch eines garantierten Mindesteinkommens bedarf.¹⁶

Zusammenfassend ist die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie sicherlich kein analytisches, sondern ein dezidiert politisches Papier. Sie gibt sich betont untheoretisch, wenn die Autoren feststellen: *„Sie ist kein theoretisches Konzept, sondern soll eine Vielzahl konkreter Schritte auslösen und koordinieren“* (Österreichische Bundesregierung 2002: 81). Dieses Zitat kann als ein Theorieverständnis interpretiert werden, das Theorie den *„Elfenbeinturm“* und Praxis die *„Tat“* zuweist. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass Theorie Zusammenhänge klären hilft und damit dazu beiträgt Prioritäten zu setzen. Mit dem Fehlen einer handlungsleitenden Theorie bleibt die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie eine Sammlung von Einzelmaßnahmen, die mehr oder weniger überzeugend in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit gebracht werden können. Besonders auffällig dabei ist das Primat der Budgetkonsolidierung (gesunder Staatshaushalt, keine neuen Schulden, Senkung der Abgabenquote) als Basis nachhaltiger Entwicklung. Dies widerspricht der üblichen Forderung nach Gleichrangigkeit der drei Säulen nachhaltiger Entwicklung. Gleichzeitig gibt es in der Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung keine Angaben über die notwendigen finanziellen Mittel und deren budgetäre Zuordnung in die entsprechenden Bundes- und Länderfinanzpläne.

Ein eindeutiges Defizit der Nachhaltigkeitsstrategie ist das Fehlen von inhaltlich überzeugenden und mit den Zielvorgaben in Verbindung stehenden Indikatoren. In der gegenwärtigen Fassung liest sich die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie als

¹⁵ Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch darauf, dass das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (ebenda) in erster Linie als für Frauen bedeutsam diagnostiziert wird, statt darauf hinzuweisen, dass diese Problematik beide Geschlechter gleichermaßen angeht.

¹⁶ Ob die positiv erwähnte Notstandshilfe (ÖSNE 2002: 26) eine angemessene und ausreichende Form der Absicherung gegen Armut ist, sei nur am Rande angemerkt. In vielen Nachhaltigkeitskonzeptionen wird eine weniger diskriminierende bedarfsorientierte Mindestsicherung gefordert (z.B. HBS 2000, BUND/Misereor 1996)

bestenfalls gut gemeinte, aber wenig verbindliche Absichtserklärung.¹⁷ Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie wurde bislang im Ministerrat und nicht auf parlamentarischer Ebene beschlossen. Insofern hat sie keine klare rechtliche Verbindlichkeit, die über die eine Legislaturperiode hinausreicht. Eine Nachhaltigkeitsstrategie sollte aber (auch) langfristige Ziele festlegen, deren Realisierung einen längeren Zeitraum als den Regierungsturnus bedarf. Zugleich ermangelt es der Strategie eines zuständigen finanziell gut ausgestatteten und rechtlich potenten Gremiums und verantwortlicher Personen, die für die Umsetzung der Strategie Sorge trägt. Die Einrichtung eines entsprechenden Gremiums, das umfassende Partizipationsmöglichkeiten aller betroffenen Akteure und Bevölkerungsgruppen gewährleistet, ist aber gerade im Falle des Querschnittsthemas nachhaltige Entwicklung unbedingt erforderlich.

4.5.3.7 Das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“

Als Gegenbeispiel zu dieser allgemeinen Einschätzung soll im Folgenden eines der wenigen wissenschaftlichen Projekte skizziert werden, das versucht die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung systematisch zu begründen: das deutsche Forschungsprojekt „Arbeit und Ökologie“ (A&Ö). Dieses sogenannte Verbundprojekt wurde von 1999-2000 im Auftrag der deutschen Hans-Böckler-Stiftung (Stiftung des deutschen Gewerkschaftsbundes) vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgeführt. Ziel des Projektes war es, unter Berücksichtigung unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen Perspektiven für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Die Zusammensetzung des Forschungsverbundes orientierte sich dabei an den drei Säulen nachhaltiger Entwicklung – Ökonomie, Ökologie und Soziales –, die eine interdisziplinäre Vorgehensweise erfordert.

Ein zentraler Anknüpfungspunkt des Großprojekts A&Ö waren die Hinweise zur Veränderung der Arbeitsgesellschaft, die in der oben zitierten Studie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) dargelegt wurden. Kritisiert wurde an der Wuppertaler Überlegung zur Neugestaltung der Arbeitsgesellschaft, dass die Konzeptionen nachhaltigen Arbeitens und Lebens, die realen Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit und ihrer strukturellen Bedingungen - die Auflösung des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, der Regulation von Arbeitsbedingungen und Beruflichkeit, die Feminisierung von Arbeit und den globalisierten Wettbewerb - nicht angemessen berücksichtigen (Hildebrandt 1999, 14 ff). Anstelle einer Ökologisierung der bestehenden Erwerbsarbeit samt ihrer Institutionen werde viel stärker auf eine andere Art der Vollbeschäftigung gesetzt (ebenda). Im Zentrum dieser neuen nachhaltigen Arbeitsgesellschaft stehe ein erweitertes informelles Tätigkeitsspektrum in einer Do-it-

¹⁷ Damit hat die Nachhaltigkeitsstrategie eine gewisse Ähnlichkeit mit dem nationalen österreichischen Umweltplan (NUP) aus dem Jahr 1996, ein Papier, das in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht erwähnt wird. Auch dieser Plan beanspruchte in der Einleitung nachhaltige Entwicklung in Österreich zu fördern. Die Ausführungen konzentrieren sich ausschließlich auf ökologische Spar- und Effizienzpotenziale. Im Vergleich zur neueren österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie enthält der NUP aber weitaus explizitere Maßzahlen sowie Vorschläge für Umsetzungsstrategien und konkrete Maßnahmen.

yourself und Selbsthilfe-Ökonomie kombiniert mit Teilzeit-Erwerbstätigkeit. Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung gelten als Voraussetzung für diese Neugestaltung des Arbeitslebens, ohne dass die Problematik flexibler Arbeitszeiten zur Kenntnis genommen werde. Diese bestehen z. B. in der aufwendigeren Organisation des sozialen und familiären Lebens aufgrund der unterschiedlichen Arbeitszeiten (Hildebrandt 1997).

Die Darlegungen der Studie des Wuppertaler Instituts zur nachhaltigen Gestaltung von Arbeit kritisch reflektierend werden im Rahmen des Verbundprojekts fünf arbeitspolitisch relevante Themenfelder in den aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussionen festgestellt (vgl. Hildebrandt 1999: 16):

1. die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltschutz,
2. die Verkürzung von Arbeitszeit und Flexibilisierung von Arbeit in Kombination mit einer Neugestaltung des sozialen Sicherungssystems (z. B. durch ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen),
3. die Ausweitung informeller Eigen- und Subsistenzarbeit zur Förderung eines erweiterten Arbeitsverständnisses, Relativierung der Erwerbsarbeit als zentraler Einkommensquelle, Entwicklung und Verbreitung eines neuen qualitativen Wohlstandsverständnisses, das weniger an materiellen Konsum gebunden ist,
4. die Umgestaltung der Kostenrelationen zwischen den Produktionsfaktoren z. B. durch eine sozial-ökologische Steuerreform sowie mehr Kostenwahrheit bei den Kosten des Umweltschutzes und deren Verteilung,
5. die umweltschutzorientierte Qualifizierung und der Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten der Beschäftigten zur Effizienzsteigerung betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen.

Von diesen Themenfeldern ausgehend versucht das genannte Verbundprojekt zwei zentrale aktuelle Themenstränge zu verknüpfen: die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit und die um eine Nachhaltige Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung als politischer Begriff orientiere sich im Verständnis der Projektpartner an vier Prinzipien:

- intergenerative Gerechtigkeit,
- intra-generative Gerechtigkeit,
- soziale, ökonomische und ökologische Interessensabstimmung sowie
- Beteiligung aller relevanten gesellschaftliche Gruppen.

Die vorliegenden Studien zur Nachhaltigkeit gewichten diese Prinzipien unterschiedlich, wobei die soziale Perspektive vielfach unterbelichtet bleibt, die ökologische Seite dagegen oftmals in den Vordergrund gestellt wird. Dieses Defizit versucht das Verbundprojekt

wettzumachen, indem es den Nachhaltigkeitsbegriff um die Komponente soziale Nachhaltigkeit anreichern will. Mischarbeit, die als ein leitbildartiger Typ neuer Vollbeschäftigung vorgestellt wird, ist zentraler Bestandteil für soziale Nachhaltigkeit; sie soll neue Handlungsräume eröffnen und von ergänzender sozialer Sicherung begleitet werden. Das Konzept der Mischarbeit knüpft an grundlegende Wandelprozesse in der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft an und verlangt eine zugleich normative (= orientiert an Nachhaltigkeit) wie auch realistische (= durch sozialökologische Reformen erreichbare) Erweiterung des vorherrschenden Erwerbsarbeitsbegriffs. Mischarbeit soll sowohl Erwerbsarbeit, als auch Eigenarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinschaftsarbeit umfassen und an die Stelle des bereits heute erodierten Normalarbeitsverhältnisses treten (vgl. HBS 2000, S. 30 ff). Mischarbeit sei bereits heute für eine wachsende Personengruppe Realität, in bezug auf Lebensqualität jedoch völlig unterschiedlich zu beurteilen; diese hänge von ihrer politischen Ausgestaltung ab. Mischarbeit im Sinne des Verbundprojekts bedeutet zugleich ein Mischeinkommen (aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen) als auch eine Mischqualifikation (als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der Arbeitsanforderungen in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen). Die Neugestaltung von Arbeit gilt den Projektpartnern als zentral für die Realisierung sozialer Nachhaltigkeit. Darüber hinaus wird das Leitbild soziale Nachhaltigkeit durch folgende Kriterien bestimmt (vgl. HBS 2000, S. 14):

1. eine selbstbestimmte Lebensführung durch Arbeit in unterschiedlichen Arbeitsformen;
2. eine umweltverträgliche Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse;
3. ein tragfähiges und gerechtes gesellschaftliches Sicherungssystem;
4. Chancengleichheit durch gesellschaftliche Infrastrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten;
5. soziale Innovationen; Gestaltung aller Formen der Arbeit, ihrer Kombinationen und Übergänge.

Zur Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit sehen die Verbundprojektpartner Handlungsbedarf in fünf wichtigen Feldern: Strategien zur ökologischen und sozialen Gestaltung des Strukturwandels seien ebenso erforderlich wie soziale Innovationen, neue Arbeitszeiten und einen Konsumwandel (ebenda S. 39).

Die Studie des Verbundprojekts ist aus unserer Sicht derzeit die einzige Studie die versucht systematisch ein Leitbild sozialer Nachhaltigkeit wissenschaftlich zu entwickeln und zu begründen. Dem Leitbild der sozialen Nachhaltigkeit wird dabei Gleichrangigkeit mit den ökologischen und ökonomischen nachhaltigen Leitbildern zugesprochen. Dieser Versuch wird auch kritisch beurteilt. So kommentierte Herbert Noll die Ergebnisse des Verbundprojekts bei einer wissenschaftlichen Konferenz zu dem Projekt aus der

Perspektive der Lebensqualitätsforschung.¹⁸ Diese zielt darauf, Indikatoren zur Messung des gesellschaftlichen Wohlfahrtsniveaus und seiner Veränderungen zu liefern. Kritisch war Nolls Beitrag indem er darauf hinwies, dass die umfassende Konzeption von Nachhaltigkeit dazu führen kann, das Konzept zu überfrachten und somit zu nivellieren. Er schlug dagegen vor, Nachhaltigkeit (im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit) als einen Teil gesellschaftlicher Wohlfahrt zu begreifen und es mit bereits bestehenden Konzepten (wie Lebensqualität oder soziale Kohäsion) zu verknüpfen (statt es zum „Überkonzept“ für alles Wünschenswerte zu machen).

Diese grundlegende Kritik wurde auch in den anschließenden Diskussionen der Tagung immer wieder aufgegriffen, etwa mit dem Hinweis, dass die bereits seit langem bestehende Betonung der ökologischen Komponente nachhaltiger Entwicklung nur schwer zu beseitigen sei, indem ihr eine sozialwissenschaftlich begründete soziale Nachhaltigkeit zur Seite gestellt werde. Die Sozialwissenschaften könnten aber wichtige Analysen zu den sozialen Voraussetzungen und Konsequenzen nachhaltiger Entwicklung leisten. Kritik wurde auch daran geübt, dass die starke Betonung von Arbeit bei sozialer Nachhaltigkeit keinen Raum für arbeitsfreie Aktivitäten (z. B. Muße) biete. Vielmehr entstehe der Eindruck, dass eine Umverteilung von Arbeit stattfinden solle, damit noch mehr gearbeitet werden könne (Ingrid Kurz-Scherf). Nicht zuletzt wurde auch darauf hingewiesen, dass die Frauenforschung bereits seit Jahren eine Erweiterung des vorherrschenden Erwerbsarbeitsbegriffes fordere, nämlich Mischarbeit, um auch den Arbeits- und Lebensverhältnissen von Frauen gerecht zu werden. Insofern sei Mischarbeit nichts Neues und für die meisten Frauen schon lange Realität. Die Ergebnisse der feministischen Forschung seien aber in dem Projekt nicht genügend aufgegriffen worden.¹⁹

Trotz dieser kritischen Einwände ist die enorme Leistung des Verbundprojekts, nämlich die systematische Analyse und Integration der drei Dimensionen (Ökologie, Wirtschaft, Gesellschaft) ausdrücklich zu betonen. Die Studie hat einen Diskussionsprozess eröffnet, der längst nicht abgeschlossen ist und der die Chance bietet, über Nachhaltigkeit nicht nur unter politischen Opportunitäten zu diskutieren. Eines der wichtigsten Ergebnisse des Projekts ist die prinzipielle Machbarkeit einer sozial-ökologischen Reformstrategie, die ökologische und wirtschaftliche Effizienz in Produktion und Konsum mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Ob und wie das Thema Arbeit und Ökologie auch in Österreich ein relevantes Thema der hiesigen Nachhaltigkeitsdiskussion ist oder werden kann, wurde in einem Kooperationsprojekt zwischen zwei Forschungsinstituten SERI und IFF/Soziale Ökologie

¹⁸ „Soziale Nachhaltigkeit und Zukunft der Arbeit“ war der Titel der Tagung veranstaltet vom Wissenschaftszentrum Berlin am 9.-10.11.2000 in Berlin.

¹⁹ Die mangelnde Rezeption feministischer Forschung zeigte sich übrigens auch in der Tagungskonzeption: In der zweiten Hälfte des ersten Tagungstages ging es um einzelne Komponenten der viergliedrigen Mischarbeit, es wurden aber lediglich die Veränderungstendenzen der Erwerbsarbeit und die Gemeinschaftsarbeit (dritter Sektor) ausführlicher thematisiert. Die Eigen- und Versorgungsarbeit, letztere nach wie vor in erster Linie Frauenarbeit, blieb ausgespart. Auch wenn die AutorInnen der Studie Geschlechterdemokratie fordern und Mischarbeit positive Ansätze für deren Realisierung bieten soll, fehlen weitere Ausführungen dazu.

(2002) beleuchtet. Anknüpfend an die zitierte deutsche Studie kamen die AutorInnen zu dem Schluss, dass für ein vergleichbares österreichisches Projekt entsprechende Daten vorhanden bzw. zu erheben sind und somit ein entsprechendes Projekt prinzipiell durchführbar ist. Darüber hinaus ging es in dem als Vorstudie angelegten Projekt um die Abschätzung der politischen und öffentlichen Resonanz für ein derartiges Vorhaben. Dazu wurden ExpertInneninterviews mit einer Vielzahl von politischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren durchgeführt:

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass das Thema in der Formulierung „Arbeit und Ökologie“ weder im öffentlichen noch in den politischen Expertendiskursen ein „mainstream“ Thema ist, als Minderheitenprogramm jedoch sehr wohl vorkommen kann und auch vorkommt. Will man es daher bei politischen Akteuren positionieren, so muss man entweder Konkretisierungen wählen, die dort schon verstanden werden, oder solche, die zumindest prinzipiell verstanden werden könnten.“ (SERI/IFF 2002, S. 91).

Und weiter unten:

„Wir empfehlen, ‘Arbeit und Ökologie’ als allgemeines Thema unter das Dachkonzept ‘Nachhaltige Entwicklung’ zustellen und mit spezifischen Inhalten anzureichern, die den funktional differenzierten Akteuren entgegenkommen. Aussichtsreich erscheinen die Einbindung der Nachhaltigkeitspolitik auf internationaler Ebene und die Verknüpfung mit dem Thema Globalisierung. Weitere Anschlussstellen wären „neue Arbeitsformen“, „Neubewertung der Arbeit“ und die Integration von Umweltpolitik in alle Politikbereiche.“ (Ebenda S. 97).

4.5.3.8 Betriebliche Konzepte sozialer Nachhaltigkeit

Die Diskussion um nachhaltiges Wachstum wird nicht nur auf volkswirtschaftlicher Ebene geführt, sondern auch auf der Mikroebene der Unternehmen. Auch hier geht es um die Frage, ob profitorientierte Betriebe, überhaupt nachhaltig agieren können – oder ob nicht solide Unternehmensgewinne, erst die Basis für die Umsetzung nachhaltiger ökologischer und sozialer Maßnahmen schaffen. Neben diesen Grundsatzdebatten wird die Definition und Diskussion von Nachhaltigkeitskriterien auf Unternehmensebene in den letzten Jahren durch die Entwicklung sozial-ökologischer oder ethischer Investmentfonds vorangetrieben (Sallmutter/Freyschlag 2001).²⁰ Zu deren Wachstum haben sicherlich einige öffentlich skandalisierte multinationale Unternehmen (Nike, BP, u.a.) beigetragen, die aufgrund ihrer rücksichtslosen Unternehmenspraktiken (insbesondere in Ländern der sogenannten Dritten Welt) einige kritische und medienwirksame Verbraucheraktionen provoziert haben. Vergleichbar den Checklisten ethisch verantwortlicher Einkaufsführer, die es in den USA

²⁰ Vgl. z. B. folgende Initiativen nachhaltiger Unternehmensberichterstattung: www.globalreporting.org, www.corporateregister.com, www.sustainability-reports.com

schon seit vielen Jahren gibt, müssen Unternehmen einer Vielfalt von Kriterien entsprechen, um in einen entsprechenden Fond aufgenommen zu werden.

Bei vielen Unterschieden im Einzelnen geht es bei den sozialen zumeist um folgende Themenbereiche:

- Soziale Leistungen für MitarbeiterInnen
- Berücksichtigung von generellen Interessen von Beschäftigten (z. B. Weiterbildung)
- Förderungsmaßnahmen für Frauen
- Familienfreundlichkeit
- Rechte von Minderheiten
- Umfangreiche Informationspolitik
- Einsatz für Verbraucherinteressen und die Interessen weiterer Stakeholder
- Internationale Verantwortung von Unternehmen

Darüber hinaus gibt es zumeist bestimmte Ausschlusskriterien, also Kriterien die auf jeden Fall erfüllt sein müssen, damit ein Unternehmen als sozial-ökologisches anerkannt wird. Dazu gehört fast immer die Einhaltung der internationalen Arbeitskonventionen der ILO sowie der Ausschluss von Kinder- und Zwangsarbeit.

Als Beispiele für solche Modelle von Nachhaltigkeit auf betrieblicher Ebene führen wir im Folgenden die Testkriterien des Vereins für Konsumenteninformation im Bereich Unternehmenstest, die Reporting Guidelines der Global Reporting Initiative sowie die Nachhaltigkeitstatenbank an.

Verein für Konsumenteninformation

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft e.V. testet der Verein für Konsumenteninformation die Unternehmens-Ethik. Kriterien, die in den Bereich soziale Nachhaltigkeit fallen, sind:

Soziale Verantwortung: Umgang mit Mitarbeitern, Betriebsklima, Entlohnung der Mitarbeiter, Arbeitszeitregelungen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Rücksichtnahme auf Problemgruppen, Weltweite Einhaltung von Sozialstandards.

Informationsoffenheit: Information der Mitarbeiter, Kunden und der Öffentlichkeit, Umgang mit Kunden, Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten, Entgegenkommen bei Reklamationen, Servicemöglichkeiten (Kollmann 2002: 103 ff.).

Das Rating fußt auf Firmenauskünfte, die aber nicht näher kontrolliert werden.

Global Reporting Initiative (GRI)

Die Global Reporting Initiative, der eine Reihe internationaler Konzernen angehören, hat das Ziel „to develop and disseminate globally applicable Sustainability Reporting Guidelines for voluntary use by organizations reporting on the economic, environmental, and social dimensions of their activities, products and services“ (GRI 2002: 5). Die GRI Richtlinien gliedern sich in einen ökonomischen Teil, einen Umweltteil und sozialen Teil. Tabelle 11 gibt einen Überblick über den sozialen Teil der Richtlinien.

Tabelle 11: Soziale Aspekte der Richtlinien der Global Reporting Initiative

Category	Aspect
Labor Practices	Employment and decent work
	Health and safety
	Training and education
	Diversity and opportunity
Human rights	Strategy and management
	Non-discrimination
	Freedom of association and collective bargaining
	Child labor
	Forced and compulsory labor
	Disciplinary practices
	Security practices
	Indigenous rights
Society	General
	Consumer health and safety
	Products and services declaration
	Advertising
	Respect for privacy
	Consumer satisfaction
	Bribery and corruption
	Political contributions
	Public policy
	Competition and pricing
	Corporate citizenship
	Community

(Quelle: GRI 2002: 32)

Ebenso wie beim Verein für Konsumenteninformation beruht die GRI auf Selbstauskünfte der Firmen, die nicht näher überprüft werden. Im Anhang finden sich die Definitionen der sozialen Aspekte der Richtlinien.

NachhaltigkeitsTATENbank

Die NachhaltigkeitsTATENbank wurde im Jahr 1999 vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegeben (<http://taten.municipia.at>). Sie hat das Ziel, österreichische Projekte und Initiativen zu präsentieren, „die sich für eine Nachhaltige Entwicklung engagiert haben“ (Egger-Steiner/Martinuzzi 2000: 14). Am 30.10.2002 verzeichnete die NachhaltigkeitsTATENbank insgesamt 116 Projekte auf lokaler, kommunaler, regionaler und grenzüberschreitender Ebene. Aufgenommen werden die Projekte durch die Selbstevaluation im Rahmen einer Checkliste. Die Angaben werden von den Betreibern der TATENbank aufgrund nicht näher spezifizierten Kriterien auf ihre Plausibilität geprüft. Tabelle 12 gibt einen Überblick über die Checkliste der TATENbank.

Tabelle 12: Checklist der TATENbank – „TATEN für die Menschen“

UN-THEMA	THEMA LAUT TATENbank	DEFINITION LAUT CHECKLIST
Armut	Soziale Sicherheit	Unser Projekt hilft Menschen in Notsituationen und/oder schafft Rahmenbedingungen um diesen Menschen dauerhaft zu helfen z. B. Nichtsesshaftenhilfe, Frauenhäuser, Krisenintervention
Gleichheit	Soziale Integration	Unser Projekt verbessert die Verständigung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und sichert die aktive Teilhabe benachteiligter Gruppen am gesellschaftlichen Leben z. B. Frauenförderung, Ausländerintegration, Jugendförderung, Integration Langzeitarbeitsloser
	Soziale Gerechtigkeit	Die Aktivitäten unseres Projekts tragen zu einem langfristig gerechten Ausgleich von Belastungen und Nutzen zwischen Menschen, Regionen und Ländern bei z. B. Fair Trade-Initiativen, Verursacherprinzip, gleicher Lohn für gleiche Arbeit
Gesundheit	Gesundheit/Lebensqualität	Unser Projekt hat zu Gesundheit und Wohlbefinden beigetragen z. B. im Wohnbereich, am Arbeitsplatz, Erholungsmöglichkeiten
Bildung	Kulturelles Know-how	Unser Projekt vermittelt altes Erfahrungswissen und Fertigkeiten mit aktuellen kulturellen Entwicklungen z. B. ökologische Landwirtschaft und Tierhaltung.
	Bewusstseinsbildung/Verhaltensänderung	Unser Projekt trägt durch die Information bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einer Erhöhung des Umweltbewusstseins und zu Verhaltensänderungen bei z.B. Energiesparen, Nachfrage nach umweltgerechten Produkten
	Kompetenzförderung/Neubewertung von Arbeit	Unser Projekt fördert die persönliche Kompetenz und Entwicklungsmöglichkeiten der beteiligten Personen und findet neue Arbeitsformen z. B. Tauschringe, Gemeinschaftsarbeit, Lebenssinn durch Tätigkeit
	Wertewandel	Unser Projekt führt zu einer Neubewertung bzw. Neuordnung von Wertorientierungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, z. B. Nutzen statt Besitzen, Rücksichtnahme auf künftige Generationen
	Bildung/Informationsvermittlung	Unser Projekt trägt zur Information über eine ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Gesellschaftsordnung bei
Partizipation	Lokal angepasste Leitbildentwicklung	Unser Projekt erarbeitet Visionen und Strategien einer auf die lokalen Besonderheiten und Möglichkeiten abgestimmten Entwicklung z.B. regionale Entwicklungskonzepte, sanfter Tourismus, City-Marketing
	Lokale Entscheidungsprozesse	Unser Projekt verbessert die Kapazität lokaler Institutionen, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Ziele zu definieren und zu erreichen z. B. breite Beteiligung der Bevölkerung, Zugang zu Information und finanziellen Ressourcen, effektive Arbeit der Institutionen
	Selbstorganisation/Gestaltungsspielraum	Unser Projekt schafft den Raum für Selbstorganisation und die aktive Gestaltung des Wohnumfeldes für die lokale Bevölkerung z. B. Raumplanung, Räume und Infrastruktur für Projekte
	Netzwerkbildung	Unser Projekt trägt zum Aufbau kooperativer Netzwerke bei, die Informationen, technische und finanzielle Unterstützung bereitstellen, z. B. Selbstbauinitiativen, kostenlose Beratungsleistungen, Erfahrungsaustausch
Institutionen	Infrastruktur	Unser Projekt trägt zum Aufbau von Rahmenbedingungen (Infrastruktur) bei, die eine nachhaltige Lebensweise erleichtern z. B. Car-Sharing, Ab-Hof-Verkauf, Reparaturzentren, Architektur
	Mobilität/Nutzungsmischung	Unser Projekt reduziert Mobilitätsanforderungen z. B. Nahversorgung und Naherholung, Siedlungsgestaltung; örtliche Integration von Funktionen wie Arbeit, Wohnen, Versorgung
	Versorgungsleistung	Unser Projekt trägt zur Sicherung der lokalen Versorgung von Grundbedürfnissen bei, z. B. Nahrungsmittelversorgung, Wohnraum, Kinderbetreuung
Wissenschaft und Forschung	Kenntnisstand/Forschung	Unser Projekt hat zu einem besseren Kenntnisstand über soziale Zusammenhänge und deren Wechselwirkungen mit ökologischen und ökonomischen Problembereichen beigetragen, z. B. Lebensstil, Arbeitsformen, Bevölkerungsentwicklung...
	Technologie/Information	Im Rahmen unseres Projektes werden neue soziale Technologien entwickelt und soziale Innovationen ausgelöst, die das Zusammenleben von Menschen positiv fördern

(Quelle: Egger-Steiner, Martinuzzi 2000: 74, <http://taten.municipia.at>, Einteilung nach Themen: IHS)

Eine Analyse der TATENbank zeigt allerdings, dass die Projekte unterschiedliche Aspekte der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit unterschiedlich stark abdecken (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Häufigkeiten der Unterthemen an den Projekten der NachhaltigkeitsTATENbank

Thema		Anzahl der Projekte	Anteil an allen Projekten in %
Armut	Soziale Sicherheit	7	6%
Gleichheit	Soziale Gerechtigkeit	18	16%
	Soziale Integration	13	11%
Gesundheit	Gesundheit/ Lebensqualität	32	28%
Bildung	Bewusstseinsbildung/ Verhaltensänderung	91	78%
	Wertewandel	68	59%
	Bildung/ Informationsvermittlung	39	33%
	Kulturelles Know-how	35	30%
	Kompetenzförderung/ Neubewertung von Arbeit	20	17%
Partizipation	Netzwerkbildung	50	43%
	Lokal angepasste Leitbildentwicklung	41	35%
	Lokale Entscheidungsprozesse	38	33%
	Selbstorganisation/Gestaltungsspielraum	28	24%
Institutionen	Mobilität/ Nutzungsmischung	36	31%
	Infrastruktur	21	18%
	Versorgungsleistung	21	18%
Wissenschaft und Forschung	Kenntnisstand/ Forschung	28	24%
	Technologie/ Information	21	18%

(Quelle: <http://taten.municipia.at>, eigene Berechnung).

Insgesamt ist die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in der NachhaltigkeitsTATENbank nur wenig vertreten. Besonders gilt das für die Kernbereiche sozialer Nachhaltigkeit wie Armut und Gleichheit. Armut (in Form von sozialer Sicherheit) ist nur in 6% und Gleichheit in 16% (soziale Gerechtigkeit) bzw. 11% der Projekte (soziale Integration) berücksichtigt. Weniger als ein Drittel aller Projekte befasst sich mit Gesundheitsaspekten (28%). Auch der Bereich Partizipation ist mit Ausnahme des Bereichs „Netzwerkbildung“²¹ (43%) nur in

²¹ Dazu ist jedoch anzumerken, dass mit dem Begriff der Netzwerkbildung in der Mehrheit der Projekte Netzwerke von ExpertInnen und /oder PorzuentInnen und nur in einer kleinen Minderheit der Projekte politische Partizipation der Bevölkerung durch Teilhabe an lokalen und regionalen Entscheidungsprozessen gemeint ist. In unserem Verständnis spricht Partizipation BürgerInnen als politische Subjekte und weniger als TeilnehmerInnen am Markt an und sieht ihre weitgehende Beteiligung an Entscheidungen vor.

wenigen Projekten vertreten (Leitbildentwicklung 35%, lokale Entscheidungsprozesse 33%, Selbstorganisation 24%). Bewusstseinsbildung (78%) und Wertewandel (59%) sind im Vergleich dazu am häufigsten in der TATENbank vertreten.

4.6 Diskussion

Die Analyse der ausgewählten Beispiele für Definitionen von sozialer Nachhaltigkeit zeigt, dass die Auswahl der verwendeten Indikatoren häufig nicht theoretisch begründet wird, sondern oftmals auf einer auf Alltagsverständnis beruhenden Plausibilität zu basieren scheint. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass derzeit ein klares theoretisches Konzept von sozialer Nachhaltigkeit fehlt. Viele Konzepte sozialer Nachhaltigkeit verbergen sich hinter einer willkürlich erscheinenden Wahl von Indikatoren und bleiben damit implizit. Die Konzepte verstehen auch Unterschiedliches unter sozialer Nachhaltigkeit (soziale Standards, institutionelle Nachhaltigkeit, demokratische Rechte). Darüber hinaus bleiben die Beziehungen von sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit häufig ungeklärt. Vielfach werden die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit unterschiedlich gewichtet und stehen nebeneinander, ohne dass sie in eine Gesamtbetrachtung integriert werden. Diese Ergebnisse bestätigen den oftmals gemachten Befund, dass Nachhaltigkeit ein vages Konzept und die Auseinandersetzung um die Definition noch lange nicht abgeschlossen ist (vgl. Becker et al. 1999: 4).

Ein Grund dafür liegt darin, dass, wie auch Becker (1999) feststellt, mit dem Konzept Nachhaltigkeit der theoretisch und praktisch überaus anspruchsvolle Versuch unternommen wird, die Themen Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verschränken: *„sustainable development might best be characterized as a contested discursive field which allows for the articulation of political and economic differences between North and South and introduces to environmental issues a concern with social justice and political participation“* (Becker et al. 1999: 1). Damit handelt man sich natürlich auch das Problem ein, dass verschiedene Akteure die Themen Umwelt und soziale Gerechtigkeit unterschiedlich stark gewichten. Ein Beispiel dafür ist die Kritik Wackernagels am Environmental Sustainability Index des World Economic Forums in dem er Nachhaltigkeit auf ökologische Nachhaltigkeit einschränken will und festhält: *„Human health aspects are essential for the well-being of a society, but they should not be confused with environmental sustainability“* (Wackernagel 2001: 2). Mit Hinweis auf die UNCSD Indikatoren (vgl. Kapitel 4.5.3.1.) kann man diesem Standpunkt entgegenhalten, dass die Gesundheit der Bevölkerung in direktem Zusammenhang mit Nachhaltigkeit steht. Auch Hodge und Hardy betonen die Gleichrangigkeit von Nachhaltigkeit sozialer und ökologischer Systeme innerhalb des Nachhaltigkeitskonzepts: *„In general terms the idea of sustainability is the persistence of certain necessary and desired characteristics of people, their communities and organizations, and the surrounding ecosystem over a very long period of time (indefinitely). Achieving progress toward sustainability thus implies maintaining and preferably improving, **both human and ecosystem wellbeing, not one at the expense of the other. The idea expresses the interdependence between people and the surrounding world“*** (Hodge/Hardy 1997: 7, Hervorhebungen BL und EG). In ähnlicher Weise bezieht Brandl im Streit um die Stellung der ökologischen, ökonomischen

und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit Stellung, indem er auf die Intentionen des Brundtland-Berichts verweist: *„Bereits in der von der UN-Vollversammlung für die Brundtlandkommission festgelegten Aufgabenstellungen war enthalten, die **wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der menschlichen Entwicklung gleichwertig zu berücksichtigen.** (...) Gegenüber einer (...) Priorisierung der ökologischen Dimension ist (...) zu betonen, dass die primäre Zielsetzung der (Brundtland)Kommission nicht im Umweltschutz, sondern in der Sicherung menschlicher Entwicklungsfähigkeit und Bedürfnisbefriedigung lag. Folgerichtig gerät der **Schutz der Umwelt nur als notwendige Rahmenbedingung für menschliche Entwicklung in das Blickfeld der Betrachtung**“* (Brandl 2002: 13ff., Hervorhebungen BL und EG). Jedoch, selbst wenn Akteure die soziale Dimension von Nachhaltigkeit anerkennen, besteht immer noch die Notwendigkeit die Eckpunkte sozialer Nachhaltigkeit zu definieren. Biart, z.B. plädiert für eine enge Definition von sozialer Nachhaltigkeit indem er auf die minimalen sozialen Erfordernisse für langfristige Entwicklung verweist: *„A final point to pay attention to is the confusion which may arise between desirability and sustainability. The Brundtland objective leads indeed easily to focusing on how to increase welfare so that the various generations can meet their needs. This opens the way to discussions of policies, which may be desirable to optimize development. The sustainability approach is, however, less embracing. **It aims to determine the minimal social requirements for long-term development (sometimes called critical social capital) and to identify the challenges to the very functioning of society in the long run**“* (Biart 2002: 6, Hervorhebung BL und EG).

Ein weiterer Grund für die Schwierigkeiten soziale Nachhaltigkeit zu konzeptualisieren liegt auch darin, dass die analytischen, normativen und politischen Aspekte des Begriffes nicht klar unterschieden und von verschiedenen Akteuren unterschiedlich stark gewichtet werden. Eine der Ursachen dieses Problems dürfte bereits im Bedeutungsspektrum des Wortes “sozial” zu suchen sein, denn dem Wort wohnt sowohl eine analytische, als auch eine normative Bedeutung inne. Laut Duden bezeichnet “sozial” einerseits *“die menschliche Gesellschaft, Gemeinschaft betreffend”*, andererseits auch *“auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht, gemeinnützig, wohlätig, hilfsbereit (sein)”* (Duden Fremdwörterbuch, Mannheim, Wien, Zürich 1974: 680).

Nachhaltigkeit fordert, dass Entwicklung nicht länger ohne die Berücksichtigung der natürlichen Voraussetzungen betrachtet werden kann, sondern untrennbar im Zusammenhang mit der Reproduktion dieser natürlichen Voraussetzungen gesehen werden muss. Dies ist jedoch nicht nur eine naturwissenschaftliche, sondern eine zutiefst sozialwissenschaftlich Fragestellung. Es geht nicht nur um die Einhaltung von naturwissenschaftlich definierten Grenzwerten, sondern um die Analyse von sozialen Prozessen der Gesellschaft, die ihren Stoffwechsel mit der “Natur” bestimmen. Die sozialwissenschaftliche Frage im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit lautet daher: Wie können Gesellschaften **ihre Prozesse und Strukturen** so verändern, dass sie die Entwicklungsvoraussetzungen für zukünftige Generationen sicherstellen. Auch Brandl definiert Nachhaltigkeit als **Verhältnis zwischen sozialem und ökologischem System**, das so zu gestalten ist, dass das Gesamtsystem stabil bleibt: *“Systemtheoretisch argumentiert geht es in diesem Verständnis um den gleichzeitigen Erhalt der Funktionsfähigkeit und der*

Störungsresistenz (resilience) von miteinander gekoppelten Subsystemen, wodurch das Gesamtsystem stabil zu halten ist“ (Brandl 2002: 13ff.). Dieser analytische Aspekt sozialer Nachhaltigkeit ist nicht als Versuch zu verstehen, berechnete Mindeststandards an sozialen Rechten einzufordern, und sie gegenüber dem Primat neoliberaler Wirtschaftspolitik und/oder einem naturwissenschaftlich begründeten ökologischen Primat zu verteidigen. Der analytische Gehalt sozialer Nachhaltigkeit liegt vielmehr darin, diejenigen sozialen Strukturen und Prozesse zu untersuchen, die den Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur beeinflussen. Damit ist Nachhaltigkeit eine Herausforderung für die Sozialwissenschaften, denn es geht damit in der Nachhaltigkeitsforschung nicht nur um das Verständnis von Prozessen in der “Natur”, sondern um gesellschaftliche Prozesse, die den Austausch mit der Natur betreffen. „Thus environmental sustainability turns out to be closely linked to supposedly ‘internal’ problems of social structure, such as social justice, gender equality and political participation (...) In this sense, sustainability describes a topic of research that is basically social, addressing virtually the entire process by which societies manage the material conditions of their reproduction, including the social, economic, political and cultural principles that guide the distribution of environmental resources’“ (Becker et al. 1999: 4). Aus diesem Verständnis heraus ist es notwendig, den derzeitigen Zustand von Theorielosigkeit im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit zu überwinden. Eine solche Theorie sozialer Nachhaltigkeit ist unabdingbar, um Priorisierungen für gesellschaftliche Steuerungsprozesse treffen zu können: „Developing and using a clear conceptual framework for guiding the assessment process is very important. With a conceptual framework in place, indicators emerge more naturally, and can be adjusted to the needs of a given locale or set of decision makers.“ (Hodge/ Hardi 1997:10). Dies ist ein Aspekt sozialer Nachhaltigkeit, der bisher zu wenig beachtet wurde.

Neben dem analytischen ist jedoch auch der normative Aspekt sozialer Nachhaltigkeit unabdingbar. Dabei geht es darum, Werte darüber zu entwickeln, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln soll, welche die Ideale sind, die die gesellschaftliche Entwicklung einlösen soll. „At the same time sustainability introduces a set of normative commitments to the development problematic. A call for justices is being made on behalf of future generations“ (Becker et al. 1999: 5).

Die Frage, ob soziale Nachhaltigkeit ein analytisches oder ein normatives Konzept ist, kann nicht mit einem “entweder - oder”, sondern nur mit einem “sowohl als auch” beantwortet werden. Sozialwissenschaftliche Analyse darüber, wie wichtige Werte unserer Gesellschaft wie Partizipation, Chancengleichheit, Gerechtigkeit Nachhaltigkeit positiv beeinflussen stärken den Kampf für diese Rechte innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte. Dabei sollte man aber nicht vergessen, dass diese Werte ihre Legitimation aus sich selbst heraus entwickeln und nicht nur abgeleitet über positive Auswirkungen auf Nachhaltigkeit. Daneben sollte soziale Nachhaltigkeit von einem analytischen Konzept geleitet sein, das eine Theorie über die gesellschaftlichen Naturverhältnisse liefert. Von Nachhaltigkeitsstrategien und -indikatoren sollte man aber beides verlangen: analytische Tiefe und Schärfe sowie klar ausgewiesene Vorstellungen darüber, welche sozialen Werte Nachhaltige Entwicklung verwirklichen soll.

5. Zur Konzeption sozialer Nachhaltigkeit

5.1 Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Nachhaltige Entwicklung

Der folgende Abschnitt versucht einen Beitrag dazu leisten, dem Mangel an soziologischer Theorie bei der Konzeption von Nachhaltigkeit abzuwehren. Er greift dabei auf den zentralen Begriff der „Bedürfnisse“ in der Definition von Nachhaltigkeit auf und versucht davon ausgehend holzschnittartig das Verhältnis von Natur und Gesellschaft zu konzeptualisieren.

Zunächst befasst sich die Definition von Nachhaltigkeit im Kern mit Bedürfnissen (needs). Nachhaltige Entwicklung (sustainable development) ist *„development which meets the needs of the present without comprising the ability for future generations to meet their own needs“* (World Commission on Environment and Development 1987, S. 43). In einer nachhaltigen Entwicklung soll die Möglichkeit bestehen Bedürfnisse langfristig zu befriedigen. Nachhaltige Entwicklung richtet sich also auf die Beziehungen²² zwischen Natur und Gesellschaft. Diese Beziehungen sollen langfristig funktionsfähig sein, das heißt in einem Ausmaß, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können. In diesem Sinne ist der Begriff der Nachhaltigkeit anthropozentrisch.

Als Antwort auf den normativen Anspruch von intergenerativer Gerechtigkeit der Bedürfnisbefriedigung lässt fast automatisch die Frage nach Bedürfnissen entstehen. Wie weit und wie eng kann bzw. muss man den Begriff der Bedürfnisse definieren? Je nach der Definition verändert sich auch das Verständnis davon, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht. Versteht man unter Bedürfnissen in erster Linie Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnen, Kleidung, Sexualität, Gesundheitsversorgung, eine gesundheitsverträgliche Umwelt und Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, körperliche Unversehrtheit sowie Absicherung bei Krankheit, im Alter und in sozialen Notlagen, dann geht es in erster Linie um die langfristige Sicherung der materiellen Grundlagen menschlicher Existenz.²³ Erweitert man den Bedürfnisbegriff um

²²Der Plural „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ soll darauf hinweisen, dass es in modernen Gesellschaften eine Vielzahl von ökonomischen, politischen und kulturellen Regelungen und Praktiken gesellschaftlicher Naturbezüge gibt. (Vgl. Jahn/Wehling 1998: 85)

²³Die Definition von Grundbedürfnissen spielte in der entwicklungspolitischen Diskussion der 70er Jahre eine wichtige Rolle, auch wenn eine endgültige Einigung über den Umfang der Liste der basalen Bedürfnisse nicht erzielt werden konnte (vgl. Nagel 1985). Auch in der soziologischen Theorie hat die Bestimmung von menschlichen Grundbedürfnissen eine lange Tradition. So baute etwa Malinowski (z. B. 1960) seine Gesellschaftstheorie auf einer Theorie menschlicher Bedürfnisse auf, die allerdings kaum den sozialwissenschaftlichen Mainstream beeinflusst hat. Eine gewisse Berühmtheit erlangte in den letzten Jahren dagegen Maslows Bedürfnispyramide im Kontext der Diskussionen um den Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen (Inglehart 1990).

immaterielle Bedürfnisse wie Bildung, Kultur, Erholung/Freizeit, soziale Beziehungen, Selbstverwirklichung (vgl. z. B. Maslow 1960), müssen für deren Befriedigung erheblich größere Handlungsspielräume und Handlungschancen eröffnet werden. Erst dadurch werden die Voraussetzungen für die Einzelnen geschaffen, damit sie selbst für ein menschenwürdiges Leben Sorge tragen zu können.

Bedürfnisse sind für die Natur insoweit von Relevanz, als Tätigkeiten zu ihrer Befriedigung (Produktion, Konsum) durch Ge- und Verbrauch auf natürlichen Ressourcen und Regelkreisläufe zurückgreift und diese durch ihren Output (Emission, Abfall) beeinflusst.²⁴ Dabei ist der Begriff der Arbeit im weitesten Sinn (Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Versorgungsarbeit) zentral, da die Austauschprozesse zwischen Gesellschaft und Natur in erster Linie über Arbeit vermittelt werden. Zugleich ist Arbeit, jedenfalls in modernen Arbeitsgesellschaften, das zentrale Organisations- und Strukturierungsprinzip von Gesellschaft²⁵.

Ein zentraler Motor für Gesellschaft und Vergesellschaftung dürfte in der Schaffung der Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung im weitesten Sinn zu finden sein (vgl. z. B. Malinowski 1944/1988). Um Bedürfnisse befriedigen zu können, sind in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedliche Funktionssysteme ausgebildet, deren Ausdifferenzierung jedoch erheblich variiert. Von diesen Funktionssystemen kommt innerhalb der Nachhaltigkeitsdiskussion Ökonomie, Politik und Kultur - wenn auch nicht systematisch begründet - besondere Bedeutung zu (vgl. auch Becker/Jahn/Stiess 1999). Diese drei interdependenten Funktionssysteme, die nur in der analytischen Betrachtung voneinander getrennt werden können, spielen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung und Regelung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Inhaltlich sind diese drei ausgewählten Systeme in erster Linie funktional bestimmt:

- Als zur Ökonomie gehörig werden diejenigen Leistungen, Institutionen und Infrastrukturen im agrarischen, industriellen und Dienstleistungssektor verstanden, die der (materiellen) Reproduktion dienen.
- Zum Funktionssystem Ökonomie gehören sowohl die formellen, monetär vermittelten als auch die informellen wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie der Konsum der produzierten Waren und Dienstleistungen.
- Das politische Funktionssystem umfasst die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung und deren Umsetzung in entsprechenden Handlungen und Institutionen.

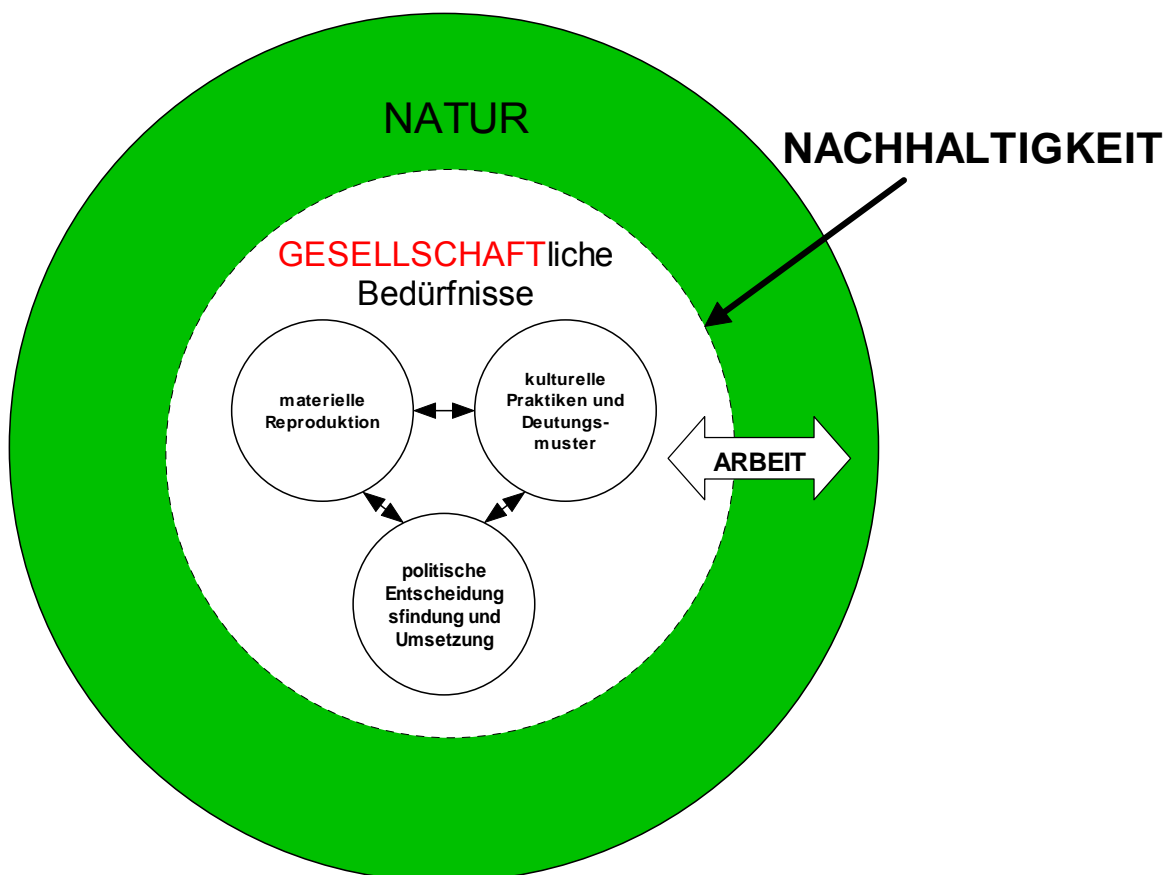
²⁴ An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass alle Formen menschlicher Bedürfnisbefriedigung, auch die der "immateriellen" Bedürfnisse, materielle Austauschprozesse zwischen Mensch und natürlicher Umwelt implizieren. Denn auch die Befriedigung immaterieller menschlicher Bedürfnisse ist an den menschlichen Körper gebunden, der, um überhaupt leben zu können, in einem ständigen Stoffwechselprozess mit seiner Umwelt verbunden ist.

²⁵ Darauf soll weiter unten noch ausführlich eingegangen werden.

- Das kulturelle Funktionssystem beinhaltet alle kulturellen Praktiken und Deutungsmuster einer Gesellschaft, die sich in Lebensstilen und Lebensformen, gesellschaftlichen Ordnungen und ihren Legitimationen (z. B. die Geschlechterordnung), Wert- und Wahrheitsvorstellungen, Religion u. dgl. m. niederschlagen. Kulturelle Praktiken und Deutungsmuster sind über verschiedene Kulturen betrachtet hochgradig divergent und historisch wandelbar. Sie stellen den Rahmen dar innerhalb dessen ökonomische und politische Prozesse geformt und begründet werden.

Für die Bestimmung von sozialer Nachhaltigkeit heißt das bisher Gesagte, dass sie zum einen die Leitwerte der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit weiter operationalisieren muss und zum anderen auch das Ziel umfasst, dass nachhaltig die institutionellen Voraussetzungen geschaffen und gesichert werden, die Gesellschaften in die Lage versetzen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (auf individueller und kollektiver Ebene). Abbildung 3 stellt die bislang vorgetragenen Überlegungen modellhaft dar.

Abbildung 3: Schematische Darstellung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und Nachhaltiger Entwicklung



Nachhaltige Entwicklung als normatives Leitbild für die Regelung sozial-ökologischer Prozesse zielt also zunächst auf das gesellschaftliche Management natürlicher Ressourcen, das langfristig (über Generationen) eine gerechte Verteilung der Ressourcen

und somit den langfristigen Erhalt der ökologischen Grundlagen gesellschaftlicher Reproduktion gewährleisten soll. Geht man davon aus, dass gegenwärtig die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht nachhaltig sind, also langfristig keinen Bestand haben werden, dann ist nach dem dargelegten Verständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Neu-Orientierung von Ökonomie, Politik und Kultur entscheidend für eine Kursänderung gesellschaftlicher Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit.

Bei der Neuregelung der sozial-ökologischen Beziehungen geht es nach diesem Verständnis also um soziale Veränderungsprozesse, die sowohl der Dynamik gesellschaftlichen Wandels als auch der Dynamik ökologischer Systeme Rechnung tragen müssen. Insofern geht es weniger um die Aufrechterhaltung bestehender Strukturen oder Qualitäten, als vielmehr um sozial-ökologische Transformationen, die mit großer Prognoseunsicherheit verbunden sind (vgl. Becker/Jahn/Stiess 1999: 6). Angesichts dieser Unsicherheiten und der Komplexität und Dynamik gesellschaftlichen Wandels wäre es fatal, nur einen besten Weg zur Nachhaltigkeit zu deklarieren. Stattdessen erscheint es angemessener, auf der Basis einer sorgfältigen Analyse nicht-nachhaltiger Entwicklungen eine Vielzahl von Wegen zur Nachhaltigkeit zuzulassen (z. B. Reusswig 1998); nicht zuletzt auch deshalb, um die Dominanz westlicher/nördlicher Nachhaltigkeitsmodelle gegenüber Alternativen aus dem Süden zu unterminieren. Gleichwohl sind die Entwicklungspfade nicht beliebig zu wählen. Sie müssen vielmehr im Einklang mit den zentralen normativen Leitideen von Nachhaltigkeit stehen. Ihren normativen Gehalt bezieht die Idee der sozialen Nachhaltigkeit aus drei zentralen normativen sozialen Prinzipien, die den auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio beschlossenen Dokumente zugrunde liegen:

1. Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle,
2. Intergenerative, intragenerative und internationale Gerechtigkeit,
3. Partizipation aller gesellschaftlichen Akteursgruppen.

Geleitet von den genannten normativen Prinzipien muss die Lösung der globalen sozial-ökologischen Krise aber in der grundlegenden Veränderung der vorherrschenden umweltzerstörenden Produktions- und Konsumtionsweisen (nach nördlichem Vorbild) gesucht werden. Diese Perspektive führt zur Infragestellung gesellschaftlicher Organisationsprinzipien, an zentraler Stelle der (post-)fordistischen Erwerbs-Arbeitsgesellschaften und ihrer inhärenten Massenproduktion und (kompensatorischen) Massenkonsumtion.²⁶ Diese Überlegungen sollen im Folgenden weiter ausgeführt werden.

²⁶ Auf die Diskussion, in welchem Stadium der Transformation sich die gegenwärtigen Gesellschaften postfordistisch, postmodern oder doch noch fordistisch befinden, kann hier nicht näher eingegangen werden. Was den ökologischen Stoffdurchsatz angeht ist - trotz Cyberspace und "immaterieller" Informationstechnologien - jedenfalls kein Rückgang zu verzeichnen.

5.2 Zur Konzeption nachhaltiger Arbeit

Wie bereits oben erwähnt ist der Austausch zwischen Gesellschaft und Natur über Arbeit vermittelt²⁷. Die arbeitsvermittelten Stoffwechselprozesse zwischen Natur und Gesellschaft unterliegen historischen Transformationsprozessen. Moderne Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften, die die Stoffwechselprozesse mit der Natur, den messbaren Mengendurchfluss im Vergleich zu früheren Gesellschaftsformationen um ein Vielfaches gesteigert haben (Fischer-Kowalski 1998). Arbeit ist aber in den modernen Arbeitsgesellschaften nicht nur Mittel zur Naturaneignung und zur Sicherung menschlicher Existenz und Bedürfnisbefriedigung. Vielmehr ist Arbeit – reduziert auf Erwerbsarbeit - in modernen Gesellschaften das herausragende Strukturierungsprinzip gesellschaftlicher Ordnung. Die Erwerbs-Arbeitsgesellschaft ist ein Produkt der Neuzeit und dadurch charakterisiert, dass die Erwerbsarbeit höher bewertet wird als viele andere Tätigkeiten, die zum menschlichen Leben gehören (Senghaas-Knoblauch 1998).

Auf die Krisenanfälligkeit diese Arrangements hat Hanna Arendt in einem inzwischen schon berühmten Zitat hingewiesen: *“Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?”* (Arendt 1981, S. 11-12). Spätestens seit den 80er Jahren wird diese Warnung auch in Europa infolge wachsender Arbeitslosigkeit unter dem Schlagwort “Krise der Arbeitsgesellschaft” thematisiert. Zur Diskussion stehen dabei tiefgreifende strukturelle Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen und Verarmungstendenzen, Wertewandel, frauenpolitische Forderungen nach einer Neuordnung der geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung und nicht zuletzt auch umweltpolitische Einwände gegen die herrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen (vgl. die Beiträge in Bosch 1998).

Präziser wäre es in diesem Zusammenhang, von der Krise der männlicherwerbsarbeitzentrierten Gesellschaft zu sprechen, der eine “Feminisierung” in mehrfacher Hinsicht widerfährt: *“Man kann gleichsam von einer “Feminisierung” der Arbeit im doppelten Sinn sprechen: Feminisierung bedeutet zum einen die steigende Zahl erwerbstätiger Frauen. Feminisierung bedeutet zum anderen eine Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen: der Anstieg diskontinuierlicher Erwerbskarrieren, ungeschützter Arbeitsverhältnisse, nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge.”* (Sauer 1999, S. 230). An die Stelle der weitgehend regulierten Erwerbs-Arbeitsbedingungen (Gesetze und Tarifverträge) und quasi standardisierten Erwerbs-Arbeitsstrukturen (Normalarbeitszeit, Normalbiographie, Beruflichkeit) und relativ homogenen sozialen

²⁷ In der neueren Diskussion um Ökologie und Arbeit wird auf den Arbeitsbegriff von K. Marx und F. Engels rekurriert, demzufolge Arbeit eine Grundbedingung menschlicher Existenz ist. Im Arbeitsprozess eignet sich der Mensch mittels Arbeit und unter Zuhilfenahme eines Arbeitsinstruments Natur in Form eines Arbeitsgegenstands an (Schmidt 1971). Die destruktive Seite des Arbeitsprozesses, die unbeabsichtigten Nebenfolgen und ökologischen Konsequenzen, werden im Rahmen des produktiven Arbeitsbegriffs von Marx und Engels nicht nachdrücklich berücksichtigt. Dennoch ist der Arbeitsbegriff wie ihn Marx und Engels entwickelt haben bemerkenswert, enthält er doch im Gegensatz zu vielen späteren sozialwissenschaftlichen Arbeitsbegriffen, die Vorstellung eines menschlichen Stoffwechsels mit der Natur (Fischer-Kowalski 1997: 122; Foster 1999).

Großgruppen (ungelernte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte) ist die Ausdifferenzierung und Globalisierung der (Erwerbs-)Arbeit getreten (Hildebrandt 1999).

Darüber hinaus ist das erwerbsarbeitszentrierte fordistische Gesellschaftsmodell aus feministischer Sicht umfassend kritisiert worden, sowohl wegen der Vernachlässigung seiner geschlechterdifferenzierenden Voraussetzungen (weibliche Reproduktionsarbeit, Familienernährermodell), als auch wegen der Benachteiligung von Frauen in der Erwerbswelt (Lohndiskriminierung, Zugangsbarrieren usw.). Zugleich betonen aber feministische Theoretikerinnen die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit sowohl für die Lebensorientierung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder als auch für das Gemeinwesen.

Betrachtet man nun die Vorschläge zur Behebung der Krise der Arbeitsgesellschaft, so lassen sich diese grob in drei Gruppen einteilen (vgl. Senghaas-Knobloch 1998). (1) Erwerbsarbeitszentrierte, und (2) solche, die um einen neuen erweiterten Arbeitsbegriff und eine Neubewertung von Arbeit bemüht sind. Zu letzteren zählen auch Beiträge von ökofeministischer Seite solche, die eine grundlegend neue normative Orientierung des Wirtschaftens verlangen (Braidotti et al. 1994, Bennholdt-Thomsen/Mies 1998, Biesecker 1997, Hofmeister 1999, Knapp 1997).

„Dominant in der politischen Arena sind nach wie vor erwerbsarbeitszentrierte Strategien. Und innerhalb dieser Gruppe sind es nach wie vor die auf Wachstum und Investitionsförderung ausgerichteten Strategien. ... Das Stichwort heißt hier Deregulierung, verstanden als das Beiseiteräumen von Hemmnissen für Investitionen, von denen unterstellt wird, dass sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln, auf deren Beschäftigungswirksamkeit gesetzt wird. Als Maßnahmen werden der Abbau bestehender Regulierungen um Arbeitszeit-, Tarif und Steuerrecht sowie die Senkung von Sozialstandards empfohlen.“ (Senghaas-Knobloch 1998: 15). Zu den erwerbsarbeitszentrierten Strategien zählt Senghaas-Knobloch (1998) auch solche der Arbeitszeitverkürzung, von denen umverteilende Wirkungen erhofft werden; ebenso die Einführung einer negativen Einkommenssteuer (z. B. Scharpf 1994) und ökologisch motivierte preiskorrigierende Energieeffizienzförderung (Weizsäcker et al. 1997) sowie G. Schmidts Konzept der Übergangsmärkte (2000) zur Beschäftigungssicherung in arbeitsbiographischen Übergangsphasen.

Im Zentrum der Diskussion um nachhaltige Arbeit stehen Strategien der oben genannten zweiten Gruppe, also solche, die um einen neuen erweiterten Arbeitsbegriff und eine Neubewertung von Arbeitstätigkeiten und deren institutionelle und sozialstaatliche Absicherung durch ein einkommensunabhängiges Grundeinkommen bemüht sind (u.a. Giarini/Liedtke 1998; Beck 1998; Bergman 1997; BUND/Misereor 1996; HBS 2000) Von diesen neuen Mischformen wird zum einen erwartet, dass sie die drohenden Identitäts- und Einkommensverluste durch sinkende Erwerbsarbeitsmöglichkeiten kompensieren könnten und zugleich Potenziale für eine Ökologisierung der Arbeits- und der Lebensstile enthält.

5.3 Schlussfolgerungen: Nachhaltige Arbeit als Ausgangspunkt sozialer Nachhaltigkeit

Ausgangspunkt der vorangegangenen Ausführungen war die Verortung des Nachhaltigkeitspostulats im Gefüge der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Betont wurde dabei, dass die Austauschprozesse zwischen Gesellschaft und Natur der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung dienen. Es wurde festgestellt, dass diese sozial-ökologischen Austauschprozesse maßgeblich über Arbeit vermittelt sind. Zugleich ist (Erwerbs-)Arbeit in modernen (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaften der Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Ordnung wie auch der individuellen Lebensentwürfe und Existenzsicherung und darüber vermittelt der individuellen Bedürfnisbefriedigung. Die geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung und das damit verbundene kleinfamiliale Geschlechterarrangement ist ein wichtiges Kennzeichen moderner Arbeitsgesellschaften und ihrer globalen Verflechtungen (Littig 2001).

Aufgrund dieser Zusammenhänge kommen wir zu folgenden Schlussfolgerungen für die Konzeption einer sozial nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung: Ein zentraler Ansatzpunkt für deren Konzeption muss die Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit und damit zusammenhängend der sozialen Sicherungssysteme sein. Der starken Erwerbsarbeitszentrierung gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften ist dabei Rechnung zu tragen; nicht nur im Hinblick auf die Einkommenssicherung, sondern insbesondere mit Blick auf die psycho-sozialen Funktionen von Erwerbsarbeit (Zeitstrukturierung, Identität usw.) und im Hinblick auf die bürgerschaftliche Integration (aufgrund der hohen sozialen Anerkennung durch Erwerbsarbeit) und der Bedeutung von Erwerbsarbeit für die soziale Kohäsion. Die Berücksichtigung spezifisch weiblicher Lebenslagen ist bei der Konzeption nachhaltiger Arbeit unbedingt zu berücksichtigen; und wenn auch nur aus dem einen Grund, dass Gendermainstreaming in den offiziellen Nachhaltigkeitsdokumenten (Kap. 24 der Agenda 21, vgl. United Nations 1992) mit sehr klaren und sehr weitreichenden Forderungen nach der sozialen, ökonomischen und rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter verankert ist (Littig 1998). Die Ökologisierung von bestehender Erwerbsarbeit hat bei der Restrukturierung höchste Priorität. Nimmt man die feministischen Analysen der geschlechtlichen Arbeitsteilung ernst, so ist die Schaffung neuer umweltverträglicher Erwerbsarbeitsplätze in der bislang informellen Ökonomie eine wichtige Strategie zur weiteren Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Das sozial-ökologische Nachhaltigkeitspostulat und feministische Forderungen an die geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit zusammenführend kommen wir zu folgenden Mindestanforderungen für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft: Die Ökologisierung von bestehender Erwerbsarbeit und die Schaffung neuer umweltverträglicher Erwerbsarbeitsplätze für die Sicherstellung einer umwelt-, gesundheits- und sozialverträglichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

- Die geschlechtergerechte Umverteilung der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeit, so dass es allen möglich ist, ein ausreichendes individuelles

Einkommen auf der Basis von nützlicher und öffentlich anerkannter Arbeit zu erzielen (u.a. durch Arbeitszeitverkürzung, Kinderbetreuungseinrichtungen usw.)

- Lebenslange Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Arbeitsformen (Arbeitszeitarrangements, Arbeitsbereiche) und Lebensformen bei angemessener individueller sozialer Sicherung.

Diese genannten Punkte zielen auf eine Ausweitung der formellen Ökonomie unter sozial- und ökologisch verträglichen Bedingungen. Dahinter steht die Skepsis, dass (wie oftmals in der Nachhaltigkeitsdiskussion angenommen und propagiert) in der informellen Ökonomie und in zivilgesellschaftlichen Institutionen umweltverträglichere Praktiken leichter voranzutreiben sind als in der formellen Ökonomie und Politik. Das hier vorgeschlagene Nachhaltigkeitsmainstreaming (und Gendermainstreaming) der Erwerbsarbeit schließt die sinnvolle Ergänzung mit Eigen-, Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit nicht aus. Letztlich bedarf aber eine umwelt-, sozial-, wirtschafts- und geschlechterpolitische Reformstrategie der rechtlichen und politischen Absicherung; diese scheint uns für die öffentliche (formelle) Arbeit leichter herstellbar und kontrollierbar zu sein als im Privaten.

6. Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit

6.1 Vorbemerkung zur Indikatorenbildung

Im Folgenden werden Indikatoren vorgestellt, mit deren Hilfe die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung beobachtet werden kann. Wörtlich genommen sind Indikatoren „Anzeiger“; sie sollen einen Sachverhalt abbilden oder anzeigen, der nicht evident ist. Indikatoren stehen für etwas, in der Regel für ein übergeordnetes Ziel, sind aber allenfalls nur ein Teil dessen, wofür sie stehen. Mit Hilfe von Indikatoren lassen sich Entwicklungen, Tendenzen, Fortschritte oder Rückschritte des indizierten Gegenstands der Betrachtung feststellen. Tabelle 14 enthält sieben Kriterien zur Bestimmung der Güte eines Indikators.

Tabelle 14: Kriterien für die Auswahl „guter Indikatoren“

Kriterium	Erklärung
1. Leichte Verfügbarkeit	Der Indikator, oder die notwendigen Informationen zu seiner Bestimmung sollten bereits verfügbar sein oder einfach und mit angemessenen Kosten erstellt werden können.
2. Leichte Verständlichkeit	Der Indikator sollte einfach zu verstehen sein.
3. Messbarkeit	Um relevant zu sein, sollte der Indikator quantitativ oder qualitativ messbar sein, also mehr als ein Konzept sein.
4. Signifikanz	Der Indikator sollte zentrale und als wichtig erachtete Elemente des Indizierten abbilden.
5. Schnelle Verfügbarkeit	Der Indikator sollte die aktuelle Situation darstellen. Zwischen dem Messen der Information/des Indikators und der Verfügbarkeit sollte wenig Zeit verstreichen.
6. Muster der Verbreitung	Der Indikator sollte räumliche und sozialstrukturelle Divergenzen anzeigen, also nicht zu hoch aggregiert sein. Hohe Aggregationsniveaus bilden die Problemlagen nicht deutlich genug ab, differenzierte sind oftmals unübersichtlich. Dadurch verliert der Indikator an Aussagekraft.
7. Vergleichbarkeit	Im Idealfall sollte der Indikator internationale Vergleiche zulassen, aber er sollte nicht nur gewählt werden, um internationale Vergleiche zu erleichtern.

(Quelle: Anderson 1991, S. 49-51)

Andersons Kriterienliste war ursprünglich für die Erstellung eines alternativen ökonomischen Indikatorensets gedacht. Sie sind u.E. auch weitestgehend für Sozialindikatoren zutreffend. Einige Bemerkungen sind allerdings noch für Indikatoren sozialer Sachverhalte hinzuzufügen. Soziale Phänomene sind oftmals nicht „materialisiert“ und somit nicht quantitativ messbar. Deshalb müssen neben quantitativen „harten, objektiven“ Indikatoren auch „weiche, subjektive“ Indikatoren (z. B. individuelle Zufriedenheiten mit bestimmten Sachverhalten) herangezogen werden. Diese rangieren oftmals nicht so hoch wie die vermeintlich harten Fakten, sie sollten aber dennoch ernst genommen werden. Sie geben oftmals Stimmungen oder Einschätzungen wieder (z. B.

Einstellungen gegenüber AusländerInnen oder ethnischen Minderheiten), die enorme Konsequenzen haben können. Darüber hinaus ist anzumerken, dass Indikatorensets wertend sind und zwar in dem Sinne, dass die durch die Auswahl der einzelnen Indikatoren Wichtigkeiten verteilen und unausgesprochene Annahmen über mögliche Wirkungszusammenhänge der einzelnen Elemente enthalten (vgl. Empacher/Wehling 1999).

Die Geschichte der Erstellung und Erhebung von Sozialindikatoren zur Sozialberichterstattung beginnt in den 1970er Jahren und ist im Zusammenhang mit der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Wohlfahrtskonzepte und Lebensqualität in modernen Gesellschaften zu sehen. Wohlfahrtskonzepte formulieren normative Kriterien für die Beurteilung der gesellschaftlichen Lage und Lebensverhältnisse sowie zur Formulierung von Entwicklungszielen. Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Wohlfahrt versucht Kriterien für ein „gutes Leben“ und ein „gute Gesellschaft“ (Müller 2000) zu identifizieren. Darüber hinaus zielt sie auf die Untersuchung der Richtung des sozialen Wandels, der Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenslagen bestimmter sozialer Gruppen (Noll 1997). Wohlfahrts- und Lebensqualitätskonzepte beinhalten unterschiedliche Komponenten. Ausgehend von frühen Konzepten des „objektiven“ Lebensstandards, wurden sie zunehmend um subjektive Einschätzungen (z. B. Zufriedenheit, Selbstverwirklichung), aber auch um sozialstrukturelle Momente (Chancengleichheit) erweitert (ebenda).²⁸ Unterschiedliche Konzepte von Lebensqualität lassen sich auch im Ländervergleich feststellen: so steht in den Erhebungen der skandinavischen Länder die Messung der objektiven Lebensverhältnisse im Vordergrund; in den USA spielen sozialpsychologische Kriterien (well-being) eine wichtige Rolle, in Deutschland bestimmen Konzepte, die die objektiven Lebensbedingungen mit subjektiven Indikatoren des Wohlbefindens kombinieren die Diskussion (Noll 1997, Zapf 1984). Seit 1998 arbeitet die Abteilung Soziale Indikatoren des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts ZUMA in Mannheim im Auftrag der EU an der Entwicklung eines europäischen Sozialindikatorensystems (EUSI) auf der Basis von Zeitreihendaten (ISI 27/2002, S. 5). Diese wurde inzwischen für zwei Themenbereiche implementiert (Bevölkerungsdaten und Arbeitsmarkt- und Arbeitsbedingungen).

„Das Indikatorensystem ist als ein Instrument zur Messung zur Analyse der Wohlfahrtsentwicklung und des Sozialen Wandels in Europa konzipiert. Erfasst werden insbesondere die objektiven Lebensbedingungen der Bevölkerung, die soziale Kohäsion innerhalb und zwischen den Ländern Europas (...), die Nachhaltigkeit der Entwicklungen im Hinblick auf das vorhandene Humankapital und das natürliche Kapital, die soziodemographischen und –ökonomischen Strukturen der Gesellschaften sowie Wertorientierungen und Einstellungen. Diese Dimensionen werden für 14 verschiedenen Lebensbereiche (z. B. Wohnen, Gesundheit, Bildung, etc.) operationalisiert, ...“ (ebenda).

²⁸ Dabei können sich auch durchaus Widersprüche zeigen; das subjektive Erleben von Lebensqualität kann im Widerspruch zum materiellen Wohlstand stehen (Zapf 1984, Voges 2001).

Die Datengrundlage besteht z.T. aus amtlicher Statistik und z.T. aus wissenschaftlichen Umfragen (www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/eusi.htm).

Eine einheitliche europäische Datenbasis steht also bislang nur für einzelne Themenbereiche zur Verfügung. Solange dies nicht der Fall ist, kann auf diverse nationale Berichte zurückgegriffen werden. In Österreich erscheint regelmäßig der „Bericht über die soziale Lage“, zuletzt 1999 (www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/portal/content/berichte/sozialbericht). Dieser beinhaltet gemäß des Inhaltsverzeichnisses Auskünfte über a) Einkommen, Lebensstandards und Sozialtransfers, b) Sozialausgaben, c) Sozialschutzsysteme, d) Gesundheitswesen, e) die soziale Lage von Bevölkerungsgruppen- aktuelle Maßnahmen, f) sozial und gesundheitspolitische Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft. Subjektive Einschätzungen des Wohlbefindens sind im diesem Bericht nicht enthalten.²⁹ Dafür müssen weitere Datenquellen herangezogen werden (z. B. Mikrozensus, Umfragen kommerzieller Meinungsforschungsinstitute u.ä.). Gegebenfalls müssten für ein umfassendes Indikatorensystem sozialer Nachhaltigkeit neue Zeitreihenanalysen initiiert werden.

6.2 Vorschlag möglicher Indikatoren für die soziale Dimension Nachhaltiger Entwicklung

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Überlegungen zum gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung nachhaltige Arbeitsgesellschaft schlagen wir ein dreiteiliges Indikatorenset für die soziale Dimension von Nachhaltigkeit vor (vgl. Empacher/Wehling 1999). Die theoretischen Begründung dafür sei im Folgenden nochmals systematisch skizziert (vgl. dazu auch Abbildung 3):

- Nachhaltige Entwicklung thematisiert an erster Stelle die gesellschaftlichen Naturverhältnisse als Austauschprozesse. Diese sind über Arbeit vermittelt.
- Motor dieser Prozesse ist die menschliche Bedürfnisbefriedigung.
- Zur Bedürfnisbefriedigung ist Naturverbrauch notwendig.
- Die Definition der Bedürfnisse, die Form ihrer Befriedigung und die Organisation der Arbeit zu ihrer Befriedigung sind kulturabhängig und werden in politischen Aushandlungsprozessen gestaltet.
- Nachhaltigkeit heißt, die menschliche Bedürfnisbefriedigung, zu der natürliche Ressourcen notwendig sind, quantitativ und qualitativ so zu gestalten, dass auch

²⁹ Im Gegensatz etwa zum deutschen „Datenreport“ des Statistischen Zentralamts, vergleiche dazu www.gesis.org/dauerbeobachtung/sozialindikatoren/publikationen/datenreport

zukünftige Generationen die notwendigen natürlichen Ressourcen für ihre Bedürfnisbefriedigung vorfinden.

- Nachhaltigkeit impliziert die normativen Prinzipien Sozialer Gerechtigkeit und Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle. Demokratiepoltisch stellt man diesen Postulaten die Forderung nach politischer Partizipation aller gesellschaftlichen Akteursgruppen zur Seite.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen plädieren wir für das Minimum von 3 Kernindikatoren der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit.

Der erste Kernindikator betrachtet die Befriedigung von Grundbedürfnissen und die Lebensqualität. Die Einzelindikatoren beziehen sich dann auf die individuelle Existenzsicherung, Verbreitung von Armut, die Einkommensverteilung, die Arbeitslosigkeit, Bildung und Weiterbildung, die Wohnverhältnisse, die Gesundheitssituation (privat und am Arbeitsplatz), die Zufriedenheit mit Arbeit, Gesundheit, Wohnung, Einkommen, Umwelt.

Der zweite und dritte Kernindikator bezieht sich auf das Postulat sozialer Gerechtigkeit (in einem erweiterten Verständnis) im Nachhaltigkeitsdiskurs. Eng verstanden bedeutet „soziale Gerechtigkeit“ bloße ökonomische Verteilungsgerechtigkeit, in einem weiteren, sozialphilosophischen Sinn, bedeutet sie umfassende Chancengleichheit in Bezug auf Lebensqualität und die Partizipation am gesellschaftlichen Leben.³⁰

Der zweite Kernindikator betrifft die Chancengleichheit, wobei sich die Einzelindikatoren auf Bildung und Ausbildung (z.B. Anteil der Arbeiterkinder an Studierenden); die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und die Chancengleichheit zwischen In- und AusländerInnen, beziehen.

Der dritte Kernindikator betrifft die soziale Integration. Die Einzelindikatoren beziehen sich auf soziale Netzwerke, das ehrenamtliche Engagement (Anzahl, zeitlicher Aufwand); solidarische Haltungen und Toleranz (Einstellungsforschung zu Ausländern, Homosexuellen, Arbeitslosen). Die Tabellen 15, 16 und 17 zeigen die einzelnen Indikatoren im Überblick. Darüber hinaus beinhalten sie Angaben über die gewünschte Ausprägung (Ziel) und mögliche Datenquellen.

³⁰ Für diesen Hinweis danken wir Ass.-Prof. Mag.DDr. Winfried Löffler (Universität Innsbruck).

Tabelle 15: Kernindikator Befriedigung von Grundbedürfnissen und Lebensqualität

Grundbedürfnis	Einzelindikatoren	Ziel	Mögliche Datenquellen
1 Existenzsicherung, Einkommensverteilung, Armutsgefährdung ³¹	1.1. Armutsgefährdung: Anteil der Personen, deren gewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter 60% des nationalen Durchschnitts liegt	gering	Bericht über die soziale Lage, Europäisches Haushaltspanel, Lohnstrukturerhebung
	1.2, Persistenz der Armutsgefährdung ³²	gering	=
	1.3 Gini Index der Einkommensungleichheit (oberstes und unterstes Quintil)	gering	UNDP (Human Development Report)
	1.4. Anteil der Personen ohne existenzsicherndes Einkommen	gering	
2. Erwerbsarbeit	2.1. Arbeitslosigkeit	gering	Arbeitsmarktstatistik
	2.2. Bei Männern	gering	=
	2.3 Bei Frauen	gering	=
	2.4. Bei Jugendlichen	gering	=
	2.5. Bei Langzeitarbeitslosen	gering	=
	2.6. Bei den 55-64 Jährigen	gering	=
3. Bildung	3.1. Anteil der funktionalen Analphabeten	gering	
	3.2. Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen	niedrig	Mikrozensus
4. Wohnung ³³	4.1. Zahl der Obdachlosen	gering	?
5. Gesundheit	5.1. Lebenserwartung	hoch	Amtl. Statistik
	5.2. Anteil der Bevölkerung mit Herz-/Kreislaufkrankungen	gering	Amtl. Statistik
	5.3. Quotient der Gesundheitsausgaben für Prävention/Ausgaben für Behandlung	hoch	Amtl. Statistik
	5.4. Anzahl der Arbeitsunfälle mit x Tagen Krankenstand	niedrig	AUVA, EU amtliche Statistik (z.B. Umfrage über die Arbeitsbedingungen)

³¹ Die Indikatoren zur Existenzsicherung sind ebenso bedeutsam für den Kernindikator Soziale Integration (Tab.17), da eine ausreichende Grundsicherung grundlegende Bedingung sozialer Integration ist.

³² Anteil der Bevölkerung, der im laufenden und den letzten beiden Jahren unter der Armutsgrenze lag

³³ Ein weiterer Wohnungsindikator ist die der Wohnzufriedenheit.

	5.5. Anteil der Arbeitsplätze mit Gehörschutzpflicht	niedrig	EU amtliche Statistik (z.B. Umfrage über die Arbeitsbedingungen)
6. Individuelle Zufriedenheit	Zufriedenheit mit:		
	6.1. Arbeit	hoch	AK-Arbeitsklimaindex, EU amtl Statistik (z.B. Umfrage über die Arbeitsbedingungen)
	6.2. Gesundheit	hoch	Meinungsforschung; evtl. Sondererhebungen Mikrozensus
	6.3. Einkommen	hoch	= EU amtliche Statistik (z.B. Umfrage über die Arbeitsbedingungen)
	6.4. Wohnung	hoch	=
	6.5 Umwelt	hoch	=

Tabelle 16: Kernindikator Chancengleichheit

Bereich	Einzelindikatoren	Ziel	Datenquelle
7. Soziale Mobilität	7.1. Soziale Stellung der Kinder im Vergleich zu ihren Eltern (Strukturmobilitätsquote)	hoch	Mikrozensus
8. Zugang zu Bildung und Weiterbildung	8.1 Anteil der Arbeiterkinder an Studierenden	hoch	Hochschulstatistik
	8.2. Anteil der ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss	gering	Mikrozensus
	8.3. Partizipationsquoten an Bildungsmaßnahmen (Beteiligung an Bildungsmaßnahmen 4 Wochen vor der Befragung)	hoch	Labor Force Survey (Mikrozensus)
9. Geschlecht	9.1. Quotient der Arbeitszeit für Erwerbs- und Nichterwerbsarbeitszeit von Männern und Frauen	gegen 1	Mikrozensus, s.a. EU amtl Statistik (z.B. Umfrage über die Arbeitsbedingungen)
	9.2. Lohnniveau von Männern und Frauen im Vergleich	gleich	Hauptverband der Sozialversicherungsträger/Mikrozensus
	9.3 Frauen in Führungspositionen	hoch	Mikrozensus

	9.4. Gender Empowerment Measure (GEM) ³⁴	gegen 1	EU, UNDP (Human Development Report)
10. Minderheiten	10.1. Anteil der Ausländer unter der Armutsgrenze im Vergleich zu den Inländern	möglichst nahe den Inländern	Einkommensbericht (Statistik Austria)
	10.2. Anteil der ausländischen Arbeitslosen an den Arbeitslosen	möglichst niedrig	Amtl. Statistik

Tabelle 17: Kernindikator Soziale Integration

Bereich	Einzelindikatoren	Ziel	Datenquelle
11. Sozialer Zusammenhalt	11.1 ehrenamtliches Engagement in gemeinnützigen Organisationen (Mitgliedschaft, zeitlicher Aufwand)	hoch	Wissenschaftliche Daten
	11.2. Soziale Netzwerke (Familien, FreundInnen)	hoch	Mikrozensus
12. solidarische Haltungen und Toleranz	12.1. Einstellungsforschung zur Akzeptanz von Ausländern, Homosexuellen, Arbeitslosen	Hohe Akzeptanz	Meinungsforschung, Wissenschaftliche Daten
	12.2. Spendenaufkommen für gemeinnützige Zwecke	hoch	Evtl. Haushaltssurveys (Mikrozensus)
	12.3. Anzahl der Personen, die regelmäßig ehrenamtliche in Organisationen der Zivilgesellschaft mitarbeiten	hoch	Wissenschaftliche Datenerhebungen; Meinungsumfragung; evtl. Sonderprogramm des Mikrozensus

Die Indikatoren wurden lediglich mit allgemeinen Zielrichtungen („erwünschte Ausprägung“) belegt. Die konkrete Aushandlung der anzustrebenden Werte ist ein politischer Prozess, der – wenn die Nachhaltigkeitsstrategie Erfolg haben soll – sorgfältig erfolgen sollte (vgl. auch Empacher/Wehling 1999).³⁵ Gleiches gilt für das Aushandeln konkreter Strategien und Umsetzungsmaßnahmen. Welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um die Umsetzung der nachhaltigen Ziele zu erreichen, bedarf einer umfassenden Bestandsaufnahme, Prüfung und ggf. Adaption bereits vorliegender (auch internationaler) Erfahrungen sowie einer Einbeziehung möglichst aller Stakeholder in die jeweilige

³⁴ Der GEM ist ein Maß der Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen.

³⁵ Ein zentraler Kritikpunkt an der jüngst verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung vom Frühjahr 2002 ist, dass die Ziele nicht konkret formuliert sind und somit die Zielerreichung auch nicht überprüfbar ist. Außerdem enthält die Strategie im Gegensatz etwa zur finnischen auch kein Indikatorensystem nachhaltiger Entwicklung, das messbar wäre. Diese Kritik wurde von fast allen ReferentInnen des Symposiums der Arbeiterkammer „Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie: Konzept-ohne-Zukunft?“ am 28.6.02 in Wien formuliert

Umsetzungsplanung. Wir erachten es aber jedenfalls als notwendig, die Indikatoren mit konkreten, möglichst quantitativen Zielvorgaben und Zeiträumen zu versehen, damit Entwicklungen, Fort- oder Rückschritte meßbar und somit evaluierbar sind. Zudem sind konkrete Zielvorgaben verbindlicher als vage Andeutungen.

Außerdem wurde im Gegensatz zu verschiedenen anderen Indikatorensets sozialer Nachhaltigkeit (vergleiche Kapitel 3) Partizipation nicht in die soziale Dimension mitaufgenommen (Empacher/Wehling 1999). Wir schlagen vor, diese als eigene Säule zu betrachten und mit eigenen Leitzielen und Indikatoren zu versehen (vgl. auch Spangenberg/Spitzner 1997). Wir sehen Partizipation an wichtigen politischen und strategischen Entscheidungen auch in Österreich als längst nicht in allen Bereichen gegeben an. Die Verwirklichung dieses Ziels verlangt ebenso nach Veränderungen institutioneller Strukturen und Abläufe und nach sozialen Lernprozesse wie die anderen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung. Mögliche Indikatoren hierfür könnten neben der Wahlbeteiligung, die etablierten LA21 Prozesse, die Volksbegehren pro Jahr, Mitbestimmung im Betrieb, die Zufriedenheit mit Partizipationsmöglichkeiten, das Ausmaß der Politikverdrossenheit sein. Darüber hinaus sollte die Frage der internationalen Solidarität im Rahmen der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in dieser Säule angesiedelt sein. Dies deshalb, weil die von uns zur Diskussion gestellten Kernindikatoren in erster Linie auf nationale Gesellschaft und Prozesse innerhalb dieser Gesellschaften abgestellt ist. Entwicklungszusammenarbeit zielt auf globale Ausgleichprozesse und Fragen der global Governance, die vor allem die politische Willensbildung und Institutionalisierung betrifft.

Die vorgeschlagenen Indikatoren müssen in einer Gesamtbetrachtung nachhaltiger Entwicklung mit den anderen Säulen abgestimmt werden. Sollte etwa für die ökonomische Nachhaltigkeit vorgeschlagen werden, für die Rentenversicherung eine private Säule der Rentenversicherung einzuführen, so müsste diese mit Hinblick auf die sozial und ökologische Dimension von Nachhaltigkeit mit der Auflage zur Förderung sozial-ökologischer Fonds versehen werden.

7. Resümee

In dem vorliegenden Bericht haben wir eine Bestandsaufnahme und Diskussion des gegenwärtigen Standes der Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit vorgelegt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse haben wir im letzten Kapitel ein theoretisch begründetes und systematisch hergeleitetes Indikatorenset sozialer Nachhaltigkeit vorgelegt. Dieses beschränkt sich auf ein Minimum von drei Kernindikatoren, zu deren Operationalisierung und Umsetzung allerdings eine sorgfältige Abstimmung aller gesellschaftlichen Stakeholder erfolgen sollte. Eine Reihe dieser Indikatoren stimmen mit der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie der österreichischen Bundesregierung (2002) überein. Wir argumentieren die Indikatoren jedoch systematisch vor dem Hintergrund der Leitprinzipien nachhaltiger Entwicklung: die Sicherung der Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie soziale Gerechtigkeit. In bezug auf erste hat die Erwerbsbeteiligung einen relativen hohen Stellenwert. Die individuelle Teilhabe an der Erwerbsarbeit hat aber nicht nur eine große Bedeutung für die Sicherstellung eines ausreichenden individuellen Einkommens, sondern erfüllt auch viele psychosoziale Funktionen (Identitätsbildung, psychisches Wohlbefinden, soziale Integration usw.). Angesichts der Segmentierung des Arbeitsmarktes erachten wir eine entsprechende Aufspaltung des Indikators in verschiedenen Erwerbsgruppen für notwendig. Zugleich erscheint es uns notwendig zu berücksichtigen, dass die Erwerbsbeteiligung alleine noch kein ausreichender Indikator für die Einkommenssicherung ist. Angesichts der Zunahme der sog. Working Poor, muss durch die Erwerbsbeteiligung auch ein ausreichendes Einkommen lukriert werden können. Im Fall von Erwerbslosigkeit oder Pensionierung müssen entsprechende soziale Sicherungssysteme, sei es als Pension oder als soziale Grundsicherung, ein ausreichendes Einkommen sichern.

Wir reduzieren den Arbeitsbegriff nicht auf Erwerbsarbeit, sondern sehen auch die reproduktiven Arbeiten im privaten Haushalt und die ehrenamtliche Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit an, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Die Verantwortung für die Erfüllung dieser Arbeitsleistungen obliegt aus unserer Sicht sowohl Männern als auch Frauen. Inwieweit diese Verantwortung gleichermaßen erfüllt wird, muss sorgfältig geprüft werden. Die Gleichstellung der Geschlechter wird als gesellschaftlich wünschenswert angesehen und wird international durch Gendermainstreaming-Strategien gefördert. Sie spielte auch von Beginn an in der Nachhaltigkeitsdiskussion eine wichtige Rolle, was sich im Kapitel 24. der Agenda 21, das als „Global Action Plan for Women Towards Sustainable and Equitable Development“ betitelt ist (United Nations 1992) dokumentiert ist. Deshalb beinhaltet unser Indikatorenset eine Reihe von Geschlechtergleichstellungsindikatoren.

Nicht zuletzt ist die soziale Integration und soziale Akzeptanz aller in einem Land lebenden Personen ein zentrales Element sozialer Gerechtigkeit. Dies soll ebenfalls durch eine Reihe von Indikatoren abgebildet werden.

Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass eine nachhaltige Entwicklung höchster politischer Priorität und rechtlicher Verbindlichkeit sowie eines starken Rückhalts in der Bevölkerung bedarf, wenn sie Erfolg haben soll. Die Einrichtung entsprechender Gremien, Aufklärungs- und Beteiligungsverfahren sowie die Bestellung verantwortlicher Personen und die Bereitstellung ausreichender und langfristiger finanzieller Mittel sind dafür unabdingbare Voraussetzungen.

8. Literatur

- Anderson, V. (1991). *Alternative Economic Indicators*, Routledge.
- Arendt, Hannah (1981). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Piper (English 1958 *The Human Condition*, University of Chicago Press).
- Beck, Ulrich (1999). *Schöne neue Arbeitswelt*. Frankfurt and New York, Campus.
- Becker, Egon, Jahn, Thomas und Stiebs, Immanuel (1999). *Exploring uncommon Ground: Sustainability and the Social Sciences*. In: Becker, Egon, Jahn, Thomas (Hrsg.) *Sustainability and the Social Sciences. A cross-disciplinary approach integrating environmental considerations into theoretical reorientation*, London (Zed Books), S. 1-22.
- Bennholdt Thomsen, Veronika und Mies, Maria (1997). *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, Frauenoffensive, München.
- Bergmann, Fritjof (1997). *Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 48/9-10, S. 524-534.
- Biart, Michel (2002). *Social sustainability as part of the social agenda of the European Community*. In: Ritt, Thomas (Hrsg.) *Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?* Arbeiterkammer, Informationen zur Umweltpolitik 149, Wien.
- Biesecker, Adelheid (1997). *Für eine vorsorgende Wirtschaftsweise notwendige (neue?) Institutionen*. In: *Diskussionskreis "Frau und Wissenschaft" (Hrsg.), Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode*, Frankfurt am Main and New York, Campus S. 53-77.
- Bosch, Gerhard (1998) *Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt*, Campus, Frankfurt am Main und New York.
- Braidotti, Rosi, Charkiewicz, Ewa, Häusler, Sabine und Wieringa, Saskia (1994). *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*, Zed Books in association with INSTRAW, London und New Jersey.
- Brandl, Sebastian (2002). *Konzepte sozialer Nachhaltigkeit im deutschen Diskurs*. In: Ritt, Thomas (Hrsg.) *Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?* Arbeiterkammer, Informationen zur Umweltpolitik 149, Wien.
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Birkhäuser, Basel/Boston/Berlin.

- Commission of the European Communities (2001). Commission Staff Working Paper. Consultation Paper for the preparation of a European Union strategy for Sustainable Development, Brussels 27.3.2001 SEC(2001)517
- CSD (Commission for Sustainable Development) (1996). Indicators for Sustainable Development. Framework and Methodology: <http://www.un.org/esa/sustdev/isd.htm>.
- Daele, Wolfgang van den (1992). Concepts of Nature in Modern Societies and Nature as a Theme in Sociology. In: Dierkes, Meinolf und Biervort, Bernd (Hrsg.) European Social Sciences in Transition. Assessment and Outlook, Campus Verlag und Westview Press, Frankfurt am Main, Boulder and Colorado, S. 526-560.
- Daly, H., Cobb, B.J. (1989). For the Common Good. Beacon Press, Boston.
- Daly, H. (1996). Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development. Beacon Press: Boston.
- Dangschat, Jens S. (1997). Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.) Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Leske und Budrich, Opladen, S. 169-191.
- Egger-Steiner, Michaela, Martinuzzi, André (2000). Die NachhaltigkeitsTATENbank. 100 Projekte für eine Nachhaltige Entwicklung. Wien.
- Empacher, Claudia, Wehling Peter (1999). Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Grundlagen und Konkretisierungen. ISOE Diskussionspapiere 13, hg. v. Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main.
- Erb, K., Krausmann, F., Schulz, N.B. (2002). Der ökologische Fußabdruck des österreichischen Außenhandels. Studie im Auftrag des WWF Österreich, Social Ecology Working Paper 62, Wien.
- European Communities (2001). Measuring progress towards a more sustainable Europe. Proposed indicators for sustainable development. Edition 2001.
- European Union (2001). Consultation paper for the preparation of a European strategy for Sustainable Development.
- Fischer-Kowalski, Marina (1997). Society's metabolism: on the childhood and adolescence of a rising conceptual star. In: Redcliff, Michael and Woodgate, Graham (Hrsg.) (1997) The International Handbook of Environmental Sociology, Edward Elgar, Cheltenham UK and Northampton MA/USA, pp. 119-137.
- Fischer-Kowalski, Marina (1997). Wie erkennt man Umweltschädlichkeit? In: Fischer-Kowalski, Marina, Haberl, Helmut, Hüttler, Walter, Payer, Schandl, Harald, Winiwarter, Verena, Zangerl-Weiß, Helga (Hrsg.) Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur, Verlag Fakultas, Amsterdam, S. 13-24.

- Fischer-Kowalski, Marina (1998). Zum magischen Dreieck von Lebensqualität, Wohlstand und gesellschaftlichem Stoffwechsel. In: Littig, Beate (Hrsg.) Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Edition VHS, Wien S. 17-44.
- Fischer-Kowalski, Marina, Haberl, Helmut (1993). Metabolism and Colonisation: Modes of Production and the Physical Exchange between Societies and Nature: In. Innovation in Social Science Research Vol 6, S. 415-42.
- Foster, John B. (1999). Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology. In: American Journal of Sociology, 105 (2), S. 366-405.
- Fritz, Oliver, Getzner, Michael, Mahringer, Helmut und Ritt, Thomas (2001). Umwelt und Beschäftigung: Strategien für eine Nachhaltige Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung. AK: Informationen zur Umweltpolitik 144, Wien.
- Giarini, Orio, Liedtke, Patrick M. (1998). Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Köln, Hoffman und Kampe.
- Glatzer, W., Zapf, W. (1984). Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main.
- Global Reporting Initiative (2002). Sustainability Reporting Guidelines.
- Goldberg, Christine (1997): Die Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu post-modernen Lebensformen im internationalen Vergleich. In: SWS-Rundschau, 37.Jg. S.371-388.
- Goodland, Robert (2002). Sustainability: Human, Social, Economic and Environmental. In: Encyclopedia of Global Environmental Change. John Wiley & Sons.
- HBS (Hans Böckler Stiftung) (Hrsg.) (2000). Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf.
- Hildebrandt, Eckart (1999). Arbeit und Nachhaltigkeit, Wissenschaftszentrum Berlin (Science Center Berlin) (Hrsg.) Discussion Paper No P99-502, Berlin.
- Hinterberger, F. (2002). Ökologie und Ökonomie. Koevolution als Erklärungsprinzip und normative Idee. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Band 195/V Studien zur Evolutorischen Ökonomik V, S.235-262.
- Hodge, R. Anthony, Hardi, Peter (1997). The Need for Guidelines: The Rationale Underlying the Bellagio Principles for Assessment. In: Hardi, Peter, Zdan, Terrence (Hrsg.) Assessing sustainable development. Principles in Practice. International Institute for Sustainable Development, Winnipeg, Manitoba.
- Hofmeister, Sabine (1999). Über die Produktivität des Reproduktiven. Der Beitrag des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“ zum Nachhaltigkeitsdiskurs in Weller, Ines, Hoffmann, Esther and Hofmeister, Sabine (Hrsg.) 1999 Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven - Alte Blockaden, Kleine, Bielefeld, S. 73-98.
- Inglehart, Ronald (1990). Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton University Press, Princeton.

- Informationsdienst Soziale Indikatoren ISI (2002): Sozialberichterstattung-Gesellschaftliche Trends –Aktuelle Informationen, Nr 27, ZUMA Mannheim.
- Jahn, Thomas, Wehling, Peter (1998). Gesellschaftliche Naturverhältnisse - Konturen eines theoretischen Konzepts In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.). Soziologie und Natur, Opladen, S. 75-93.
- Jamieson, D. (1998). Sustainability and Beyond. In: Ecological Economics, Vol 24, Nr 2, S. 183-192
- Jochimsen, Maren, Knobloch, Ulrike (1997). Making the hidden visible. The importance of caring activities and their principles for any ecology. In: Women, Ecology and Economics 1997 (10), special issue, S 107-112.
- Knapp, Ulla (1997). ‚Ökofeministisch Wirtschaften? Eine Polemik gegen den Haushalt als Ausgangspunkt allgemeiner Richtlinien In: Ökologisch Wirtschaften, 3/4 1997, Spezial Nachhaltiges Wirtschaften – eine feministische Perspektive, S. 9-12.
- Kollmann, Karl (2002). Soziale Dimensionen beim Konsum: Der neue Waren- und Unternehmenstest. In: Ritt, Thomas (Hrsg.). Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Arbeiterkammer, Informationen zur Umweltpolitik 149, Wien, S. 91-104.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001). Mitteilung der Kommission. Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die Nachhaltige Entwicklung. (Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat in Göteborg). Brüssel, den 15.5.2001 KOM(2001)264 endgültig.
- Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
- Kopfmüller, J. et al. (2001). Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin.
- Littig, Beate (1998). Nachhaltige Entwicklung für Frauen, gegen Frauen, von Frauen? Konzepte nachhaltiger Entwicklung aus frauenpolitischer Sicht, in Littig, Beate (Hrsg.). Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Edition VHS, Wien, S. 140-159.
- Littig, Beate (2001). Feminist Perspectives on Environment and Society. London Harlow et al, Pearson Education.
- Malinowski, B. (1988). Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur. Surhkamp, Frankfurt/Main. Im Original: A Scientific Theory of Culture, Chapel Hill, 1944.
- Maslow, A.H. (1960). A Theory of Human Relations. In: Heckmann, I.L. J., Huneryager, S.G.: Human Relations in Management, South-West-Publishing Co, Cincinnati, S. 122-144.

- Mayer Kurt (1999). Auf dem Weg zum Postfordismus. Bemerkungen über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Formierung von „Globalisierung“, „Standortkonkurrenz“ und neoliberaler Hegemonie, In: Althaler K. (Hg.), Primat der Ökonomie? Über Handlungsspielräume sozialer Politik im Zeichen der Globalisierung, Metropolis, S.133-168
- Meadows, Donella H., Denis L. Meadows und Jörgen Randers (1992). Beyond the limits. Confronting global collaps, envisioning a sustainable future Chelsea, Green Publishing.
- Mellor, Mary (1997). Feminism and Ecology, New York University Press, New York.
- Mies, Maria, Shiva, Vandana (1993). Ecofeminism, Zed Press, London.
- Ministry of the Environment (1998). Finnish Government programme for Sustainable Development. Helsinki.
- Müller, Hans-Peter (2000). Gesellschaftliche Konstruktion der „guten Gesellschaft“, Vortragsmanuskript eines Vortrags beim Kongress der DGS in Köln.
- Naess, Arne (1973). The shallow and the deep, long-range ecology movement: a summary In: Inquiry, 16, S. 95-100.
- Nagel, G. (1985). Grundbedürfniskonzepte der Entwicklungspolitik, München.
- Narodoslawski, Michael, Waller, Heinz-Peter (1998). Inseln der Nachhaltigkeit. Islands of Sustainability am konkreten Beispiel der Region Feldbach, in Littig, B. (Hg). Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit?, Edition VHS, Wien, S. 212-217.
- Noll, Karl-Heinz (1997). Sozialberichterstattung in Deutschland - Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen (Hg.). Juventa Verlag. Weinheim, 1997.
- Noll, Karl-Heinz (1997). Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden in den Ländern der Europäischen Union. In: St. Hradil, St. Immerfall (Hrsg.). Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Leske + Budrich, Opladen, S. 431-473.
- Noll, Karl-Heinz (1999). Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung (Hrsg. zusammen mit P. Flora). Campus Verlag, Frankfurt a.M., New York.
- Noll, Karl-Heinz (2000). Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensbedingungen in Deutschland (Hrsg. zusammen mit R. Habich). Campus Verlag, Frankfurt a.M. /New York.
- Noll, Karl-Heinz (2002). Towards a European System of Social Indicators: Theoretical Framework and System Architecture. In: Hagerty, M. V. Moeller und J. Vogel, "State of the Art in Measuring National Living Conditions and Quality of Life". Social Indicators Research, Special Issue.

- Omann, I., Spangenberg, J.H. (2002). Assessing Social Sustainability. The Social Dimension of Sustainability in a Socio-Economic Scenarios. Paper presented at the 7th Biennial Conference of the International Society for Ecological Economics, 6-9 March 2002, Tunisia.
- Österreichische Bundesregierung (2001). Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten. Grünbuch für eine österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung, Wien.
- Österreichische Bundesregierung (2002). Österreichs Zukunft Nachhaltig Gestalten. Die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Februar.
- Pepper, David (1996). Modern Environmentalism. An Introduction, Routledge, London and New York.
- Reusswig, Fritz (1998). Syndrome nicht-nachhaltiger Entwicklung. Versuch zu einem neuen Bild des Globalen Wandels. In: Littig, Beate (Hrsg.). Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Edition VHS, Wien, S. 45-57.
- Ritt, Thomas (Hrsg.) (2002). Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? AK: Informationen zur Umweltpolitik 149, Wien.
- Sauer, Birgit (1999). Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung. In: Stolz-Willig, Brigitte, Veil, Mechthild (Hrsg.) „Es rettet uns (k)ein höh'eres Wesen ...“, VSA-Verlag, Hamburg, S. 215-239.
- Scharpf, F.W. (1994). „Negative Einkommenssteuer“ – ein Programm gegen Ausgrenzung. In: Die Mitbestimmung, Heft 4, S. 27-30.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Göteborg) 15. und 16. Juni 2001.
- Schmid G. (2000): Transitional Labour Markets. A New European Employment Strategy. In: Marin B., Meulders D., Snower D.J. (Hrsg.) Innovative Employment Initiatives. Wien, S. 223-254.
- Schmidt, Alfred (1971). Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt am Main.
- Schubert, U., Martinuzzi, A., Huchler, E., Langer, M.E., Obermayr, B. (o.J.). Evaluation Nachhaltiger Entwicklung. Herausforderung für Methodenentwicklung und Evaluationspraxis. Unveröffentlichtes Manuskript, Wien.
- Senghaas-Knobloch, E., (1998). Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zur ihrer Abschätzung. In: Feministische Studien, 2/98, S. 9-30
- SOL/ BUNGIS (2001). Genuss und Nachhaltigkeit 2. Solidarität, Ökologie und Lebensstil. Ein Symposium von SOL (Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil) und BUNGIS (Behinderte und Nichtbehindertegemeinsam im Südburgenland), Samstag/Sonntag 29./30. September 2001.

- Spretnak, Charlene (1989). Towards an Ecofeminist Spirituality. In: Plant, Judith (Hrsg.) Healing the Wounds. The Promise of Ecofeminism, Greenprint, London, S. 127-132.
- Stolz-Willig, Brigitte, Veil Mechthild (1999) (Hrsg.). Es rettet uns kein höh'eres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg.
- Tjimes, Pieter, Luijf, Reginald (1995). The Sustainability of our Common Future: An Inquiry into the Foundations of an Ideology. In: Technology In Society, 17 (33), S. 327-336.
- Tokar, Brian (1990). Eco-Apocalypse. In: New Internationalist, no 210, S. 14-15.
- United Nations (1992). Agenda 21, New York..
- United Nations (1996). Indicators of Sustainable Development: Framework and Methodologies, New York.
- United Nations (2001). Indicators of Sustainable Development: Guidelines and Methodologies. Download: www.un.org/esa/sustdev/indisd/indisd-mg2001.pdf.
- Voges, Wolfgang (2001). Perspektiven des Lebenslagenkonzepts. Vortragsmanuskript für das Symposium "Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland". 13.12.2001 in Berlin.
- Wackernagel, Mathis (2001). Shortcomings of the Environmental Sustainability Index. (www.anti-lomborg.com/ESI%20critique.rtf)
- World Commission on Environment and Development, WCED (1987) Our Common Future, Oxford University Press, Oxford.
- Weiland, Sabine (2000). Nachhaltige Entwicklung in Europa. Zur Notwendigkeit eines ökologischen Sozialmodells. In: Aust, Andreas, Leitner, Sirgrid, Lessenich, Stephan (Hrsg.). Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 4/2000, Leske + Budrich, Opladen, S. 233-256.
- Weizäcker, Ernst Ulrich von, Lovins, Amory, B. und Lovins, Hunter, L. (1995). Factor Four - living twice as well on half as much, Earthscan, London.

9. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die 3 Phasen des Environmentalismus entlang ausgewählter Dimensionen	13
Tabelle 2: Themen, Subthemen und Indikatoren des Bereichs „sozial“ der UN-Nachhaltigkeitsindikatoren	34
Tabelle 3: Themen, Subthemen und Indikatoren des Bereichs „institutional“ der UN-Nachhaltigkeitsindikatoren	38
Tabelle 4: EU-Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung: Soziale Nachhaltigkeit	43
Tabelle 5: EU-Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung: Institutionelle Nachhaltigkeit	46
Tabelle 6: Verbindungen der Eurostat Indikatoren zu soziale Nachhaltigkeit untereinander und den Indikatoren anderer Dimensionen von Nachhaltigkeit	49
Tabelle 7: Finnlands Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung – Soziale und kulturelle Themen	51
Tabelle 8: Die fünf Komponenten ökologischer Nachhaltigkeit laut World Economic Forum	52
Tabelle 9: Indikatoren ökologischer Nachhaltigkeit laut World Economic Forum (Auswahl)	53
Tabelle 10: Leitziele der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Zusammenhang mit sozialer Nachhaltigkeit stehen	55
Tabelle 11: Soziale Aspekte der Richtlinien der Global Reporting Initiative	64
Tabelle 12: Checklist der TATENbank – „TATEN für die Menschen“	65
Tabelle 13: Häufigkeiten der Unterthemen an den Projekten der NachhaltigkeitsTATENbank	66
Tabelle 14: Kriterien für die Auswahl „guter Indikatoren“	79
Tabelle 15: Kernindikator Befriedigung von Grundbedürfnissen und Lebensqualität	83
Tabelle 16: Kernindikator Chancengleichheit	84
Tabelle 17: Kernindikator Soziale Integration	85

10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Systemisches Modell für die Wechselbeziehungen von Lebensqualität, Wohlstand und Stoffumsatz	30
Abbildung 2: Zur Entkoppelung von Wohlstand, Lebensqualität und Stoffwechsel.....	31
Abbildung 3: Schematische Darstellung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und Nachhaltiger Entwicklung	73

11. Anhang

11.1 Ausgewählte Links

ISOE (2001). Sustainability as a Concept of the Social Sciences download von:
www.isoe.de/projecte/sustain/susscien.htm

oin@boku.ac.at

Sustainable development – an important objective for the EU. Download from
www.eu2001.se vom 2.5.2001

www.fi/eng/environ/sustdev/indicat/kestvyys.htm

www.ciesin.org/indicators/ESI Environmental Sustainability Index. An Initiative of the Global Leaders for Tomorrow Environment Task Force, World Economic Forum

www.corporateregister.com

www.esd.worldbank.org/html/esd/env/envmat Toward social sustainability

www.globalreporting.org

www.iclei.org

www.nachhaltigkeit.at/nachhaltig/main.html. Akteursnetzwerk "Nachhaltiges Österreich"

www.sustainability-reports.com

www.un.org/esa/earthsummit/weuro-cp.htm Country Profiles - Western European and Other States

www.un.org/esa/sustedv/idnisd/english UNO. Sustainability Index

www.vyh.fi/eng/environ/sustdev/sustdev.htm Finish Government Programme for sustainable development

11.2 Global Reporting Initiative: Social Performance Indicators. Labour Practices and Decent Work

Core indicators	Additional indicators
Employment	
<p>LA1. Breakdown of workforce, where possible, by region/country status (employee/non-employee), employment type (full/permanent/fixed term or temporary). Also identify workforce retained in conjunction with other employers (temporary agency workers or workers in co-employment relationships), segmented by region/country</p> <p>LA2. Net employment creation and average turnover segmented by region/country.</p>	<p>LA12. Employment benefits beyond those legally mandated. (e.g., contributions to health care, disability maternity, time/part time), and by employment contract (indefinite or education, and retirement).</p>
Labour/Management Relations	
<p>LA3. Percentage of employees represented by independent trade union organisations or other bona fide employee representatives broken down geographically or percentage of employees covered by collective bargaining agreements broken down by region/country.</p> <p>LA4. Policy and procedures involving information, consultation, and negotiation with employments over changes in the reporting organisation's operations (e.g., restructuring).</p>	<p>L13. Provision for formal worker representation in decision making or management, including corporate governance.</p>
Health and Safety	
<p>LA5. Practices on recording and notification of occupational accidents and diseases, and how they relate to the ILO Code of Practice on Recording and Notification of Occupational Accidents and Diseases.</p> <p>LA6. Description of formal joint health and safety committees comprising management and worker representatives and proportion of workforce covered by any such committees.</p> <p>LA7. Standard injury, lost day, and absentee rates and number of work-related fatalities (including subcontracted workers).</p> <p>LA8. Description of policies or programmes (for the workplace and beyond) on HIV/AIDS.</p>	<p>LA14. Evidence of substantial compliance with the <u>ILO Guidelines for Occupational Health Management Systems</u>.</p> <p>LA15. Description of formal agreements with trade unions or other bona fide employment representatives covering health and safety at work and proportion of the workforce covered by any such agreements.</p>
Training and Education	
<p>LA9. Average hours of training per year per employee by category of employee. (e.g., senior management, middle management, professional, technical, administrative, production, and maintenance).</p>	<p>LA16. Description of programmes to support the continued employability <u>of employments and to manage career endings</u>.</p> <p>LA17. Specific policies and programmes for skill management or for lifelong learning.</p>
Diversity and Opportunity	
<p>LA10. Description of equal opportunity policies or programmes, as well as monitoring systems to ensure compliance and results of monitoring. Equal opportunity policies may address workplace harassment and affirmative</p>	

Core indicators	Additional indicators
<p>action relative to historical patterns of discrimination.</p> <p>LA11. Composition of senior management and corporate governance bodies (including the board of directors), including female/male ratio and other indicators of diversity as culturally appropriate.</p>	
Social Performance Indicators: Human Rights	
Strategy and Management	
<p>HR1. Description of policies, guidelines, corporate structure, and procedures to deal with all aspects of human rights relevant to including monitoring mechanisms and results. State how policies relate to existing international standards such as the Universal Declaration and the Fundamental Human Rights Conventions of the ILO.</p> <p>HR2. Evidence of consideration of human rights impacts as part of investment and procurement decisions, including selection of suppliers/contractors.</p> <p>HR3. Description of policies and procedures to evaluate and address human rights performance within the supply chain and contractors, including monitoring systems and results of monitoring. "Human rights performance" refers to the aspects of human rights identified as reporting aspects in the GRI performance indicators.</p>	<p>HR8. Employment training on policies and practices concerning all aspects of human rights relevant to operations. Include type of training, number of employees trained, and average training duration.</p>
Non-discrimination	
<p>HR4. Description of global policy and procedures/programmes preventing all forms of discrimination in operations, including monitoring systems and results of monitoring.</p>	
Freedom of Association and Collective Bargaining	
<p>HR5. Description of freedom of association policy and extent to which this policy is universally applied independent of local laws, as well as description of procedures/programmes to address this issue.</p>	
Child Labour	
<p>HR6. Description of policy excluding child labour as defined by the ILO Convention 138 and extent to which this policy is visibly stated and applied, as well as description of procedures/ programmes to address this issue, including monitoring systems and results of monitoring.</p>	
Forced and Compulsory Labour	
<p>HR7. Description of policy to prevent forced and compulsory labour and extent to which this policy is visibly stated and applied as well as description of procedures/programmes to address this issue, including monitoring systems and results of monitoring. See ILO Convention No. 29, Article 2.</p>	
Disciplinary Practices	
	<p>HR9. Description of appeal practices, including, but not limited to, human rights issues. Describe the representation</p>

Core indicators	Additional indicators
	and appeals process. HR10. Description of non-retaliation policy and effective, confidential employment grievance system (including, but not limited to, its impact on human rights).
Security Practices	
	HR11. Human rights training for security personnel. Include type of training, number of persons trained, and average training duration.
Indigenous Rights	
	HR12. Description of policies, guidelines, and procedures to address the needs of indigenous people. This includes indigenous people in the workforce and in communities where the organisation currently operates or intends to operate. HR13. Description of jointly managed community grievance mechanisms/authority HR14. Share of operating revenues from the area of operations that are redistributed to total communities.
Social Performance Indicators: Society	
Community	
SO1. Description of policies to manage impacts on communities in areas affected by activities, as well as description of procedures/programmes to address this issue, including monitoring systems and results of monitoring. Include explanation of procedures for identifying and engaging in dialogue with community stakeholders.	SO4. Awards received relevant to social, ethical, and environmental performance.
Bribery and Corruption	
SO2. Description of the policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms for organisations and employees addressing bribery and corruption. Include a description of how the organisation meets the requirements of the OECD Convention on Combating Bribery.	
Political Contributions	
SO3. Description of policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms for managing political lobbying and contributions.	SO5. Amount of money paid to political parties and Institutions whose prime function is to fund political parties or their candidates.
Competition and Pricing	
	SO6. Court decisions regarding cases pertaining to anti-trust and monopoly regulations. SO7. Description of policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms for preventing anti-competitive behaviour.
Social Performance Indicators: Product Responsibility	
Customer Health and Safety	
PR1. Description of policy for preserving customer health and safety during use of products and services, and extent	PR4. Number and type of instances of non-compliance with regulations concerning customer health and safety,

Core indicators	Additional indicators
<p>to which this policy is visibly stated and applied, as well as description of procedures/programmes to address this issue, including monitoring systems and results of monitoring. Explain rationale for any use of multiple standards in marketing and sales of products.</p>	<p>including the penalties and fines assessed for these breaches.</p> <p>PR5. Number of complaints upheld by regulatory or similar official bodies to oversee or regulate the health and safety of products and services.</p> <p>PR6. Voluntary code compliance, product labels or awards with respect to social and/or environmental responsibility that the reporter is qualified to use or has received. Include explanation of the process and criteria involved.</p>
Products and Services	
<p>PR2. Description of policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms related to product information regulations concerning product information and labelling,</p>	<p>PR7. Number and type of instances of non-compliance with and labelling. Including any penalties or fines assessed for these breaches.</p> <p>PR8. Description of policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms related to customer satisfaction, including results of surveys measuring customer satisfaction, identify geographic areas covered by policy.</p> <p>PR9. Description of policies, procedures/management systems, and compliance mechanisms for adherence to standards and voluntary codes related to advertising. Identify geographic areas covered by policy.</p> <p>PR10. Number and types of breaches of advertising and marketing regulations.</p>
Respect for Privacy	
<p>PR3. Description of policy, procedures/management systems, and compliance mechanisms for consumer privacy. Identify geographic areas covered by policy.</p>	<p>PR11. Number of substantiated complaints regarding breaches of consumer privacy</p>

11.3 Übersicht über die Indikatoren ausgewählter Konzeptualisierungen sozialer Nachhaltigkeit

	UNCSD	Eurostat	Finnische Umweltverwaltung	ESI 2002	Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie
Gleichheit	Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze Gini Index der Einkommensungleichheit Arbeitslosenrate Verhältnis der durchschnittlichen Einkommen von Frauen zu Einkommen von Männern	Bevölkerung unter der Armutsgrenze Maßzahl für Einkommensungleichheit Arbeitslosenrate „Jugendarbeitslosenrate Sozialleistungen pro Kopf Verhältnis von Einkommen von Frauen am Einkommen von Männern Wohlfahrt für Kinder	Häufigkeit von Armut Einkommensunterschiede Obdachlose Einkommen von Frauen im Verhältnis zum Einkommen von Männern Kinder in Heimen Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote Langzeitarbeitslose Arbeitsunfälle Pensionseintrittsalter und Pensionen aufgrund Arbeitsunfähigkeit		Einkommensverteilung Armutsgefährdung Persistenz der Armutsgefährdung Langzeitarbeitslosenquote Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten Eigene Gesundheitswahrnehmung nach Einkommensniveau Beschäftigungswachstum Anteil der weiblichen und männlichen Arbeitnehmer im (bezahlten und unbezahlten) Elternurlaub an der Gesamtzahl der betroffenen Eltern Einkommensnachteile der vollzeitbeschäftigten Frauen Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Geschlecht
ArbeitnehmerInnen			Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote Langzeitarbeitslose Arbeitsunfälle Pensionseintrittsalter und Pensionen aufgrund Arbeitsunfähigkeit		

	UNCSD	Eurostat	Finnische Umweltverwaltung	ESI 2002	Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie
Gesundheit	<p>Ernährungsstatus von Kindern</p> <p>Mortalitätsrate von Unter-5-Jährigen</p> <p>Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt</p> <p>Anteil der Bevölkerung mit adäquaten Abwasserentsorgungseinrichtungen</p> <p>Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser</p> <p>Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Einrichtungen der primären Gesundheitsversorgung</p> <p>Impfraten gegen Infektionskrankheiten im Kindesalter</p> <p>Verbreitungsraten von Verhütungsmethoden</p>	<p>Ernährungsstatus der Bevölkerung</p> <p>Mortalität aufgrund ausgewählter Schlüsselkrankheiten</p> <p>Säuglingssterblichkeit</p> <p>Lebenserwartung bei der Geburt</p> <p>Bevölkerung mit Anschluss an Kanalisation</p> <p>Nationale Gesundheitsausgaben</p> <p>Impfung gegen Kinderkrankheiten</p>	<p>Tägliche Raucher</p> <p>Übergewicht</p> <p>Krankheiten, die mit Alkohol und Drogenmißbrauch verbunden sind</p> <p>HIV Infektionen</p> <p>Selbstmorde</p>	<p>Proportion of undernourished in total population</p> <p>Percent of population with access to improved drinking-water supply</p> <p>Child death rate from respiratory disease</p> <p>Death rate from intestinal infectious diseases</p> <p>Under-5 mortality rate</p>	
Bildung	<p>Kinder, mit abgeschlossener 5. Klasse der Grundschule</p> <p>Abgeschlossene Ausbildung der Sekundärstufe von Erwachsenen</p> <p>Rate der Lese- und Schreibfähigkeit von Erwachsenen</p>	<p>Grad der erreichten Ausbildung</p> <p>Niedriger Ausbildungsstand</p>	<p>Ausbildungsgrad</p> <p>Ausgaben für Forschung und Entwicklung</p> <p>Junge Menschen, die weder studieren, noch arbeiten</p> <p>Wahlbeteiligung</p>		<p>lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung)</p> <p>frühzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- und Weiterbildung teilnehmen</p> <p>berufliche Weiterbildung</p>
Wohnung	<p>Quadratmeter pro Person</p>	<p>Anzahl der Räume pro Kopf</p> <p>Haushaltszusammensetzung</p>			

	UNCSD	Eurostat	Finnische Umweltverwaltung	ESI 2002	Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie
Sicherheit	Anzahl gemeldeter Verbrechen pro 100.000 Einwohner	Gemeldete Verbrechen	Gewaltverbrechen		
Bevölkerung	Wachstumsrate der Bevölkerung Bevölkerung in urbanen formalen und informalen Siedlungen	Rate des Bevölkerungswachstums Bevölkerungsdichte Nettomigrationsrate	Jährliche Veränderung der Bevölkerung Rate der Abhängigen Lebenserwartung Interne Migration	Total fertility rate Percentage change in projected pop. Between 2001 & 2050	
Zugang zu Information			Auflagenstärken von Zeitungen Entlehnungen aus Bibliotheken Internet Nutzer		
Kulturelles Erbe			Anzahl der Wiesen und Weiden Museumsbesuche Altersstruktur von Gebäuden		
Ethnische Minderheiten			Schulklassen, die in Saame (=eine Sprache der Saame-Minderheit) unterrichtet werden Arbeitslosenquote unter MigrantInnen		
Entwicklungszusammenarbeit			Offizielle Entwicklungshilfe Entwicklungshilfe an Regionen, die nahe an Finnland liegen		Human Development Index (HDI) Human Poverty Index (HPI) Gender Development Index (GDI) Corruption Index Höhe der Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) in % des BIP